Dienstag, den 1. Juli 1930 — Einzelnummer 10 Pfennige — 41. Jahrgang — Nr. 150

Volkswacht

für Schlesien

R 277/30

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wochentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen des „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 105, Matthiasstraße 155, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: 3e Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Frei ist der Rhein!

Das Werk der von der Sozialdemokratie durchgesetzten Politik der Völkerverständigung

Das Rheinland ist frei! Mit seiner Räumung beginnt ein uer Abschnitt deutscher Geschichte. Deshalb geziemt es, einen egenblick Halt zu machen und sich die nationale und interionale Bedeutung der Rheinlandräumung vor Augen zu iten.

Seit dem Beginn der Besatzung sind mehr als zehn Jahre gangen. Es waren zehn harte und schwere Jahre für das atsche Volk, und manchmal schien es, als ob es unter der furchtren Last der Nachkriegszeit zusammenbrechen sollte.

Als im Dezember 1918 der letzte feldgraue Soldat die lner Brücke verließ und bald darauf die ersten fremden ldaten das linke Rheinufer und Landesteile rechts vom Rhein etzten, da wagte niemand zu hoffen, daß nach zehn Jahren das **atsche Land wieder frei sein würde.**

Das Diktat von Versailles, das im Juni 1919 unter dem uck der Verhältnisse von Deutschland unterschrieben werden ßte, sah eine Besatzungszeit von mindestens nfzehn Jahren vor. Dabei stritten sich in den Jahren 0 bis 1922 führende Staatsmänner der Entente noch darüber, die Besatzungszeit damals „schon" zu laufen begonnen hatte, r ob dies erst der Fall sei, wenn Deutschland vollständig füllt" habe.

Es ist der zielbewußten Politik der Sozialdemokratie zu danken, wenn heute das Rheinland frei ist.

Die Sozialdemokratie hat seit dem Zusammenbruch des sterreiches alles daran gesetzt, die Rheinlandräumung früher vorgesehen durchzusetzen. Die Sozialdemokratie leitete die geläuterte Erfüllungspolitik ein, die zur Rheinlandeiung geführt hat.

Die deutschen Nationalisten aller Richtungen glaubten, die ialdemokratie schmähen zu können, weil sie den Weg bett, der allein zu dem erhofften Ziele führen konnte. Gegen Erfüllungspolitik wurde der Vorwurf der Feigheit, der wurf des Verrats erhoben, aber die Sozialdemokratie t unverbrüchlich an ihrem außenpolitischen Ziele fest und ere schließlich die Genugtuung, daß auch andere Parteien und n Führer die Erfüllungspolitik nicht nur unterstützten, ern sich sogar zu eigen machten, mit ihnen auch Stresemann, den die volksparteilichen Blätter heute als den Rheinbefreier bejubeln, obwohl auch er jahrelang Gegner Verständigungspolitik gewesen ist. Erst während der Ruhrung fielen Stresemann die Schuppen von den Augen.

Jetzt, nach der Rheinlandbefreiung, muß der Weg der ständigung erst recht fortgesetzt werden. Es gilt, die Hirne Herzen aller Deutschen für den Gedanken immer weiterer äherung der Völker zu gewinnen.

Die Rheinlandbefreiung ist ein Markstein auf dem Wege zum Ziele, das wahrhaft internationale Verbrüderung heißt.

wollen in den Tagen der Befreiung keine Reden von unche und Haß hören, wir wollen den Willen zum eden betätigen. Wir wollen, daß alles vergessen werde, dazu angetan sein könnte, neuen Haß und neuen Unfrieden chen den Völkern zu säen.

Eine ganze Armee — 150 000 Besatzungssoldaten — stand ichst im Rheinland, mehr als 6½ Milliarden hat die Besatzung verschlungen! Milliarden, die unproduktiv verausgabt wurden. Nie wieder!

Hermann Müllers Genfer Rede

Wer sich heute der Rheinlandräumung freut, vergesse nicht die Völkerbundsrede des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller am 7. September 1928. Es war ein deutscher Sozialdemokrat, der vor dem versammelten Völkerbund die Frage der Abrüstung und Räumung am energischsten aufgerollt hat. Seit Hermann Müllers Genfer Rede war es den Besatzungsmächten nicht möglich, die Frage der Räumung weiter hinauszuschieben. Hermann Müller hatte mit Recht darauf hingewiesen, daß manche Staatsmänner eine Außenpolitik mit **doppeltem Gesicht trieben: auf der einen Seite Reden für Verständigung und Abrüstung, aber auf der anderen Seite** das Fehlen der entsprechenden Tat, besonders auch die Räumung der Rheinlande. Der einfache Mann im Volke verstehe solche Zwiespältigkeit nicht. Nach der energischen Rede Hermann Müllers sah sich das französische Kabinett veranlaßt, sofort die Frage der Räumung der zweiten Zone zu erörtern. Das englische Weltblatt „Times" erklärte, es wäre sehr bedauerlich, wenn die Franzosen bis zum letzten über die Räumung feilschen würden. Frankreich begriff, und die Besatzung zog Ende 1929 aus der zweiten Zone ab.

Und die Rechtsregierungen?

Historische Tatsache ist, daß die Rechtsregierungen, besonders der

Bürgerblock

vor den Reichstagswahlen im Mai 1928 nichts getan haben, um die unter sozialdemokratischer Führung begonnene Befreiungspolitik energisch fortzusetzen. Am 8. März 1927 trat der Völkerbund in Genf zusammen. Aber es geschah von der damaligen Reichsregierung, in der die Deutschnationalen saßen, nichts, um die Befreiung der Rheinlande zu erreichen oder wenigstens zu fördern. Man verzichtete damals in Genf auf jedes Räumungsverlangen. Die deutschnationale Presse, vor allem die Presse Hugenbergs, fand sich mit dieser Untätigkeit ab. Stresemann, auch zu jener Zeit Außenminister, war wahrscheinlich davon überzeugt, daß es aussichtslos gewesen wäre, das Räumungsverlangen. Die deutschnationale Presse, vor allem auch die Presse regierung sprechen müssen, der die Besatzungsmächte sehr skeptisch gegenüberstanden. Von verschiedenen Staatsmännern der Entente wurde dann auch

immer wieder erklärt, daß bei einem Rechtskurs in Deutschland die Aussichten der Rheinlandräumung sehr gering seien.

Vor der Reichstagswahl 1928 wünschten französische Blätter offen den Sieg der deutschen Rechten, damit die Rheinlandbefreiung und die Frage der Besatzung verzögert werde. Die Untätigkeit der verflossenen Rechtsregierungen in der Frage der Rheinlandbefreiung hatte aber dem Volke die Augen geöffnet, und so kam es bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 zu einem schweren Niedergang der Deutschnationalen. Der Sieg der Sozialdemokratie hatte internationale Bedeutung. England und Frankreich anerkannten, daß die nationalistische Welle in Deutschland zurückgedrängt worden sei. Wie in ihrem Wahlprogramm zu den französischen Kammerwahlen im April 1928, so verlangten die französischen Sozialisten auch weiterhin die Freigabe von Rhein und Ruhr.

Die Hilfe der Sozialistischen Internationale

Aber nicht allein die französischen Sozialisten erhoben die Forderung nach der Räumung, auch der Internationale Sozialistenkongreß zu Brüssel im Jahre 1928 faßte eine Entschließung, in der die Räumungsforderung erhoben wurde. Vandervelde, Leon Blum, de Brouckère und Breitscheid ergriffen auf diesem Kongreß das Wort und vertraten das Recht Deutschlands auf Räumung. Später machten die französischen Sozialisten und die englische Arbeiterregierung bestimmte Vorschläge zu einer möglichst schnellen Räumung. Nicht zuletzt unter diesem Druck wurde am 30. November 1929 die zweite Zone geräumt, gaben Briand und Tardieu die Erklärung ab, daß das gesamte Rheinland bis zum 30. Juni 1930 geräumt werden würde.

Das nächste Ziel der Verständigungspolitik ist die

Rückgliederung des Saargebietes

Erst wenn auch diese Frage geordnet ist, wird die Verständigungspolitik gekrönt sein. Nicht aus nationalistischen Gründen fordert die Sozialdemokratie die Rückgliederung. Es handelt sich darum, ein schweres Unrecht gutzumachen.

Als Hermann Müller im September 1928 in Genf an den Völkerbund appellierte, hoffte die deutsche nationalistische Presse, es werde nicht geräumt werden. Sie überschlug sich förmlich vor Freude, als es zunächst wirklich so aussah, als ob nicht geräumt werden würde. Weil der sozialdemokratische Reichskanzler nicht die sofortige Befreiung des ganzen Rheinlandes mit nach Hause brachte, hatte unsere nationalistische Presse für ihn nur hämische Angriffe. Aber die Ernte der von Müller in Genf gesäten Saat blieb nicht aus.

Nun ist das Rheinland frei, und die Arbeiter lassen sich die Freude an dem schließlichen Erfolg der sozialdemokratischen Verständigungspolitik nicht nehmen. **Sie begehen den Tag der Befreiung mit berechtigtem Stolz, denn**

der sozialistische Gedanke der Völkerverständigung hat einen Triumph errungen, der durch nichts verkleinert werden kann.

Ginge es nach den National„sozialisten", dann stände der „Feind" noch Jahrzehnte im Rheinland. Für eine solche „nationale" Politik danken wir. Wir Sozialdemokraten sind national durch Taten wie die zur Befreiung des Rheinlandes geführte Politik. Von niemandem lassen wir uns in der Betätigung wahrhaft nationaler Gesinnung übertreffen.

Es war nicht möglich, die tiefen Wunden, die das Kaiserreich dem deutschen Volke geschlagen hat, schon völlig zu heilen. Aber die von der Sozialdemokratie unerschrocken fortgesetzte Politik der Verständigung wird auch die Rückgliederung des Saargebietes erreichen — nicht durch Gewalt, nicht durch List, sondern ebenfalls durch Verständigung. Und wir wissen, daß wir auch in diesem Punkte auf die tatkräftige Unterstützung der Sozialistischen Interenationale rechnen dürfen. Deshalb rufen wir am Tage der Rheinlandbefreiung:

Es lebe die Sozialdemokratie, es lebe die Sozialistische Internationale, es lebe die Verständigung, die Versöhnung der Völker!

An das Deutsche Volk!

Ein Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung

Nach langen Jahren der Drangsal und des Harrens ist heute die Forderung aller Deutschen erfüllt: die fremden Besatzungstruppen haben das Land am Rhein verlassen. Treue Vaterlandsliebe, geduldige Ausdauer und gemeinsame Opfer haben dem seit dem unglücklichen Ausgang des großen Krieges von fremden Truppen besetzten Gebiet das höchste Gut eines jeden Volkes, die Freiheit, wiedergewonnen. Der Leidensweg, den die rheinische Bevölkerung aufrechten Hauptes um Deutschlands willen gegangen ist, ist zu Ende.

Der Tag der Befreiung soll ein Tag der Dankbarkeit sein. Unser erstes Gedenken gebührt heute denen, die im Kampf für die Freiheit Deutschlands geblieben sind, die ihr Leben gaben für das Vaterland. Zu ihnen gehören auch alle, die während der harten Jahre der Besetzung ein Opfer ihrer Vaterlandsliebe wurden. Unvergessen sollen die Leiden der Männer und Frauen bleiben, die in der schweren Prüfungszeit seelisch und körperlich für Deutschland geduldet haben, und stets werden wir der vielen Tausende gedenken, die wegen ihrer Treue zum Vaterland und beschworener Pflicht durch fremde Machtwillkür von Haus und Hof vertrieben wurden. Ihnen allen schulden wir unauslöschlichen Dank! Wir wollen ihn abstatten durch das Versprechen, uns aller gebrachten Opfer durch Dienst an Volk und Vaterland würdig zu erweisen.

Noch harren unsere Brüder im Saargebiet der Rückkehr zum Mutterland. Wir grüßen heute deutsches Land und deutsches Volk an der Saar aus tiefstem Herzen und mit dem Gelöbnis, alles daran zu setzen, daß auch ihre Wiedervereinigung mit uns bald Wirklichkeit wird. Auch ihnen gebührt heute Deutschlands Dank. Wir wissen, daß sie stolz ihr Deutschtum bewahrt haben, und daß sie ihre Rückkehr zum Mutterlande nicht mit Bindungen erkauft wissen wollen, die den deutschen Gesamtinteressen widersprächen.

Ueber dem politischen und wirtschaftlichen Leben unseres Volkes hängen immer noch schwere Wolken. Aber dennoch ist uns der heutige Tag Anlaß freudiger Zuversicht. Ein Volk, das, ganz auf sich allein gestellt, trotz härtester Bedrängnis sich selbst behauptet hat, ein Land, das auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst und Technik auch in bitterer Notzeit Leistungen vollbracht hat, die in der ganzen Welt anerkannt und bewundert werden, hat ein Recht darauf, mit Selbstvertrauen und mit Zuversicht seiner Zukunft entgegenzugehen. Durch Jahre schwerer Leiden, durch Uebernahme drückender Lasten haben wir dem Land am Rhein die Freiheit wiedergewonnen; für unseres Vaterlandes Glück und Zukunft wollen wir sie in treuem Zusammenstehen erhalten.

Das Gelöbnis in dieser feierlichen Stunde sei Einigkeit! Einig wollen wir sein in dem Streben, unser geliebtes Vaterland auf friedlichem Wege nach Jahren der Not einem bessern und hellern Tag entgegenzuführen. Einig wollen wir sein in dem Schwur:

Deutschland, Deutschland über alles!

gez. von Hindenburg
Reichspräsident.

Die Reichsregierung:
gez. Dr. Brüning
Reichskanzler.

Die sächsische Regierungsfrage

Der Standpunkt der Gewerkschaften

Die Sächsische Gewerkschaftszeitung schreibt zur sächsischen Regierungsfrage:

„Bisher hat die Sozialdemokratie in Sachsen nur zur Frage der Großen Koalition Stellung genommen. Die Parteien, die für sie in Frage kommen, bringen nur 13 Stimmen auf, und selbst wenn man die Aufwertler und die Volksnationalen als Hilfstruppen heranziehen wollte, reicht die Stimmenzahl für die Ministerpräsidentenwahl immer noch nicht zu. Eine Regierung der Großen Koalition könnte daher nur als Minderheitsregierung unter Duldung der Wirtschaftspartei gebildet werden. Ganz abgesehen davon, daß die Wirtschaftsparteiler zu einer solchen Entsagung kaum fähig sein werden, würde dann eine Koalitionsregierung aber erst recht in ihrer Hand sein. Wenn das Ziel der Sozialdemokratie vor der Wahl dahin gehen mußte, die Wirtschaftspartei aus der Regierungsmacht auszuschalten, so muß man sich jetzt darüber klar sein, das das eben nicht mehr möglich ist.

Minderheitsregierungen, gleichviel welcher Art, sind in diesem Parlament überhaupt nicht lebens- und arbeitsfähig. Fast zwei Fünftel aller Mandate befinden sich in den Händen der offenen Gegner der Republik — der Nazis, Kommunisten, Deutschnationalen und ihrer Trabanten vom Landvolk. Gegen diese grundsätzliche Opposition kann sich keine Regierung ohne feste Mehrheit halten. Daher bleibt praktisch eigentlich nur die Möglichkeit einer Regierungsbildung von der Sozialdemokratie bis zur Wirtschaftspartei. Bleibt etwas anderes übrig, als diesen bitteren Kelch zu leeren, wenn man nicht schon in kürzester Zeit wieder Landtagswahlen ohne jede Aussicht auf ein besseres Ergebnis haben will? So, wie die Dinge jetzt liegen, kommt die Sozialdemokratie gar nicht umhin, zu dieser Frage ernsthaft Stellung zu nehmen. Selbstverständlich muß aber jetzt, angesichts dieses Wahlausfalles, erst recht gelten, was die Landesinstanzen schon vorher beschlossen haben: die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Regierung, die bis zur Wirtschaftspartei reicht, kann nur in Frage kommen unter bestimmten Garantien für eine in sozialer Hinsicht fruchtbare Arbeit.

Erfolgreiche Gemeindewahlen in Zossen

Die am Montag erfolgten Neuwahlen zum Stadtparlament in Zossen brachten der Sozialdemokratie 6 statt bisher 5 Mandate, während die Kommunisten von ihren zwei Mandaten noch eins verloren. Die bürgerlichen Parteien behaupteten sich mit sieben Mandaten.

Schon ist das Gesindel da

Nazitheater in Mainz

Mainz, 30. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In Mainz begaben sich bald nach dem Abzug der französischen Truppen nationalsozialistische Rowdies nach dem Vorbild ihrer Gesinnungsfreunde im unbesetzten Gebiet sofort an die Arbeit. Sie rempelten ihnen als andersgesinnt bekannte Persönlichkeiten an, belästigten jüdische Einwohner und vergriffen sich an Personen, die angeblich ehemals separatistisch gewesen sein sollen.

In allen Fällen griff die kaum eingerückte Schutzpolizei ein und stellte die nationalsozialistischen Rowdies fest.

Aufruf der Preußenregierung!

Auch die Preußische Staatsregierung hat aus Anlaß der Rheinlandräumung an die Bevölkerung der befreiten rheinischen Gebiete folgenden Aufruf erlassen:

Die Preußische Staatsregierung grüßt in der Stunde der Räumung die befreiten Brüder am Rhein. Wenn die vorzeitige Räumung erreicht worden ist, so ist das in erster Linie ein Erfolg der treuen Vaterlandsliebe, des unerschütterlichen Glaubens an die deutsche Zukunft und des zähen Abwehrwillens der Bevölkerung. Diese Vaterlandsliebe hat Männer und Frauen aller Schichten und Berufe, aller politischen und weltanschaulichen Gruppen des bisher besetzten Gebietes zu unerhörten Opfern an Leben, Freiheit, Gesundheit und Vermögen befähigt. Das ganze deutsche Volk und mit ihm die Preußische Staatsregierung dankt dem Rheinlande für diese Treue zu Reich und Preußen und wird sie nicht vergessen.

Unser Dank gilt auch den erfolgreichen Staatsmännern, die, fest gestützt auf die Standhaftigkeit und die unbeirrbare Treue der Bevölkerung, sich für die Befreiung des Rheinlandes mit ihrer ganzen Kraft eingesetzt haben und durch ihre Politik den Weg in die Freiheit schon jetzt bahnen konnten.

An diesem Freudentage fehlen in unseren Reihen die Volksgenossen an der Saar. Wir finden uns mit ihnen in wechselseitiger Treue und in dem festen Vertrauen, daß die Kräfte, die dem Rheinlande die Freiheit wiedergegeben haben, auch sie in naher Zukunft wieder mit ihrem Vaterlande vereinigen werden. Der Erfolg des Ringens der letzten zwölf Jahre, die Rettung des deutschen Rheins und unseres größten nationalen Gutes, der Einheit des Reiches, berechtigt uns zu dem zuversichtlichen Glauben an eine bessere Zukunft des deutschen Volkes und der deutschen Republik.

Berlin, den 30. Juni 1930.

Namens der Preußischen Staatsregierung
Dr. h. c. Braun,
Ministerpräsident.

Befreiungsfeier in Mainz

Die Sadt Mainz, ihre Bevölkerung und die vielen Tausende, die aus Nah und Fern herbeieilten, erlebten um Mitternacht eine große, eine geschichtliche Stunde. Am nächtlichen Rhein, auf dem riesigen Platz vor der Stadthalle, an den Rheinufern, auf den angrenzenden Plätzen und Straßen sammelten sich ungeheure Menschenmassen, um den Abmarsch der Besatzung zu feiern. Die Stadt ist festlich geschmückt. Der Dom, die alten Türme strahlen im Glanz elektrischer Lichtfülle.

Um 24 Uhr läuten von allen Türmen der Stadt die Glocken, die Sirenen der Dampfer heulen, die Böllerschüsse krachen. Vor dem Portal der Stadthalle ergreift als erster Redner der Mainzer Oberbürgermeister Dr. Külb das Wort. Er gedenkt der schweren Tage, die über die Stadt hinweggegangen sind und feiert die wiedergewonnene Freiheit. Er erinnert an die furchtbare Separatistenzeit und hebt die großartige Haltung der Mainzer Bevölkerung, besonders der Gewerkschaften, beim Abwehrkampf hervor. Auch der Staatsmänner, die für die Befreiung gewirkt haben, gedenkt er, vor allem des ersten Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, und des Reichspräsidenten von Hindenburg, der den Young-Plan unterschrieben habe. Sein Hoch gilt dem ganzen deutschen Vaterland. Begeistert stimmt die Menge ein. Die deutsche Flagge geht am riesigen Mast hoch, aus Zehntausenden von Kehlen erschallt die dritte Strophe des Deutschlandliedes.

Staatspräsident Dr. Adelung gedenkt gleichfalls der schweren Zeit, die die Stadt Mainz hinter sich hat. Er verspricht namens der hessischen Staatsregierung alle Hilfe. Auch in seinen Worten wird der Staatsmänner gedacht, deren Wirken die endliche Freiheit zu danken ist. Adelung drückt in seiner Rede besonders die Hoffnung aus, daß der tausendjährige Kampf um den Rhein nun endlich erledigt sein und ein dauerhafter Friede für die beiden großen Völker und für Europa herannahen möge.

Als Vertreter der Reichsregierung nennt Reichsinnenminister Dr. Wirth die mitternächtliche Feier eine unvergeßliche, eine geschichtliche, eine wunderbare Stunde. Zuerst gedenkt er der Millionen Toten des Weltkrieges und fordert zu einer kurzen Minute der Ehrung auf. Dann überbringt er der Mainzer Bevölkerung den Dank und Gruß der Reichsregierung. Auch Wirth nennt noch einmal die Namen der Männer, die vorangegangen sind im Kampfe um die Freiheit: Friedrich Ebert, Matthias Erzberger, Walther Rathenau, Fehrenbach und Dr. David, der inmitten der Mainzer Bevölkerung die Feier miterlebte. Aber Wirth geht auch politisch aus der Reserve heraus und spricht aus, daß die Rheinländer auch jetzt noch minderen Rechtes sind und daß das, was Deutschland in Abrüstung und Leistung auf sich genommen hat, von allen Völkern geteilt werden müsse.

Die Feier ist zu Ende. Wieder ertönen Sirenen, Raketen durchschiffen die Luft. Die ungeheure Menschenmenge setzt sich langsam in Bewegung.

Der Prozeß Gerd Wieringer

Geschichte einer Liebe von Julius Wolffsohn

10) (Nachdruck verboten!)

Sie wundern sich, daß ich noch jetzt, nach Jahren alles so genau weiß? Ach, mein Lieber, glauben Sie nur, solche Dinge bleiben im Gedächtnis mit unheimlicher Prägnanz haften, ohne daß man sie späterhin vergessen kann, selbst wenn man sie eines Tages wieder vergessen möchte!"

Gerd hörte jäh zu sprechen auf. Aber durch die Stille hindurch fühlte der stumme Hörer, wie sehr Gerd von den Erinnerungen jener Zeit überwältigt war. Schweigend erklärte er sich mit Gerds Bitte einverstanden, ihn jetzt zu verlassen und am nächsten Tage wiederzukommen.

Hetty Gratt ließ sich bei Dr. Presser anmelden. Kaum aber hatte der Gerichtsdiener die Tür hinter sich geschlossen, als sie tief betroffen stehen blieb. Sie hatte auf diese Vernehmung gewartet, jetzt aber fürchtete sie sich davor. Sie konnte sich dieses Angstgefühl nicht erklären, aber es schien ihr, als sei ihr der Hals wie zugeschnürt.

Dr. Presser begrüßte die Eintretende mit einer leichten Verbeugung, indem er sie zugleich aufmerksam musterte. Da sie aber einen Schleier trug, konnte er [illegible] kaum etwas erkennen. Was ihm [illegible] auffiel, war [illegible] nervösen, fahrigen [illegible], bei deren [illegible] Dr. Presser zugeben mußte, daß er selten so kleine, wohlgeformte Hände gesehen hatte.

[illegible] „Sie kommen auf die [illegible]

[illegible] machen! [illegible] Ihnen, [illegible] Herrn Sunnino!"

[illegible]

Der Richter blätterte in seinen Akten, lehnte sich, nachdem er das Gesuchte gefunden hatte, in seinem Stuhl zurück und sah Hetty dabei unverwandt an.

„Sie haben," begann er, „behauptet, daß Herr Wieringer Mario Sunnino ermordet hat. Wollen Sie mir sagen, wie Sie zu dieser Aussage kommen?"

Hetty: „Ich bin doch dabei gewesen, wie es geschah!"

Dr. Presser: „Nach anderen Aussagen sind Sie doch erst später gekommen, sind Sie bei der Unterredung zwischen Wieringer und Sunnino nicht zugegen gewesen?"

Hetty: „Das ist wohl richtig. Ich bin später gekommen, aber nicht zu spät. Als ich kam, sah ich, wie die beiden Männer miteinander rangen und — wie das Entsetzliche geschah."

Dr. Presser: „Nach der Meinung der Sachverständigen ist es sehr gut möglich, daß ein Unglücksfall vorliegt. Die Schußrichtung, die Art der Verletzung lassen darauf schließen."

Hetty: „Das ist ganz ausgeschlossen!"

Dr. Presser: „Weshalb dann?"

Hetty: „Weil Gerd — ich meine, weil Herr Wieringer ihn doch getötet hat!"

Dr. Presser: „Sind Sie dessen ganz sicher? Können Sie sich nicht geirrt haben? Bedenken Sie wohl, was Sie sagen, denn Sie sprechen eine schwere Anklage aus!"

Hetty: „Wenn ein Mensch mittelbar oder unmittelbar an dem Tode eines andern Menschen schuldig ist, ist er dann nicht sein Mörder?"

Dr. Presser: „Was wollen Sie damit sagen?"

Hetty: „Daß ich das Recht habe, Gerd Wieringer den Mörder Marios zu nennen, denn er hätte vermeiden können, daß es so weit kam!"

Dr. Presser sah sie einen Augenblick erstaunt an. Dann forderte er sie auf, den Hergang zu erzählen.

Hetty [illegible] von ihrem vergeblichen Besuch bei Gerd. Sie [illegible] und aufgeregt zu Mario kam, der [illegible], was geschehen sei.

„Mario [illegible] auf meine Bitte mit mir hierher gekommen, obwohl er nicht wußte, weshalb ich kam. Ich hatte ihm nur [illegible] unserer Hochzeit noch einiges zu regeln [illegible] Eltern wiedersehen wolle und daß er mich [illegible] weshalb ich hierhergekommen war. [illegible]

solange Wieringer noch im Besitz von gewissen Erinnerungen sei, welche noch von früher her stammten. Mario geriet außer sich. Er fragte nicht mit einem Wort, was für Dinge es seien, welche Wieringer zurückgeben sollte. Er war nur auf das höchste bestürzt, daß jetzt, so kurz vor dem Ziele, ein neues und wie es schien, unüberwindliches Hindernis auftauchte. Er beschwor mich, abzureisen und die Dinge in Wieringers Besitz zu lassen. Aber ich konnte es nicht. Ich konnte diese Dinge nicht im Besitz eines andern wissen, wenn ich Marios Frau werden sollte.

Mario wollte es noch einmal versuchen. Er ging zu Wieringer. Für ihn wäre es eine Kleinigkeit gewesen, unsere Bitte zu erfüllen. Aber er weigerte sich hartnäckig, trotzdem Mario ihn inständig bat. Mario geriet durch die Weigerung Wieringers in große Erregung. Ich wußte, daß er stets eine Waffe bei sich trug, aber ich hatte nicht daran gedacht, als er zu Wieringer ging. Ich war mit ihm bis ans Haus Wieringers gegangen und wartete unten. Ein unerklärliches Angstgefühl trieb mich die Treppe herauf. Ich läutete, ging in die Wohnung und sah, wie beide Männer zusammen rangen. Wieringer hielt Marios Hand gepackt und bog sie nach hinten zurück, so daß der Lauf der Waffe gegen Mario gerichtet war. Im gleichen Augenblick ging auch die Waffe los — und Mario lag am Boden.

Es steht also ganz ohne Zweifel fest, daß Mario durch Wieringer gestorben ist."

Dr. Presser hatte den Bericht Hettys angehört, ohne sie zu unterbrechen und ohne sie dabei anzusehen. Als Hetty schwieg, blieb er noch eine kurze Zeit nachdenklich stumm. Neues hatte ihm auch Hettys Bericht nicht gebracht. Was sie über Sunninos Tod sagte, war reichlos farblos und viel zu allgemein gehalten, als daß er hieraus einen schlüssigen Beweis für Wieringers tatsächliche Schuld hätte herleiten können.

Dr. Presser: „Sie sagten, daß Sie eine Gefälligkeit von Wieringer verlangten. Es muß doch schon eine recht wichtige Sache gewesen sein, wenn Sie deshalb eine solch weite Reise unternahmen, nicht wahr?"

Hetty: „Gewiß!"

Dr. Presser: „Können Sie mir nähere Angaben über das Anliegen machen, das Sie an Wieringer hatten?"

Hetty: „Nein!"

Dr. Presser: „Ich kann das nicht ganz verstehen, Fräulein Gratt! Es kann sich doch nicht um eine Bagatelle gehandelt [illegible]

Ostausschuß setzt seine Beratungen fort

Ablehnung sozialdemokratischer Abänderungsanträge zum Osthilfegesetz

Im Ostausschuß des Reichstags wurde am Montag die Beratung des Osthilfegesetzes fortgesetzt. Einen großen Teil der Debatte füllte der § 9 des Gesetzes aus, der die Betriebssicherung behandelt. Für die Bestimmungen dieses Paragraphen sind von den gesamten Barmitteln aus dem Etat in Höhe von 128 Millionen Mark allein 50 Millionen Mark vorgesehen worden.

Die Sozialdemokratie brachte zu diesem Paragraphen einen Abänderungsparagraphen ein, nach dem die Mittel auf 27 Millionen Mark begrenzt werden und außerdem die Verwendungszwecke genaue Festlegung erfahren. Gegen den Antrag kämpften die bürgerlichen Parteien, namentlich die Deutschnationalen und ebenso die Regierung, weil durch ihn eine der wesentlichsten Punkte der Subventionswirtschaft ausgeräumt werden sollte. Den bürgerlichen Parteien trat Abg. Lufft (Soz.) entgegen, der die Forderung aufstellte, daß nicht nur von der Landwirtschaft, sondern von der Gesamtwirtschaft die Hilfsmaßnahmen einzusetzen hätten. Für die Großbetriebe dürften nicht besondere Zuschüsse neben den reichlichen Umschuldungsmitteln geleistet werden. — Der Antrag der Sozialdemokratie wurde schließlich abgelehnt.

Der Ausschuß erledigte dann den § 10, der eine Nachprüfung und Ueberwachung sanierter Betriebe vorsieht. Verschärfende Anträge wurden abgelehnt, so daß es bei einer nichtssagenden „Kann"-Bestimmung bleibt. Auch der Vollstreckungsschutz für überschuldete Betriebe führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Für die Sozialdemokratie verlangte Abg. Schmidt-Cöpenick die Streichung der Schutzbestimmungen, durch die nur die Kreditfähigkeit des Ostens gemindert werde. Obgleich auch Staatskommissar Rönneburg darauf verwies, daß jede neue Umschuldungsaktion einen natürlichen Vollstreckungsschutz mit sich bringe, wurde an dem Gesetz nichts geändert.

Wirtschaftspartei und Deutschnationale brachten noch uferlose Anträge auf Steuerniederschlagung ein, die sogar der sonst sehr freigiebigen Regierung zu weit gingen und abgelehnt wurden. Zum Schluß nahm der Ausschuß das Gesetz über die deutsche Ablösungsbank an. Am Dienstag werden die letzten Partien des Entwurfs beraten werden.

Weiterberatung des Haushalts

Diskussion um die Novelle zur Krankenversicherung

Rheinlandbefreiungsfeier

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt in Verbindung mit der Vorlage des Internationalen Uebereinkommens über den Heuervertrag der Schiffsleute.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald:

Nationalismus allein kann nicht helfen, sonst könnte man ja auch fragen, wozu zwei christliche Kirchen bestehen. (Sehr gut!) Die Sozialversicherung kann die Blutbande und die Verwandtschaftspflichten gefährden; nur wo die nächsten Verwandten nicht imstande sind, sollte die Allgemeinheit versorgerisch eingreifen. Auch soll die Sozialversicherung nicht die persönliche Verantwortlichkeit einschränken. Also Abschaffung der Bagatellen in der Krankenversicherung, Reform des Aerzte- und Arzneiwesens und anderes mehr. Das sind meine eigenen Ideen. Ich werde dem Reichstag entsprechende Vorschläge machen. (Zurufe.) Ich habe eine ganze Anzahl Gesetze vorgefunden, die Minister Wissell vorbereitet hat, und wenn einer von Ihnen (zu den Soz.) mich ablösen sollte, wird er gewiß auch eine Anzahl der von mir vorbereiteten Gesetze übernehmen. (Ruf v. d. Komm.: Schicksalsverbundenheit.) Ja, wenn man es so machen will wie Sie, muß man gründlicher aufräumen. (Sehr wahr! bei den Komm.) Aber wenn Rußland so viele Großstädte und Industriegebiete hätte, wie wir, dann wäre das auch nicht auf solche Weise gegangen. (Sehr gut!) Der Minister spricht dann über die Finanzlage. Jede neue Steuer muß daraufhin überprüft werden, ob sie nicht die Arbeitslosigkeit erhöht. Man kann nicht durch Beitragserhöhung und Steuerabzüge dauernd die Einkünfte der Lohn- und Gehaltsempfänger unter ihr Existenzminimum senken. Trotzdem ist die Beitragserhöhung um 1 Prozent bei der Arbeitslosenversicherung nötig, weil der Reichsetat nicht ständig durch sie gefährdet werden darf. Dafür lassen sich etwa 1 Prozent der Krankenkassenbeiträge ohne Beeinträchtigung der Volksgesundheit kürzen. Deutschland verbraucht die meisten Arzneien und hat nicht einmal die beste Gesundheit. Diesem Zustand wird durch die Novellen über die Abgabe der Krankenscheine und der Arzneien entgegengewirkt, was nichts mit Sozialreaktion zu tun hat. Eine Beitragserhöhung der Invalidenversicherung wird 1932 unvermeidlich sein.

Ich bin grundsätzlich für hohe Ansprüche an den Wohnungsbau, schon im Interesse des Familienlebens. Aber bis jetzt konnten die ärmeren Kreise die Neubauwohnungen nicht bezahlen. In den letzten Jahren sind 4—5 Milliarden Hauszinssteuermittel in den Wohnungsbau hineingesteckt worden, ohne daß die Arbeiter sich solche Wohnungen leisten können. Es müssen mehr Kleinwohnungen bis zur Höchstmiete von 40 Mark monatlich gebaut werden. Das ländliche Siedlungswesen, das in die Osthilfe eingebaut worden ist, muß ein dauernder Bestandteil der deutschen Ostpolitik bleiben. Eine Umgestaltung der Hauszinssteuer soll die ländliche Siedlung begünstigen und eine Rücksiedlung von der Stadt aufs Land ins Werk setzen. (Beifall b. d. Regierungsparteien.)

Abg. **Hülser** (Chr.-nat. Arb.-Gem.): Die Sparmaßnahmen, die bei der Arbeitslosenversicherung geplant sind, gehen so weit, daß sie zu sozialen Bedenken Anlaß geben und entweder gemildert oder auf die Zeit der Wirtschaftskrise befristet werden müssen. Die Tendenz der Industrie, männliche Arbeitskräfte durch geringer bezahlte Frauen und Mädchen zu ersetzen, muß bekämpft werden.

Abg. **Litke** (Soz.):

Der Entwurf zur Aenderung der Krankenversicherung ist ein ungeheuerlicher Eingriff in die Rechte der arbeitenden Klassen. Schon jahrelang hat die Unternehmerpresse und haben andere bürgerliche Zeitungen eine Hetze gegen die Krankenversicherung getrieben, in der Regel unter wesentlicher Mitwirkung der Aerzteschaft. Deshalb haben die Aerzte heute kein Recht, jetzt gegen diese Vorlage aufzutreten und von einer Gefährdung der Volksgesundheit zu reden, nachdem sie selbst

das Schlagwort von der Begehrlichkeit der Massen

verbreitet haben. Ein großer Teil der Vorschläge des Entwurfes stimmt überein mit den Vorschlägen einer Denkschrift der Vereinigung der Arbeitgeberverbände vom März dieses Jahres. Darin war eine Entlastung der Krankenversicherung um 500 Millionen gefordert. Diese Denkschrift beruft sich auf einen Danziger Arzt Dr. Lipp, der in einem Buch geschrieben hat, daß das heutige System Faulenzer, Drückeberger, Simulanten, Ausnützer und sonstige Schädlinge groß ziehe. Er behauptet weiter, daß Tausende junge Leute heute sagen, warum soll ich arbeiten gehen, wenn ich mit dem Stempeln mehr verdiene; auch der Unfallversicherung wird nachgesagt, daß sie die Leute demoralisiere, sie zu Rentenjägern mache und sogar zur Selbstverstümmelung veranlasse. (Entrüstungsrufe links.) Und wenn diese Denkschrift erklärt, sie wolle an der Sozialversicherung nicht rütteln lassen, so kann man dem nach allem Vorhergegangenen nicht glauben. (Sehr wahr! links.)

Die jetzige Vorlage hat ihr Vorspiel schon in den Aeußerungen des Reichsarbeitsministers und des Abg. Dr. Brauns am 14. Mai im Ausschuß gefunden. Man hat damals davon gesprochen, daß die Ersparnisse bei der Krankenversicherung das Manko bei der Invalidenversicherung, vielleicht sogar bei der Arbeitslosenversicherung decken sollten. Am Ende kommt heute noch ein Volksparteiler und erklärt, daß diese Ersparnisse sowohl das eine wie das andere Manko decken sollen!

Der Minister behauptet, daß in keinem anderen Lande so viel für Aerzte und Arzneien ausgegeben werde als bei uns, nämlich fast eine Milliarde in der ganzen Sozialversicherung. Diese Aeußerung muß den Eindruck erwecken, als würde diese Milliarde allein in der Krankenversicherung ausgegeben. (Minister Stegerwald: Nein, das habe ich nicht gesagt, ich meine die ganze Sozialversicherung.) Der Minister hat weiter erklärt, wenn die Familienhilfe so weiter geht, so würde mehr als die Hälfte des deutschen Volkes keinen Pfennig für Krankenhaus, Arzt und Arzneien zu bezahlen haben. Selbst die christlichen Gewerkschafter werden diese Ansicht des Ministers nicht teilen, der doch weiß, daß die Arbeiter und Angestellten die Beiträge bezahlen, also nichts umsonst bekommen. (Sehr wahr! links) Auch der Vergleich des Ministers mit den Ausgaben in Amerika ist unzulässig, denn in Amerika hat eine große Anzahl Leute überhaupt keine Versicherung.

Es ist ganz klar, daß die Ersparnisse an der Krankenversicherung gemacht werden sollen, um die Finanznot des Reiches zu mildern; dazu will man also den Kranken ein Notopfer auferlegen, es handelt sich gar nicht um die

Beseitigung von Mißständen.

Auf der Kundgebung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hat sogar ein Unternehmer erklärt, daß dieser Entwurf ein Produkt der Kopflosigkeit der Reichsregierung ist, und daß man durch diese Maßnahmen nicht die Arbeitslosenversicherung gesund, aber die Krankenversicherung krank machen werde. (Sehr richtig! links). In ihren Beratungsunterlagen gibt die Regierung selbst zu, welch ungeheure Kosten die krankheitsvorbeugende Arbeit der Krankenkassen verursacht; sie erkennt selbst an, daß die Jahre des Krieges, der Inflation und der Wirtschaftskrisen erhöhte Fürsorge notwendig gemacht haben, aber dann ist doch gerade die Gegenwart am ungeeignetsten zu Verschlechterungen! Sehr wahr! links). Im Jahre 1914 waren 16,5 Millionen Personen versichert, heute sind es 22 Millionen, also eine Steigerung um den dritten Teil. Es können also die heutigen Ausgaben mit denen von damals nicht verglichen werden. (Minister Stegerwald: Aber 6,3 Prozent gegen 3,5 Prozent Beitrag!) Ja, aber damals gab es noch keine Bäderkuren, keine Erholungskuren, keine mediko-mechanische Behandlungsweise, um Krankheiten vorzubeugen usw. Vor dem Krieg waren 4 Millionen Familienangehörige versichert, aber 1928 schon rund 15 Millionen! Wenn die Kosten für Zahnbehandlung gegenüber 1914 um 563 Prozent gestiegen sind, dann kann man natürlich so wie früher die Zähne ziehen, anstatt sie zu plombieren, das ist freilich billiger! (Sehr gut! links).

Nach dem Regierungsentwurf soll die Versicherungsberechtigung für alle erlöschen, deren regelmäßiges Gesamteinkommen 8400 Mark übersteigt. Diese Angestellten mit 700 Mark monatlich haben zum größten Teil Jahre und sogar Jahrzehnte der Krankenversicherung angehört und der Gesetzgeber hat nicht das Recht diesen Leuten, die nicht versicherungspflichtig, aber dazu berechtigt sind, und die zugunsten ihrer Familie sparen und den Beitrag bezahlen, um diesen Schutz zu bringen. Mit dem Ausscheiden würden alle erworbenen Ansprüche erlöschen. Uebrigens bedeute chronische Krankheit oder Operation auch für Leute mit 700 Mark Einkommen eine so schwere Belastung, daß man ihnen die Versicherung nicht nehmen darf. Die Vorlage will den Grundlohn von 10 auf 9 Mark herabsetzen und damit entsprechend auch die Leistungen. Das machen wir nicht mit. Wir werden Erhöhung auf mindestens 12 Mark beantragen. Nach der Vorlage soll das Krankengeld nicht mehr vom vierten Tag an, sondern erst vom 4. Werktag an bezahlt werden und der Sonntag rechnet nur dann, wenn er für den Betreffenden ein Arbeitstag gewesen wäre. Nach dieser Bestimmung kann es bei einer Erkrankung oder einem Unfall etwa am Weihnachtsheiligenabend, wenn dieser auf einen Sonntag fällt, bis zum neuen Jahr dauern, bevor das erste Krankengeld ausgezahlt wird. Diese Regelung ist für uns nicht annehmbar. Eine Bezahlung für Krankenscheine und Arznei ist 1911 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gegen die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen abgelehnt worden; das Zentrum war dagegen. (Minister Stegerwald: Damals kostete die Sozialversicherung 450 Millionen, jetzt 2,5 Milliarden!) Aber damals kamen sehr viele Beschwerden, z. B. daß Aerzte untersuchten, ohne daß der Patient, wie wir damals sagten, überhaupt das Chemisett abzunehmen brauchte. (Heiterkeit.) Gegen eine Verschärfung der Bestimmungen für die Aerzte, damit nicht soviel Arzneien verordnet werden, hätte ich nichts, aber deswegen darf man doch nicht diese Bezahlung einführen, die bei ansteckenden Krankheiten, für junge Mütter, für Arbeitslose und Unfallverletzte eine so schwere Belastung bedeutet. Der Minister soll soviele Ausnahmen zulassen können, daß man sich fragt, wozu dann überhaupt noch diese Bestimung getroffen werden soll. Die Bezahlung der Krankenscheine auch für die Familienangehörigen, würde, etwa bei einer Grippeneuche, wenn vier Familienmitglieder krank sind, 6 Mark für die Scheine erfordern. Wo soll da ein Arbeiter mit 50 Mark in der Woche hinkommen! Für denselben Versicherungsfall soll die Gebühr nur einmal entrichtet werden, aber ob es derselbe Versicherungsfall ist; kann doch nur der Arzt feststellen, und bis dahin müßte zunächst einmal gezahlt werden. Es soll auch so gemacht werden, daß die Krankenkasse die Hälfte der entstandenen Arzneikosten erstattet (Minister Stegerwald: Das ist bei der Knappschaft geltendes Recht!), aber es erfordert neue Verwaltungsausgaben für die Krankenversicherung, und es besteht gar kein Grund, das einzuführen. Wir werden dieser unerhörten Neubelastung nicht zustimmen, die außerdem ganz Mittellose verhindern würde, den Arzt aufzusuchen und Arznei zu erwerben. Der Anspruch soll ruhen, wenn Gehalt oder Arbeitsrente weitergeht. Auch das entspricht den Forderungen der Unternehmerdenkschrift und ist eine rein lohnpolitische Forderung, die an die Stelle raschter Hilfe zur Gesundung der Erkrankten treten soll! Das Krankengeld soll erst von der 6. Woche an erhöht werden können. Durch übereinstimmenden Beschluß der Unternehmer und der Arbeitervertreter besteht heute bei 311 Kassen mit 3 120 000 Mitgliedern ein Krankengeld von 60 Prozent von der ersten Woche an. Alle diese Personen würden nur noch 50 Prozent mindestens bis zur 6. Woche erhalten. Schließlich würde der Entwurf auch noch weiterhin das Bestehen von Innungskassen mit 30 Lehrlingen und 120 Gesellen ermöglichen. Die Sozialdemokratie steht schützend vor den sozialen Interessen der werktätigen Bevölkerung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird diese Verschlechterungen der Reichsversicherungsordnung ablehnen. (Lebh. anhaltender Beifall der Soz.)

Abg. **Dr. Steiniger** (Dnat.): Nicht Zwischenkredite, die Abg. Lipinski forderte, sondern endgültige Kredite fördern den Wohnungsbau. Die Wohnungszwangswirtschaft muß weiter abgebaut werden.

Abg. Dr. **Brauns**-Köln (Ztr.): Die Ausführungen des Abg. Litke gegen die Novelle zur Krankenversicherung stehen nicht auf dem Niveau ernsthafter Opposition. Der Redner bespricht ausführlich die Entwicklung der deutschen Sozialversicherung.

Abg. **Schröter**-Merseburg (Komm.): Das Schlichtungswesen wird immer mehr eine Geißel der Arbeiterschaft und ein Werkzeug des Lohnabbaues. In Genf haben deutsche Regierungsvertreter die Arbeitszeitverkürzung für die Kohlenbergarbeiter sabotiert.

Abg. **Metz** (Soz.):

Wir unterstützen alle Versuche, die Wirtschaftsnot zu lindern und die Arbeitslosen wieder zu beschäftigen. Das Schlimmste wäre es, die gewaltige Arbeitslosigkeit zu einer Senkung des allgemeinen Lebensstandards zu mißbrauchen. Darum aber verdient das Schlichtungswesen die größte Aufmerksamkeit. Denn ihm kommt dabei die Hauptaufgabe zu. Gewisse Intellektuelle wollen das Zeitgemäße noch nicht erkennen. So hat sich in Rechtsanwalt Kühlwetter in Hamburg geweigert, einen Tarifvertrag für seine Angestellten mit dem Z.d.A. abzuschließen und zur Begründung gesagt, daß er grundsätzlich Mitglieder dieses Verbandes nicht engagiere und mit all seinen Angestellten vereinbart habe, ihr Anschluß an den Z.d.A. stelle einen wichtigen Grund zu fristloser Kündigung dar. (Hört! Hört! links.) Er fügte hinzu, er sei Herr in seinem Büro, und an seiner Tür höre die rote Hetze auf! Die Anwaltskammer mußte diesen Herrn erst die Achtung vor dem Artikel 159 der Reichsverfassung beibringen, der die Vereinigungsfreiheit sichert.

Das Schlichtungswesen muß sich dem fortgeschrittenen Stand der Wirtschaft, der Lohnhöhe und der Arbeitszeit anpassen.

Schiedssprüche mit einer Arbeitszeit von über 48 Stunden dürfen nicht für verbindlich erklärt werden,

ebensowenig solche, die den Lohn nicht in das richtige Verhältnis zur Arbeit setzen. Manche Schiedssprüche lassen diese notwendige Rücksicht vermissen; auch der Schiedsspruch von Oeynhausen ist falsch. Das gestellte Ziel erreicht er nicht, nämlich die Senkung der Lebenshaltungskosten. Durch die Beseitigung der Severingschen Schutzklausel für die Akkordarbeiter, die 80 Prozent der unter Tarif stehenden deutschen Metallarbeiter erfassen, werden die Unternehmer ermutigt, überall diese Sicherung zu beseitigen. In Bezug auf hunderttausend Metallarbeiter in Sachsen wird das bereits versucht. Die Oeynhausener Methode ist zu roh, um einen Preisabbau und eine Wirtschaftsbelebung zu erreichen. Statt Verminderung der Lebenshaltungskosten sehen wir z. B. in Frankfurt a. M. Verteuerung von Brot und Milch. (Minister Stegerwald: Daran bin ich nicht schuld!) Preissenkung der Lebensmittel wäre nötig. (Minister Stegerwald: Womit wird die Brotverteuerung begründet?) Darauf kommt es nicht an, die Teuerung ist da und trotzdem will man die Löhne senken. Die Eisenpreise hätte man angesichts der starken Verbilligung der Rohstoffe auch ohne Lohnherabsetzung senken können. Gegen 1913 ist die Tonne Stabeisen frei Oberhausen von 108,50 auf 141 Mark gestiegen, die Akkordlohnsumme aber in derselben Zeit pro Tonne von 56 auf 44 Mark gefallen! (Hört, hört! links.) Die Kleineisenindustrie in Hagen muß trotz einem Preisabschlag von 40 Pf. pro 100 Kilogramm infolge eines Aufschlages für Mengen unter 500 Kilogramm heute 50 Pf. mehr zahlen, als vor der Preissenkung! (Minister Stegerwald: Der Verbrauch der Kleineisenindustrie ist nicht maßgebend.) Die kleinen Klempner, Schlosser usw. führen einen harten Existenzkampf und eine Eisenpreisverbilligung wäre für sie eine große Hilfe. Die Preisverbilligung wäre durchaus möglich auf Grund der Verbilligung der Rohstoffe und der großen Fortschritte der Technik, deren Kosten doch nicht die Arbeiter allein tragen müssen, sondern diejenigen, die leistungsfähig genug sind.

Wenn der Minister sich für Arbeiterschutz und Erweiterung des Tarifrechts, Arbeitsbeschaffung und gerechtes Lohnniveau einsetzt, wenn er alle Kräfte dafür mobil macht, so wird er unsere Unterstützung haben. Nur in gemeinsamer Arbeit werden wir aus der schweren Zeit zu einer besseren kommen. (Lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. **Schumann**-Leipzig (Komm.) verlangt Einsetzung von Mitteln für Wohnungsbauten in den Etat und wendet sich gegen die Aufhebung des thüringischen Mieterschutzes, der der Arbeitsminister zugestimmt habe. — Abg. **Herberg**-Zwickau (Volksrechtsp.) sieht in der unzureichenden Aufwertung die Ursache der Wirtschaftskrise und wendet sich gegen den jetzigen Reichsbankpräsidenten Luther (Vizepräsident Esser ruft den Redner zur Sache) und klagt über die Kleinrentnernot. — Abg. **Gok** (Dnat.) spricht gegen die Ratifizierung der internationalen Seemannsheuerkonvention im Namen aller Reedereiunternehmungen. — Abg. **Frau Dr. Müller**-Ottfried (Dnat.) setzt sich für die durch die Aufwertung geschädigten Rentner ein und empfiehlt nach dem Vorbild Oesterreichs, deren Bezüge durch Gewährung eines Rechtsanspruches zu sichern.

Darauf wird die Beratung zu einer kurzen Rheinlandfeier unterbrochen. — Dienstag, 15 Uhr: Rheinlandentschließung, Haushaltsberatung, dritte Lesung des Amnestieantrags Everling. Schluß 19 Uhr.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Weiße Zähne: Chlorodont

WERTHEIM

BRESLAU 5

Postversand ab 20 Mk. portofrei!

Beginn am 1. Ju

Spaison-Ausverkauf

Außerordentlich

herabgesetze Preise für viele Artikel in fast allen Abteilunge

sowie besonders billige Gelegenheitsposten

Einige Beispiele:

Blusen

Hemdbluse	ohne Ärmel, einfarbig, Kunstseide	2.60
Toile-Bluse	gestreifte Kunstseide, ohne Ärmel	2.90
Waschseide	bunt gemustert, mit lang. Ärmel	4.50
Toile-Bluse	K-Seide, mit langen Ärmeln gestreift	5.90

Hauskleider

Zephir	einfarbig	1.75
Gartenkleid	einfarbig. Waschstoff	2.25
Gartenkleid	Beiderwand	2.75
Mouselinekleid	bedr. Baumwolle	3.90

Damenwäsche

Trägerhemd	m. Stickerei-Motiv und Klöppelspitze	0.80
Hemdhose	m. Stickerei-Motiv und Klöppelspitze	0.95
Nachthemd	m. Stickerei-Motiv und Klöppelspitze	1.75
Trägerhemd	farb. Wäschetuch m. Spitze u. Blende	1.75

Weißwaren

Jackenkragen	Volle m. Spitze	0.18
Kragen	Crêpe de Chine mit Spitzen	0.75
Westen od. Kragen	Crêpe de Chine	1.35
Damen-Kravatten	einfarbig, rein. Seide	0.50

Ein Posten
Cachenez
für Damen, weiß gemust. **1.25**

Damenkleider

Tenniskleid, weiß, Natte, Gr. 40-46 **3.50**

Gestreifte Waschkunstseide Gr. 40-46 **5.50**

Waschseide Sportform **6.90**

Glockenkleid bedruckte Kunstseide **7.50**

Voll-Volle, helle Dessins **9.25**

Japonkleid reine Seide **18.50**

Damenmäntel

Trench-Coats gute Qualität **9.50**

Herrenstoffmäntel ganz gefüttert **12.75**

Frauenmantel reinwoll. Herrenstoff auf Kunstseide **19.75**

Glockenmantel reinwollene Crêpe Cald, auf Kunstseide, mode, marine, braun **27.50**

Ein Posten
Georgettmäntel mit und ohne Pelzbesatz, hochelegante Verarbeitung, marine, med. bleu, schwarz **45.00**

Damenmäntel feine Schneiderarbeit **28.00**

Damenhüte

Serie I	Serie II	Serie III
0.95	**1.95**	**2.95**
Serie IV	**Serie V**	**Serie VI**
3.90	**5.90**	**7.50**

Einige Beispiele

Herrenbekleidung

Sakko-Anzüge	17.50	25.00	38.0
Sport-Anzüge	38.00	58.00	75.0
Sommer-Mäntel	39.00	49.00	62.0
Kammgarn-Anzüge			49.0

Herrenwäsche

Oberhemd	2.9
Sporthemd	3.4
Nachthemd	2.8
Stehumlegekragen	0.4

Trikotagen

Schlüpfer	0.5
Schlüpfer	1.2
Herren-Netzhosen	1.2
Damen-Unterkleider	1.9

Strümpfe

Damenstrümpfe	0.6
Damenstrümpfe	1.0
Herrensocken	0.4
Herren-Sportstrümpfe	0.9

Ein Posten
Damenstrümpfe
hochfeine Waschseide 2. Wahl **0.85**

Kleiderstoffe

	Mtr.
Baumwoll-Musselin bedruckt	0.35
Waschkunstseide med. Muster	0.48
Voll-Voile	0.78

Seidenstoffe

	Mtr.
Japon bedruckt, med. Muster	2.75
Crêpe de Chine bedruckt	2.95
Georgette ohne Spitz, bedruckt	4.90

Kampf gegen die Gemeinwirtschaft

Bürgerparteien liefern städtisches Elektrizitätswerk an die private E.-W. Schlesien aus

Noch einmal stundenlange Debatte über den Anschluß an E.-W. Schlesien — Einmütiger Protest gegen das Osthilfe-Gesetz — Die Erhöhung der Preise in den städtischen Bädern von Arbeitervertretern abgewehrt — Erledigung von 17 Dringlichkeitsanträgen — Nächste Sitzung erst im September

Nachdem gestern der Bürgerblock das größte Verbrechen an der Stadt und der Bürgerschaft verübt hat, [illegible] Der Stadt Breslau [illegible] Tschechnitz [illegible] elektrischen Strom zum Selbstkostenpreis [illegible] Millionen jährlich [illegible] in einer Zwangslage befindet. [illegible] Der Breslauer Werk [illegible] Tschechnitzer Werk [illegible] Stadt Breslau [illegible] Wenn einmal dem Reiche [illegible] Dazu hat der Breslauer [illegible] dem Reiche erhalten, neben dem Schaden, den es bei [illegible] Breslau anlegte.

Der „Anschlußgedanke“ ist nicht von Breslau, sondern von [illegible] ausgegangen. Seit vielen Jahren ist im „Breslauer [illegible]anzeiger“, dem „Blatt der Wirtschaft“, in Artikeln und [illegible] dafür Stimmung gemacht worden und zwar schon zur Zeit der sozialdemokratischen Mehrheit von 1919 bis 1924, die in [illegible] Zeit die Wasserkraftwerke schuf. Als die sozialdemokratische Mehrheit nicht mehr bestand, wurde Tschechnitz aktiver. [illegible] wurden die Breslauer Stadtverordneten zu Besichtigungen nach Tschechnitz geladen und glänzend bewirtet. Bei der Verwaltung der Breslauer Werke wollte aber trotzdem keine Stimmung für den Anschluß aufkommen. Wozu denn teure [illegible] von außen beziehen, wenn man sie selbst billiger erzeugen kann? Da gab es im vorigen Jahre in Breslau zwei Unfälle, wie sie gelegentlich in jedem Werk vorkommen, und in Tschechnitz schon viel schlimmer vorgekommen sind. [illegible] Breslauer Unfälle wurden von den Tschechnitzer Interessenten, [illegible] solchen Breslauern, die Tschechnitzer Aktien haben, zur Erzeugung einer Panikstimmung benutzt. Der Breslauer Magistrat [illegible] diese Panikstimmung umso lieber, als er ja bürgerblockmäßig zusammengesetzt ist, und die Leitung der Breslauer Werke [illegible] ihr auch. Warum schwere Verantwortung tragen, wenn [illegible] die Verantwortung übernehmen wollen. So dachten jetzt [illegible], die früher entschieden gegen den Anschluß waren. [illegible] Otte hat als sachverständiger Berichterstatter nachgewiesen, welch schlechtes Geschäft die Stadt mit dem Anschluß macht, die Genossen Dr. Eckstein und Blank haben entschieden gewarnt, den Weg zu gehen, zumal sich auf dem Geldmarkt eine [illegible] Erleichterung bemerkbar macht, so daß Breslau im nächsten Jahre wahrscheinlich die nötigen Anleihen zum Ausbau der [illegible] Werke finden wird. Es half nichts, die Bürgerblöckler [illegible] nach der Rede des Genossen Eckstein nur die Beleidigten [illegible] sagen, er habe ihnen die Zustimmung erleichtert. Das nennen [illegible] bürgerlichen Kommunalpolitik treiben.

Wir stellen nur gegenüber: Eine **sozialdemokratische Mehrheit** schuf trotz Hemmungen und Verzögerungen aller Art in der schwersten Nachkriegs- und Inflationszeit die Breslauer **Wasserkraftwerke**. Der **Bürgerblock** liefert [illegible] Jahren später die Breslauer Elektrizitätsversorgung dem **Privatkapitalismus** aus!

Aber etwas Gutes ist gestern doch auch aus den Bürgerblock[illegible] herausgekommen. Der Volksparteiler **Halfpaap** hat einen Antrag dagegen eingebracht, daß Breslau im Ostprogramm der Reichsregierung nicht berücksichtigt ist. Ausgerechnet ein Volksparteiler, wo doch die Volkspartei regiert und seit Jahren im Reiche nur Krisen und Unheil erzeugt. Natürlich haben unsere Genossen mit für den Antrag gestimmt, die Genossen **Frey** und **Krumm** haben aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß [illegible] die Bürgerblöckler gefälligst einmal selbst an ihre Minister denken möchten.

Die Sitzung wurde um 17¾ Uhr vom Vorsteher [illegible] mit der Beratung der noch [illegible] [illegible]

Verkauf von [illegible] zur Landesrentenstelle [illegible] in Mariahöfchen, der Bewilligung der Kosten zur Verbreiterung der Ballestremstraße zwischen Kreiß- und Schlachthof, dem Wahlvorschlag für den Vorstand des Bürgerrettungsfonds, der Änderung der [illegible], der Bewilligung des [illegible] zum Umbau der [illegible] in [illegible], der Ueberschreitung des [illegible] Erweiterung der Wasserwerke 1928 um 72647 Mark, der Verwertung von Eilgutmitteln beim Bau der Kreuzkirchengemeinde [illegible] Grabschener Straße und [illegible] zum Bau des Anbaus am Wachtplatz, der Deckung einiger Ueberschreitungen bei der Allgemeinen Verwaltung aus Ersparnissen anderer Haushaltspläne, einer gleichen Ausschreibung bei den Wasserwerken, der Ueberweisung des [illegible] zur Umgestaltung der Toni-Neisser-Stiftung an die für die [illegible] eingesetzte Sonderkommission, der Niederschlagung einer Parzelle in Deutsch-Lissa und der Festsetzung der Besoldungsverhältnisse des Stadtrats Dr. Wolf.

Ein Antrag, Ueberschreitungen beim Haushaltsplane der Elektrizitätswerke aus den Ersparnissen des gleichen Haushalts zu decken und weiterhin Umbauten im sogenannten [illegible]gebäude des Allerheiligen-Hospitals, wurden in die Ausschüsse verwiesen.

Eine längere Debatte gab es bei dem sozialdemokratischen Antrag, der den Magistrat ersucht, den Mitgliedern der wichtigsten Deputationen die

Sitzungsprotokolle

wieder auszuhändigen, den der Ausschuß zur Annahme empfahl für die Verkehrs-, Betriebs-, Bau-, Schuldeputation und den Schulausschuß.

Stadtv. **Fritz Pietsch** wandte sich dagegen, daß man nur fünf Deputationen bewilligen wolle und die wichtigsten vollkommen unberücksichtigt lasse. Er beantragte erneut auch die Verbindungsdeputation der Kleinwohnungsbaudeputation, der Grunddeputation, des Stadtamtes für Leibesübungen, des Hauptausschusses, des Wohlfahrtsamtes, der Land- und Forstdeputation, des Hauptausschusses des Jugendamtes, der Gartenbaudeputation, der Finanzdeputation und der Deputationen der Frauenberufs-, der Handels- und der Handwerker- und Kunstgewerbeschulen. Nachdem Stadtrat **Grawitz** gegen diesen Antrag gesprochen hatte, gab auch Stadtv. **Glave** (Soz.) seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Magistrat die Arbeit der ehrenamtlichen Funktionäre der Stadt nicht auf diese Weise unterstützt. In Einzelabstimmung wurden alle sozialdemokratischen Anträge von der Mehrheit abgelehnt.

17 Dringlichkeitsanträge

Alsdann beschäftigte sich die Versammlung mit der Verlesung der 17 vorliegenden Dringlichkeitsanträge. Zu dem Ersuchen des Magistrats, den in einer der letzten Versammlungen gefaßten Beschluß über die Beibehaltung der im Vorjahre erhobenen Bäderpreise wieder umzustoßen und die eigenmächtig vom Magistrat erhöhten Preise zu genehmigen, bemerkte Stadtverordneter **Lindner** (Soz.), daß für seine Fraktion nicht die geringste Veranlassung bestehe, die bisherige Haltung aufzugeben und daß der Magistrat gar kein Recht habe,

die erhöhten Bäderpreise

zu verlangen, solange kein entsprechender Gemeindebeschluß dies gestatte. Wenn das Zentrum, das seinerzeit die Erhöhung ebenfalls ablehnte, im Ausschuß umgefallen ist, so sei das seine Sache und bedeute immer noch nicht, daß die Mehrheit der Versammlung zugestimmt habe. Als sich auch Stadtv. **Abeli** (Komm.) gegen die Erhöhung der Bäderpreise wandte und darauf hinwies, daß den Arbeitslosen der Besuch der Bäder gar nicht möglich sei, erlaubte sich der deutschnationale Berichterstatter dieser Vorlage, Stadtv. **Michel**, eine besondere Frechheit, indem er in den Saal rief: „Aber, um ins Kino zu gehen, haben sie Geld!“ Auf der Linken wurden Entrüstungsrufe laut und der kommunistische Redner gebrauchte mehrmals den Ausdruck Unverschämtheit. Er erhielt dafür zwei Ordnungsrufe vom Vorsteher. Mit 56 gegen 37 Stimmen wurde der Magistratsantrag und damit die Erhöhung der Preise erneut

abgelehnt.

Das Zentrum war wieder umgefallen und hatte seine Arbeitervertreter wieder gegen den Antrag stimmen lassen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag, 1800 Mark für die Beschaffung einer Wohnung für den Oberstudiendirektor des Magdalenengymnasiums zu bewilligen, veranlaßte den Stadtv. **Fritz Pietsch** (Soz.), darauf hinzuweisen, daß hierfür nicht die geringste Veranlassung bestehe. Der Herr wohne in einer Privatwohnung und beziehe das in der Besoldungsordnung vorgesehene Wohnungsgeld. Mit Recht bezeichnete er diesen Antrag als ein weiteres Zeichen der modernen Sparsamkeit des Magistrats. Obgleich Oberbürgermeister Dr. **Wagner** sich für diesen Antrag besonders einsetzte, fand er eine ablehnende Mehrheit.

Die Volkspartei hatte, ebenfalls als Dringlichkeitsantrag, folgende

Entschließung zum Ostprogramm

eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt mit äußerstem Befremden davon Kenntnis, daß in dem Entwurf zu dem Osthilfegesetz sowie in seiner Begründung der besonderen Notlage der Stadt Breslau so gut wie gar nicht Rechnung getragen worden ist, obgleich alle maßgebenden Stellen in letzter Zeit eingehend über die verzweifelte Lage der Stadt unterrichtet worden sind. Die Versammlung erhebt nochmals in letzter Stunde vor Verabschiedung des Gesetzes ihre warnende Stimme und fordert mit größtem Nachdruck von Reichstag und Reichsregierung umfassende Hilfsmaßnahmen für Breslau durch das Osthilfegesetz.

Die vom Freistaat Preußen gewährten Unterstützungen können in keiner Weise ausreichen, den erschreckenden Rückgang der privaten wie öffentlichen Wirtschaft, sowie das Riesenelend der übergroßen Arbeitslosigkeit bei uns zu beheben; da die Ursache für unsere Not eine Folge des unglücklichen Ausgangs des Krieges ist, muß auch das Reich das Seinige tun, uns zu helfen.

Wir ersuchen den Magistrat, nochmals alles zu tun, um eine umfassende gesetzliche Reichshilfe zu erwirken.“

Stadtv. **Halfpaap** begründete sie und Stadtv. **Frey** (Soz.) legte den sozialdemokratischen Standpunkt dazu klar, indem er darauf hinwies, daß diese Aktionen erfahrungsgemäß wenig Erfolg versprechen und nur durch aktive Politik gezeigt werden könne, daß Breslau in Not ist. Eingehend setzte er sich mit der Tatsache auseinander, daß in Berlin alle acht Tage ein anderes Wirtschaftsprogramm auftaucht und wandte sich besonders gegen die Lohnsenkungsbestrebungen, die keine Gewähr dafür bieten, daß die Verdienste nicht erneut in die Taschen der großkapitalistischen Klasse fließen. Stadtv. **Thum** (Dnat.) pöbelte in der von ihm gewohnten Art die Sozialdemokraten an und Stadtv. **Strauß** (Ztr.) bedauert, daß die Entschließung selbst aus der Versammlung heraus als ein papierner Protest bezeichnet werde.

Stadtv. **Krumm** (Soz.) rechnete noch mit dem deutschnationalen Herrn Thum ab, zog den Handelskrieg mit Polen an und wies darauf hin, daß vor allen Dingen die Politik, die zum Kriege geführt hat, für die ganze Wirtschaftsentwicklung verantwortlich sei. Bei der Abstimmung wurde die Resolution angenommen.

Ohne Debatte

nahm die Versammlung noch folgende Dringlichkeitsanträge an: Austausch eines Geländes in Groß-Masselwitz, Auflösung der Industrie-, Gelände- und Gleis G. m. b. H. und Gründung einer Flughafen Breslau G. m. b. H., Mietung einer Fläche im Grundstück Klosterstraße 60/70 für die Marstallverwaltung, Bewilligung von 13000 Mark zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das sogenannte Löschhaus des Allerheiligenhospitals, Verstärkung des Haushaltsplanes der Krankenanstalten 1929, Bewilligung von 31000 Mark für Pflasterauswechselung im Viehhofe, Vermietung von Geschäftsräumen im Grundstück des Stadttheaters an die Firma Strunkmann & Meister und Anschaffung einer Motorlokomotive für den Schlachthof.

Der Anschluß an E.-W. Schlesien

Zu einer nochmals mehr als zweistündigen Debatte kam es bei der Beratung des Magistratsantrages über Abschluß eines Stromlieferungsvertrages mit dem Elektrizitätswerk Schlesien, der schon mehrmals erörtert und auch in den Ausschüssen beraten worden ist. Da bereits in der letzten Sitzung der Vertrag auf der Tagesordnung stand und die Stadtverordneten **Otte** (Soz.) und **Stiefens** (Natsoz.) als Ausschußberichterstatter die von den Ausschüssen beschlossene Ablehnung empfahlen (Stiefens tat das entgegen seiner Verpflichtung allerdings nicht), wurde in der gestrigen Sitzung sofort in die Aussprache eingetreten.

Zunächst bemühte sich Stadtbaurat **Zillmer**, nochmals den Standpunkt der Verwaltung zu spezialisieren, die trotz der Ablehnung der Ausschüsse um Annahme der Vorlage ersucht. Stadtv. **Wächter** (Dem.) erklärte merkwürdigerweise, auf die Erörterung der wirtschaftlichen Seite dieses Vertrages verzichten zu können und nur die verdammte Pflicht und Schuldigkeit in sich zu fühlen, um die Sicherheit besorgt zu sein. Das tue er durch Unterstützung dieses Vertragsabschlusses.

Sehr eingehend beschäftigte sich hierauf nochmals Stadtv. Dr. **Eckstein** (Soz.) mit diesem

Vorstoß auf dem Gebiete der Privatisierung

der städtischen Werke. Zunächst stellte er fest, daß auch das Werk in Tschechnitz in den letzten Jahren vor größeren Störungen nicht bewahrt geblieben ist. Ueberdies habe die Sozialdemokratie auch zu dem Sachverständigen der städtischen Werke nicht das Vertrauen, [illegible] die Stromversorgung nicht in [illegible] des Magistrats und der [illegible] [illegible]

ist. Für einen Anschluß kämen nur Stromquellen in Betracht, die sich in öffentlicher Hand befinden, und es wäre daher die Reichs-Elektro-Gesellschaft zuständig. Das Elektrizitätswerk Schlesien ist ein privatkapitalistisches Unternehmen. Es erscheint

merkwürdig, daß sich die Nationalsozialisten

im Breslauer Stadtparlament zum Verfechter dieser Verschacherung an jüdisches Finanzkapital aufschwingen. Aber auch der Mittelstand wird bald zu spüren bekommen, was es bedeutet, sich auf 15 Jahre einem privatkapitalistischen Unternehmen zu verschreiben. Wenn ein Anschluß an die Reichs-Elektrogesellschaft nicht geglückt ist, weil diese mit der anscheinend einen Waffenstillstand geschlossen hat und ihr Breslau als fetten Bissen überlassen will, so hätte doch ein verständnisfreudiger Magistrat

die Frage eines Ostkraftwerkes erneut aufzuwerfen versuchen müssen.

Einen Vertrag auf 15 Jahre abzuschließen, wonach das Anlagekapital mit 8 Prozent zu verzinsen und dieser Zinssatz vollkommen unabhängig ist, läßt es kaum zu, ganz besonders in einer Zeit, in der der Reichsbankdiskont auf 4 Prozent gefallen ist, den Magistrat als einen treuen Verwalter der städtischen Finanzen anzusprechen. Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt deshalb namentliche Abstimmung und wird ganz entschiedene Haltung gegen die [illegible] einnehmen.

Oberbürgermeister Dr. **Wagner** erklärte in den letzten Ausführungen des Stadtv. Dr. Eckstein einen unerhörten Angriff, der schärfstens zurückgewiesen werden müsse, weil ihm die sachliche Begründung fehle. Das Konsortium in [illegible] [illegible] Unterlassung einer Sicherung nicht verantworten. [illegible] (Komm.) erinnerte daran, [illegible]

Vorhandensein solcher Reserven bestritten wird. Er wies auch darauf hin, daß der Vertrag gar keine Garantie für die Steigerung biete, was ganz besonders wesentlich sei, weil gerade das [illegible] lang ein Lied davon zu singen weiß, wie oft die Stromversorgung durch die [illegible] gestört ist. Mit dem Hinweis auf die durch den Vertragsabschluß bedingten Arbeiterentlassungen empfahl auch er die Ablehnung. Stadtv. Thom (Dnat.) bekannte sich selbstverständlich als

begeisterter Anhänger dieser neuen Belastung,

ebenso der Zentrumsredner Strauß und Herr Hallmann von der Volkspartei. Stadtv. Wolf (Dem.) unterstrich neben der Befürwortung noch ganz besonders die demokratische Furchtlosigkeit gegenüber den sozialdemokratischen Drohungen, und tat so, als ob Begriffe wie Sozialdemokratie und Verantwortungsbewußtsein für die Bürgerschaft unvereinbar miteinander wären.

Gegen diese auch von den anderen Rednern hervorgehobenen Vorwürfe wandte sich ganz entschieden Stadtv. Krause (Soz.) und machte der Versammlung ganz eindeutig klar, daß sich die SPD.-Fraktion sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat. Aus den Unfällen in den letzten Jahren sei nicht allein der Verwaltung ein Vorwurf zu machen, aber nach sachverständigen Urteilen sei es ebenso klar, daß

die Leitung der Breslauer Werke nicht in den besten Händen liege.

Belastungen ist die Sozialdemokratie stets zugänglich, aber sie habe sich nicht davon überzeugen lassen können, daß man [illegible] im nächsten Winter nicht mehr durchzukommen sei. Ein Gesellschaftsvertrag mit der Reichselektrogesellschaft könnte jedenfalls zu einem günstigeren Vertrage führen.

Nachdem auch noch Stadtv. Bland die Frage aufgeworfen hatte, wie die Finanzen in Ordnung gebracht werden sollen, wenn alljährlich nun auch noch für die Erfüllung dieses Vertrages eine Million Mark aufgebracht werden muß, und Stadtv. Seifert (Soz.) betonte, daß er sich nicht veranlaßt sehe, von seinen Aeußerungen etwas zurückzunehmen, erfolgte nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters Otte die von den Sozialdemokraten beantragte namentliche Abstimmung.

Mit 45 gegen 39 Stimmen und einer Stimmenthaltung wurde der Abschluß des Vertrages genehmigt.

Nur die sämtlich anwesenden sozialdemokratischen, kommunistischen und Mittelstandsverordneten stimmten gegen den Vertrag. Der Nachfolger des Zentrumsarbeiterführers Kahne, der Gewerkschaftssekretär Lenniger hatte den besseren Teil der Tapferkeit erwählt und glänzte durch Abwesenheit.

Schluß der Sitzung 21,30 Uhr. Es folgte noch eine geheime Sitzung.

Seine Braut erschossen

Ein Musiker erschießt seine Braut und versucht sich dann selbst zu erschießen — Arbeitslosigkeit wieder einmal das Motiv zu einer solchen Tat

In der Wohnung seiner Eltern, im Grundstück Steinauer Straße 18, hat gestern vormittag der 30 Jahre alte Musiker Gustav Hoffmann seine 25jährige Braut, die Klavierspielerin Margot Linke, Goethestraße 72 wohnhaft, erschossen. Hierauf begab er sich auf die Posener Eisenbahnbrücke, setzte sich auf das Geländer und brachte sich selbst einen Schuß bei, worauf er in die Oder stürzte, aber von Strandbadbesuchern, die den Vorfall beobachteten, gerettet werden konnte und in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert wurde.

Zu diesem tragischen Abschluß des seit mehreren Jahren bestehenden Liebesverhältnisses erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Die Eltern des Hoffmann hatten am Morgen die Wohnung verlassen, als ihr Sohn noch im Bett lag. Wie sie gegen mittag zurückkehrten, fanden sie die Braut des Sohnes tot auf dem Boden liegend. Sie war durch einen Kopfschuß getötet worden und hatte außerdem einen Brustschuß. Der Vater benachrichtigte sofort die Polizei, die sogleich die Mordkommission alarmierte.

In der Zwischenzeit spielte sich unabhängig von dieser Entdeckung der zweite Akt des Dramas an der Posener Eisenbahnbrücke ab. Hoffmann hatte sich auf der Brücke an einer Stelle auf das Geländer gesetzt, unter der die Oder hindurchfließt. Ehe ihn jemand an seinem Vorhaben hindern konnte, gab er in dieser Stellung einen Schuß auf sich selbst ab, der ihn in die rechte Hüftseite traf, aber nicht lebensgefährlich war. Er stürzte kopfüber in die Oder. Mehrere Arbeiter, die sich als Strandbesucher in der Nähe aufhielten und den Sturz beobachteten, vermochten den Mann zu retten. Sie brachten ihn an das Ufer und verständigten das 15. Polizeirevier. Als ein Beamter eintraf, der die Einlieferung ins Allerheiligen-Hospital veranlaßte, hatte sich Hoffmann bereits erholt und gab sofort an, daß er seine Braut erschossen habe.

Durch das Polizeirevier und das Allerheiligen-Hospital wurde sogleich die Kriminalpolizei verständigt, die inzwischen mit der Tatbestandaufnahme in der Wohnung der Eltern des Hoffmann in der Steinauer Straße 18 beschäftigt war, verständigt. Beamte begaben sich sofort in das Allerheiligen-Hospital, wo inzwischen festgestellt worden war, daß die Verletzung nicht lebensgefährlich ist. Soweit eine Vernehmung möglich war, gab auch hierbei Hoffmann an, seine Braut auf Wunsch erschossen zu haben.

Soweit sich übersehen läßt, sprechen verschiedene Umstände dafür, daß es sich um eine Tragödie handelt, deren Ursprung in den heutigen Verhältnissen zu suchen ist. Hoffmann war als Musiker in der „Schauburg-A.-G." beschäftigt, wurde aber durch die Einführung des Tonfilms arbeitslos. Seine Braut, die Tochter einer Polizeibeamtenwitwe, war Klavierspielerin und verkehrte seit Jahren mit Hoffmann. Ihre Mutter soll gegen diesen Verkehr gewesen sein und auch die Eltern des Hoffmann sollen ihren Sohn mehrfach ersucht haben, auseinanderzugehen. Die Unmöglichkeit, einen eigenen Hausstand zu gründen, die noch durch die Arbeitslosigkeit verstärkt worden sein mag, kann sehr wahrscheinlich zu dem Verzweiflungsentschluß der beiden geführt haben.

Wie inzwischen noch festgestellt worden ist, war die Braut in die Hoffmannsche Wohnung gekommen, als die Eltern fortgegangen waren. Sie soll dann eine Aussprache mit ihrem Bräutigam gehabt und ihn, wie er angibt, ersucht haben, den Entschluß durchzuführen. Nach der Tat schloß Hoffmann die Wohnung ab und begab sich an die Stelle, die eingangs erwähnt wurde. Es ist kaum anzunehmen, daß der von ihm unternommene Selbstmordversuch etwa nur fingiert worden sei oder es sich etwa um einen sogenannten Renommierschuß handelt, denn dagegen dürfte der Ort sprechen, an dem er sich zu erschießen suchte.

Inzwischen wird noch bekannt, daß sich Hoffmann auf dem Wege der Besserung befindet und keinerlei Gefahr mehr besteht, so daß es möglich sein wird, die tragischen Hintergründe dieser blutigen Tragödie restlos aufzuklären.

Zigarettengeschäft ausgeräumt

In der Nacht zu Montag drangen Einbrecher unbemerkt in ein in der Tauentzienstraße gelegenes Zigarrengeschäft und schleppten Zigaretten und Zigarren im Werte von 3000 Mark als Beute fort, ohne irgendwie behindert zu werden. Der Bestohlene hat eine Belohnung von 10 Prozent für die Wiederherbeischaffung der Waren ausgesetzt.

Ein Fest der Freude

Rotes Sommerfest der Kinderfreunde und Arbeiterjugend Gräbschen

Besonders gut gelungen kann man das Rote Sommerfest der Kinderfreunde und der Arbeiter-Jugend bezeichnen, welches am Sonntag auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft abgehalten wurde. Ein paar recht fröhliche Stunden verlebte an diesem Nachmittag jung und alt. Besonders zahlreich beteiligten sich die erwachsenen Parteigenossen, auch nahmen sie uns einen großen Teil der Arbeit ab. Mit einem Demonstrationszuge der jungen Genossen, der auf den Sportplatz führte, wurde das Fest begonnen. Der Nachmittag zeigte ein reichhaltiges Programm, wo alle, ob jung oder alt, beschäftigt wurden. Auch für die ganz Kleinen war gesorgt. Besonders begehrt war das Kasperle-Theater, an welchem sich alle belustigten. [illegible]

Fest. Dieses Fest zeigte, daß man auch recht schöne Stunden draußen in der Natur verleben kann, es muß nicht immer in einem Lokal und der nötige Alkohol dabei sein. Möge dieses Fest in starker Erinnerung bleiben und zum nächsten Fest wollen wir mit noch mehr Lust und Liebe herangehen.

Blutiger Zapfenstreich

Gestern abend fand anläßlich der Rheinlandräumung der militärische Zapfenstreich der Breslauer Garnison statt. Wie zu erwarten war und was auch die freien Gewerkschaften in einer Entschließung zum Ausdruck brachten, wurde diese Veranstaltung für Rechtsverbände zu chauvinistischen Kundgebungen ausgewertet. Wenn die Gemüter in Massen mit patriotischer Hochspannung geladen sind, dürfen auch die Nazi nicht fehlen. Schließlich muß doch die Gelegenheit zum Klamauk ausgenutzt werden.

Schon während der Befreiungsfeier auf dem Platz der Republik begannen sich die Nationalsozialisten zusammenzuscharen. Sie sammelten sich in der Zufahrtsstraße zwischen dem Stadttheater und dem Hotel Monopol (Schweidnitzer Straße [?] Sormastraße) und zogen dann — die Polizei konnte sie zunächst nicht hindern — in Trupps über Zwingerplatz und Zwingerstraße nach der Liebichshöhe. Dort formierten sie sich und nun ging es (alle Mann im weißen Hemd!) in Vierer-, Fünfer- und Sechserreihen durch die Taschenstraße, Poststraße, Dominikanerstraße zum Ohlau-Ufer und von dort in die Garvestraße. Annähernd 2000 Menschen, die sich drängend, schiebend, gestikulierend, brüllend und johlend vorwärtsschoben!

Der erste Zusammenstoß mit der Polizei erfolgte in der Garvestraße. Die Beamten mußten jedoch erneut weichen, da sie gegen die Uebermacht nichts auszurichten vermochten. Erst am Ende der Klosterstraße, in die der patriotische Mob dann einbog, am Ohlauer Stadtgraben, gelang es der Schutzpolizei, der tobenden Massen Herr zu werden. Leider mußte der Gummiknüppel dabei so intensiv in Aktion treten, daß Verletzte auf dem Platze blieben. Außerdem erfolgte eine erhebliche Anzahl von Festnahmen.

Hierzu meldet lakonisch — wie so oft bei solchen Gelegenheiten — der Polizeibericht noch folgendes:

Nach Schluß der Rheinlandkundgebung auf dem Platz der Republik versuchten Nationalsozialisten innerhalb der abziehenden Massen durch Singen und Wechselrufe die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. In der Garvestraße kam es zur Bildung eines Kundgebungszuges, der mit Rücksicht auf das für die NSDAP. bestehende Ortsgruppenverbot durch verstärkte Polizeikräfte aufgelöst werden mußte. Hierbei wurde ein Schuß offenbar aus einer Scheintodpistole in die Luft abgegeben. Auch in den späten Nachtstunden bildeten sich auf dem Ringe wiederholt Ansammlungen, die einen bedrohlichen Charakter gegen die Polizei annahmen und unter Anwendung des Gummiknüppels zerstreut werden mußten. 16 Personen wurden wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen bzw. Widerstand vorläufig festgenommen. Erst gegen 3½ Uhr zeigten die Straßen wieder das zur Nachtzeit gewohnte Bild.

* * *

Wie so oft bei Zusammenstößen, so mußten auch diesmal wieder zahlreiche Passanten, die mehr aus Neugierde als aus politischer Demonstration sich ansammelten, daran glauben. Obgleich es nicht immer notwendig war, mit aller Strenge und mit dem Gummiknüppel vorzugehen, wurde doch von diesem

Büdo flüssig
für den feinen Schuh

Instrument unterschiedslos Gebrauch gemacht. Auf harmlose Passanten, so auch auf Frauen, wurde — wie wir uns selbst versichern konnten — derart losgeschlagen, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten, ja einer sogar so geschlagen wurde, daß er einen Tobsuchtsanfall bekam und in das Irrenhaus eingeliefert werden mußte. Wir verkennen durchaus nicht die schwierige Lage der Polizei bei derartigen Gelegenheiten, insbesondere wenn wilde Nazihorden lärmend durch die Straßen ziehen, aber soviel Unterscheidungsvermögen und soviel Ruhe muß eben, auch in solchen Situationen der Polizeibeamte haben, daß nicht jedesmal bei solchen Zusammenstößen harmlose Passanten darunter zu leiden haben. Das galt ganz besonders von dem gestrigen Abend, wo ja geradezu durch die Art der Veranstaltung die Bevölkerung aufgefordert wurde, in Massen auf der Straße zu erscheinen. Um so frivoler ist es aber von den Nationalsozialisten gewesen, in diesem Trubel, ihre provozierende Agitation zu treiben und bereits schon auf dem Schloßplatz damit zu beginnen. Hier hätte bereits die Polizei diese Gruppen, zumeist junger Burschen auseinandertreiben müssen.

Völlig versagt aber hat der Polizeidienst auf dem Ringe, wo bis in den Nachtstunden hinein nur der übliche Posten stand, der natürlich dann solchen Vorgängen nicht gewachsen war. Merkwürdig auch, daß weder Polizeipräsident noch irgendeine Bestallung zu erreichen waren, was ebenfalls Beweis dafür ist, wie [illegible]

Sozialdemokratische Partei

Parteisekretariat
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107–110
Telefon Nummern [illegible]
Geöffnet außer Sonnabend von 8–1 und 3–6 Uhr

Bezirk 1. Donnerstag, den 3. Juli, 20 Uhr, bei Treiber: Funktionär- und Vertreterversammlung.

Bezirk 12. Mittwoch, den 2. Juli, bei Krause, Neue Weltgasse [illegible]. Sonntag, den 6. Juli: Frauen-Ausflug. Näheres in der Sonnabend-Ausgabe.

Bezirk 21. Donnerstag, den 3. Juli, 20 Uhr findet in der [illegible] eine wichtige Besprechung der weiblichen Funktionäre statt. [illegible] Genossinnen sind herzlich willkommen.

Bezirk 30. Mittwoch, den 2. Juli, 20 Uhr, bei Richt, [illegible]: Wichtige Funktionärversammlung. Kassierer eine halbe Stunde früher.

Sozialistische Studentenschaft

Heute, 20 Uhr, [illegible] in der Cecilienschule, Taschenstraße 26/28 [illegible] Vortrag des Genossen Dr. Hamburger M. d. L. über „Probleme der Demokratisierung der Verwaltung." Gäste willkommen.

[illegible] Arbeitsgemeinschaft. Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 2. Juli, 20,45 Uhr, im Zwinger-Realgymnasium, Zwingerstraße statt. Leitung: Diplom-Handelslehrer W. Müller. Gäste willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend

Obleute und Kolportageführer. Heute wichtige Besprechung im Gewerkschaftshause.

Kassierer. 2. Abrechnungstag Donnerstag. Pünktlich sein!

Spielmannszug. Heim 2–4. Morgen, 7,30 Uhr: Antreten mit Rädern vor dem Heim. Wir fahren mit Rädern nach Zweibrodt.

Heim 7. Heut: Knüppelmusik. Morgen Musikgruppe alle pünktlich mit Instrumenten.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

[illegible] Heut, 20 Uhr im Heim 1, Taschenstraße 26-31: Vortrag über „Dostojewski." Referent Kollege [illegible]. Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße 45: Vortrag. Heim 3: Spiel und Tanz auf der Lindenwiese. Treffen 20 Uhr vor der Yorckschule. Donnerstag, den 3. Juli, 19 Uhr auf der [illegible], Friedrich-Ebert-Straße: Spiel und Tanz für das Heim [illegible]. Heim 2: Badeabend im [illegible]. Treffen 20 Uhr vor demselben. Eintritt frei. Heim 5, Gabotzstraße 71: Vortrag von Herrn Diplom-Handelsoberlehrer Müller über „Das Republikschutzgesetz."

Von den Arbeiterkinderfreunden

Abteilung 9. Rotfalken. Wir gehen heute nach der Wiese. Bringt das Zeltmarkengeld mit. Heute muß alles abgerechnet werden. Freitag, 17 Uhr: Rotfalken, Endstation der Straßenbahn. Zeltfahrer: Mittwoch treffen wir uns zur ärztlichen Untersuchung 16 Uhr an der Schule. Donnerstag, 16 Uhr: Ebenfalls an der Schule. Wir gehen zur Zellenvollversammlung nach dem Gewerkschaftshause.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Mainzfahrer. Die Kameraden, welche vom 10. bis 22. Juli an der Befreiungsfeier in Mainz teilnehmen wollen, müssen ihre Meldung umgehend im Büro abgeben.

Jugend-Süd ([illegible]): Unsere Zusammenkunft am kommenden Sonnabend fällt wegen der Sulau-Fahrt aus. Dafür findet am Donnerstag bei Mosch, Herderstraße, 20 Uhr eine Zug- und Gruppenführersitzung statt.

Spielmannszug Ost. Heute, Dienstag, 20 Uhr: Wichtiges Ueben in der Margaretenschule.

Die Sitzung der Pressekommission

findet nicht am kommenden Mittwoch statt. Der Termin der nächsten Sitzung wird noch bekanntgegeben werden.

Achtung! Urlauber und Ferienreisende!

Unsere verehrten Leser, soweit sie in der Lage sind, eine Urlaubs- oder Ferienreise anzutreten, werden freundlichst ersucht, in der Expedition oder bei den Trägerinnen die genaue neue Adresse anzugeben, damit die „Volkswacht" auch in den neuen Aufenthaltsort zugeschickt werden kann.

Ist Letzteres aber infolge öfteren Wechsels nicht möglich, dann bitten wir dringend, den Tag der Rückkehr anzugeben, damit in der Kartothek darauf Bezug genommen werden kann und ein Nachfragen erspart bleibt.

Kraftwagenfahrten in die schlesischen Gebirge

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß in dieser Woche in Gemeinschaft mit der Kraftverkehr Nordmark folgende Autobusfahrten unternommen werden:

Donnerstag, den 3. Juli ins Schlesiertal. Abfahrt 14 Uhr Tauentzienplatz, Südwestecke, durch das Zobtengebirge über Schweidnitz nach Kynau. Besichtigung der Kynsburg. Weiterfahrt zur Talsperrenbaude. Rückfahrt 20 Uhr. Ankunft in Breslau gegen 22 Uhr. Preis für Hin- und Rückfahrt 5,50 Mark.

Freitag, den 4. Juli nach Silberberg—Eulengebirge. Abfahrt 7 Uhr Breslau Tauentzienplatz, Südwestecke, durch das Nimptscher Bergland über Frankenstein nach Silberberg. Besichtigung der historischen Festungswerke (Donjon). Mittagessen. Weiterfahrt 14½ Uhr durch das Eulengebirge nach der Zimmermannsbaude. Rückfahrt 19 Uhr mit kurzer Abendpause in Reichenbach. Ankunft in Breslau gegen 22 Uhr. Preis für Hin- und Rückfahrt 7,25 Mark.

Numerierte Fahrkarten sind in der Auskunftsstelle des Schlesischen Verkehrsverbandes, Am Hauptbahnhof 1 I, (Telefon 524 21) von 8 bis 19 Uhr zu haben.

Rat und Auskunft für Erwerbslose

erteilt in allen einschlägigen Angelegenheiten die Erwerbslosenkommission der SPD. Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10. Sprechstunden jeden Tag, außer Sonnabend und Festtag. Bei Anfragen von auswärts wird gebeten, Rückporto beizulegen.

* **Silberhochzeit** feiert heute der Bauhilfsarbeiter Genosse Wilhelm Schinke, Viktoriastraße 7, und seine Ehefrau Auguste, geb. Wuttke. Beide sind langjährige Parteigenossen sowie seit 25 Jahren Leser der „Volkswacht." Ebensolange gehört Sch. dem Bauhilfsarbeiterverband an. Wir gratulieren!

* **Ein Uebersichtsplan von dem Stadtgebiet Breslau** ist durch Vermittlung des städtischen Vermessungsamtes bei der Landesaufnahme hergestellt, der nunmehr das gesamte Gebiet Groß-Breslaus umfaßt und besonders für Wanderlustige als Führer für die nähere Umgebung gut geeignet ist. Ebenso sind noch eine Reihe Sonderpläne aus diesem Gebiet bereits im Druck erschienen. Der Plan kostet eine Mark und ist in der Botenmeisterei des Rathauses von 8 bis 10 und von 16 bis 18 Uhr zu haben.

* **Wegen Zuwiderhandlung gegen die Steuergesetze** hat das Finanzamt Breslau-Nord im zweiten Vierteljahr 1930 gegen 87 Steuerpflichtige Geldstrafen von 4066 Mark rechtskräftig festgesetzt. Außerdem sind erhebliche Beträge an Nachsteuern erhoben worden.

* **Zahlmarkschein von armer Frau verloren.** Unsere Trägerin Frau Nowak, Margaretenstraße 1 wohnhaft, hat gestern beim Kassieren in der Gegend Gräbschener Straße—Zietenstraße einen Zahlmarkschein verloren. Wir bitten den ehrlichen Finder, den Schein entweder bei der Frau oder in unserer Geschäftsstelle, Flurstraße, abzugeben.

* **Unbekannte Leiche gelandet.** An der Schleuse an der Werderbrücke wurde am Montag vormittag die Leiche eines [illegible] Jahre alten Mannes gelandet, die mit blauem [illegible], blauem Filzhut und schwarzen Schnürschuhen bekleidet ist. Ein bei ihm vorgefundenes Taschentuch trägt die Zeichen M. S. Außerdem wurde ein Schlüsselring mit drei Schlüsseln gefunden. Da der Tote keinerlei Ausweis über seine Persönlichkeit bei sich hatte, konnte er bisher nicht identifiziert werden.

* **Zwei Sicherheitsschlüssel** sind in der Nacht zum Montag gefunden worden. Abzuholen in der Expedition der [illegible]

150000 Leprakranke!

Die Unruhe der Sterbenden — Der verhinderte Massenselbstmord — Ist Europa in Gefahr? Das Heldentum des Missionars — Gibt es Rettung für die Verdammten?

In Holländisch-Indien hausen heute 30 000 Leprakranke, in Java etwa 100 000. Sie sind durch ihr Leiden so gut wie zum Tode verurteilt. In der niederländischen Lepra-Kolonie Agusan Djuluos brach neulich ein Aufruhr aus, er wurde niedergeschlagen. Die Ursache des Aufruhrs war außerordentlich tragisch. Die holländische Regierung hatte die Bewohner dieser Leprakolonie in durchaus guter Pflege gehalten. Die Kranken hatten genug zu essen, wohnten gut, aber stärker als das befriedigende Bewußtsein, gepflegt zu werden, war das entsetzliche Gefühl des nahen Todes, den sie vor Augen hatten. Unaufhörlich baten die Kranken der Kolonie um den Gnadenschuß. Natürlich wurde der Wunsch immer wieder abgeschlagen. Aber eines Tages kamen vier aus Leprafamilien in die Kolonie, die den Weg in den Tod stürzen wollten durch — Freitod. Und während die vier Familien den Scheiterhaufen, in dessen Flammen sie sich stürzen wollten, zusammentrugen, forderten sie die anderen auf, auf die gleiche schauerliche Weise aus dem Leben zu gehen. Das tragische Beispiel steckte an. Eine ganze Kolonie wollte sich verbrennen. Die Wachen hatten alle Hände voll zu tun, das Vorhaben zu vereiteln. Aber je mehr sie sich bemühten, das Leben der Todgeweihten zu erhalten, umso rasender gebärdeten sich jene. Sie wollten sterben! Aber sie sollten nicht! Schüsse knallten. Und viel Blut floß an jenem furchtbaren Tage auf Agusan Djuluos.

Rettung aus dem Dschungel?

Von den 50 000 Leprakranken Holländisch-Indiens sind 30 Europäer. Auch sonst ist die entsetzliche Pest heute eine im wesentlichen außereuropäische Seuche. Aber in Afrika gibt es beispielsweise noch Gebiete, in denen 15 Prozent der Eingeborenen leprakrank sind. Nach dem heutigen Stand der ärztlichen Wissenschaft sind die Leprakranken nicht zu retten. Diejenigen, die isoliert sind, gefährden die Oeffentlichkeit nicht. Zehntausende, bei denen sich die Krankheit im ersten Stadium befindet, und die in Freiheit leben, gefährden aber die übrige Bevölkerung im höchsten Maße. Außerdem besteht eine große Gefahr der Ansteckung stets dadurch, daß die isolierten Kranken in ihrer grenzenlosen Verzweiflung immer wieder versuchen, aus ihrem Anger auszubrechen. Die Wissenschaft ist bemüht, die Krankheit auszurotten, d. h. ein Heilmittel gegen sie zu finden — bis jetzt vergeblich. Aber mit unermüdlichem Eifer sind englische und holländische Gelehrte bemüht, aus dem Oel einer in den Dschungeln Sumatras wachsenden Pflanze ein Medikament herzustellen, das fähig sein soll, die Leprabazillen zu töten. Bis es gefunden ist, können freilich noch Jahrzehnte vergehen.

Verwesung bei lebendigem Leibe

Aussatz . . . Aussätzige . . Bei dem Namen allein lief dem Menschen des Altertums und Mittelalters ein Schauder über den Rücken. Alles, was teuflische Fantasie an Grauenhaftem und Qualvollem sich auszumalen vermochte, faßte sich zusammen in diesem einen Wort. Ein Schriftsteller des Altertums schreibt über die Lepra: „Die Gesichtshaut des Kranken ist mit Pocken übersät, die in Form von Geschwüren zum Ausbruch kommen und niemals trocknen. Braunes, rotes, gelbes, und weißliches Schorf übersieht den Körper wie die Schuppen eines Fisches. Die Ohren faulen vom Kopf ab und fallen in Fetzen herunter. An manchen Stellen fallen die Haare aus und lassen feuchte, blutige Flecken zurück. Wie zwei glühende Kohlen leuchten die Augen, aus deren triefenden Eiter auf die Wangen fließt. Die Lippen schwellen unförmig an und der Speichel, der von der gleichfalls angeschwollenen Zunge nicht zurückgehalten werden kann, strömt unaufhörlich aus dem Munde. Verwesungsgeruch geht von dem Atem des Kranken aus. Arme und Beine verschwinden fast unter unförmigen Geschwülsten. Die Knochen verwandeln sich in eine schwammige Masse und nach und nach fallen ganze Glieder verfault vom Leibe."

Man konnte sich die Krankheit nicht anders erklären, als daß böse Geister in die von ihr betroffenen Menschen gefahren wären. Jahrtausende vor der christlichen Zeitrechnung schon schleuderte ein indischer Dichter als erster den Bannfluch auf den Aussätzigen. „Er möge im Verborgenen leben", schrieb er, „auf einer Tragbahre, zusammen mit den räudigen Hunden und unreinem Getier . . . Denn er beschimpft das Licht. Man verfolge ihn mit Steinwürfen und man bedecke ihn mit Unrat, ihn, die lebende Verwesung. Mögen die Flüsse seine Leiche verschlingen!"

Die Totenmesse für Lebende

Wahrscheinlich stammt die Lepra aus Indien. Von hier drang sie über Persien, Arabien und Syrien bis nach Aegypten und schließlich sogar bis nach Griechenland vor. Die Kreuzritter des Mittelalters brachten zwei verhängnisvolle Geschenke aus dem Orient mit heim nach Europa: die Syphilis und die Lepra. Staat und Kirche griffen ein. Sobald jemand aussätzig wurde, schleppte man ihn in die Kirche, bedeckte seinen Körper mit einem schwarzen Tuch und ließ die Totenmesse für ihn lesen. Dann bewarf man den lebenden Leichnam mit einer Schaufel Erde und brachte ihn in das nächste Lepra-Asyl. Dieses Haus durfte der Kranke nur mit einem großen roten oder grauen Mantel bekleidet verlassen. Ein Hut mit breitem Rand verdeckte das Gesicht des Aussätzigen. Mit einem langen Stock mußte er die Waren, die er kaufen wollte, bezeichnen. In der Hand hielt der Leprakranke eine Klingel, deren Lärm die Passanten warnte. Die Fanatiker des Mittelalters haßten die Aussätzigen wie den leibhaftigen Satan und man behandelte sie schlimmer als räudige Hunde. Oft kam es zu wahren Pogromen gegen die Leprakranken. Man folterte, man quälte sie, schlug sie tot.

Schiffe als Asyle

Der Haß des Pöbels auf die Leprakranken hat sich noch bis heute in China erhalten. Kenner des Landes schätzen die dort lebenden Aussätzigen auf über Hunderttausend. Ihre Lage spottet jeder Menschenwürde Hohn. Man weist ihnen Boote und Flöße als Aufenthalt an und verbietet ihnen bei Todesstrafe, niemals wieder das Land zu betreten. Es gibt aber in China auch Dörfer, in denen Leprakranke hausen; sämtliche Bewohner sind von der Krankheit betroffen. Alle Reisende machen einen weiten Bogen um diese Orte. Die einheimischen Behörden tuen nichts, oder wenig, um der schrecklichen Krankheit im Lande Herr zu werden . . .

Ein englischer Missionar ist vor Jahren dadurch berühmt geworden, daß er es wagte, eine Südsee-Insel zu betreten, auf der nur Aussätzige wohnten. Zuerst nahmen die Kranken den fremden Mann mit größtem Mißtrauen auf. Man hätte ihn fast gesteinigt. Nach und nach aber erwarb er sich das Wohlwollen einiger Bewohner. Es gelang dem Missionar, aus den armen Geschöpfen, die wie Tiere in Erdhöhlen hausten, wenigstens in gewissem Sinne Menschen zu machen. Der Missionar lehrte sie den Bau von Hütten, gab ihnen Kleidung und zeigte ihnen das Pflanzen von Früchten und von Gemüse. Ein großes Fest sollte gefeiert werden, da bemerkte der Missionar mit Entsetzen, daß auch er von der grauenhaften Krankheit befallen war. Auf seiner Haut zeigten sich die ersten verräterischen roten Streifen. Er starb nach kurzer Zeit an der gleichen Folter, wie die Menschen, denen er Hilfe hatte bringen wollen. Heute ist alle Menschenkultur wieder auf der Insel verfallen. Die Leprakranken starben aus, niemand wagt, das Land zu betreten.

Und soll man es glauben? Selbst in Europa gibt es heute noch ein paar Dutzend Opfer, die hinter den dicken Mauern eines Klosters dem langsamen, qualvollen Tode, das heißt der Verwesung bei lebendigem Leibe entgegengehen. In dem französischen Departement Gard liegt der Ort Valbonne. Hier wurden vor kurzem die letzten Aussätzigen, von der übrigen Welt isoliert, untergebracht. Bald werden die letzten Zeugen von Europas Pestzeit gestorben sein.

Das Coolidgehaus und die enttäuschten Freier

Eine tragikomische Szene ereignete sich in dem amerikanischen Städtchen New Bedford, wo Frau L. Comey ein Wohnhaus an den Präsidenten Coolidge verkaufte. Alles, auch der Vertrag, war in bester Ordnung — bis eines Sonntags ein amerikanisches Blatt einen Artikel über dieses Haus, in dem Coolidge wohnen sollte, veröffentlichte. Nun bestürmten zahlreiche begeisterte Anhänger des Präsidenten das Haus, um es zu besichtigen. Der Andrang wurde so gewaltig und der Schaden durch die, die den Garten zertrampelten, so beträchtlich, daß Frau Comey schließlich polizeilichen Schutz herbeiholen mußte. Aber ein rechter amerikanischer Patriot zahlt seine diesbezüglichen Sehnsüchte unter Umständen sogar mit barer Liebe. Nicht weniger als 18 Coolidge-Schwärmer drangen in das Haus ein, um die auf einmal berühmt gewordene Frau Comey zu — heiraten. Ihnen allen schwebte wohl vor, sich später einmal im Glanz des Gedankens sonnen zu können, mit einer Frau verheiratet zu sein, die mit dem Präsidenten in direkter Geschäftsverbindung gestanden habe. Aber schließlich hat auch solcher patriotischer Ehrgeiz seine Grenzen. Frau Comey sehen und — ausreißen war bei allen achtzehn eins. Die Dame war schon uralt und hatte wirklich nur noch ihr Haus, aber keinerlei Reize mehr zu vergeben. Immerhin soll Frau Comey über die Tatsache, daß sie zur Abwehr des Freiersturms keinerlei polizeiliche Hilfskräfte in Anspruch nehmen mußte, etwas beleidigt sein . . .

3. Schlesisches Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau

Auch ein Rekord!

Wie uns soeben mitgeteilt wird, gelang es den Mitgliedern des Wohnungsausschusses der 7. Männer-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau, E. V., durch eifrige Werbearbeit über 300 Quartiere zum Kreisfest zu beschaffen. Die Werbearbeit dieser Genossen ist noch nicht abgeschlossen. Bravo! Ein Ansporn für diejenigen, die bis jetzt noch nichts getan haben. Von 20 Vereinen dasselbe Resultat und die Quartierfrage ist gelöst.

Wohnungsausschuß — Abteilung Scheitnig. Freie Ruderer, Kanufahrer, Vorwärts, Wratislawia werden ersucht, die eingesammelten Quartierscheine bis spätestens Donnerstag, 3. Juli, im Kartellbüro abzuliefern.

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

1. **Männer-Abteilung.** 1. Juli, nach dem Turnen: Vorstandssitzung bei Spiller.

5. **Männerabteilung.** Donnerstag und Sonnabend zwei wichtige Funktionärsitzungen im Gewerkschaftshaus. 12. 7. Propagandaumzug für das Kreisfest.

Tennis-Abteilung. Vorstandssitzung auf 7. Juli verlegt.

Wassersport

S.V. Poseidon. Sonnabend, 5. Juli, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Statutenänderung, 2. Bericht vom Jubiläums-Schwimmfest, 3. Verschiedenes. — Vorstand und Vereinsrat um 19 Uhr.

Athletik

Sportvereinigung Nordost 03. Erweiterte Vorstandssitzung 2. Juli, 20 Uhr, bei Zuodlich, Königgrätzer Straße 10.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Rennfahrer! 1. Juli, 20 Uhr, Sitzung bei Böhm, Jahnstraße. 5. Juli Pflichttraining. Treffpunkt 5½ Uhr Ring.

Abteilung Gandau. 5. Juli, abends 7½ Uhr, Monatssitzung bei Rathmann in Gandau.

Kauft nur bei den Kunden unserer Zeitung!

Konzerte · Theater · Vergnügungen

Stadttheater. Dienstag 20 Uhr (22. Abonnementsvorstellung der Serie F), schließt die Spielzeit mit einer Aufführung von Beethovens „Fidelio", in welcher sich Rudolf Wittekopf als Rocco und Paul Reinecke als Jacquino verabschieden. Die Leonore singt Klara Kleppe-Schönfeld. Pizzarro: Walter Werth. Marzelline: Gretel Hütter, Minister: Engelbert Czubok. Für Dr. Pölzer, dem ein dringender Urlaub erteilt werden mußte, hat sich Gustav Münche bereit erklärt, den Florestan zu singen. Musikalische Leitung: Adolf Klenzl. Spielleitung: Hans Steinschneider.

Lobetheater. Nur noch sechs Vorstellungen der erfolgreichen Revue „Saisonausverkauf 1930" zu ermäßigten Preisen. Schluß der Spielzeit Sonntag, 6. Juli.

Thaliatheater geschlossen.

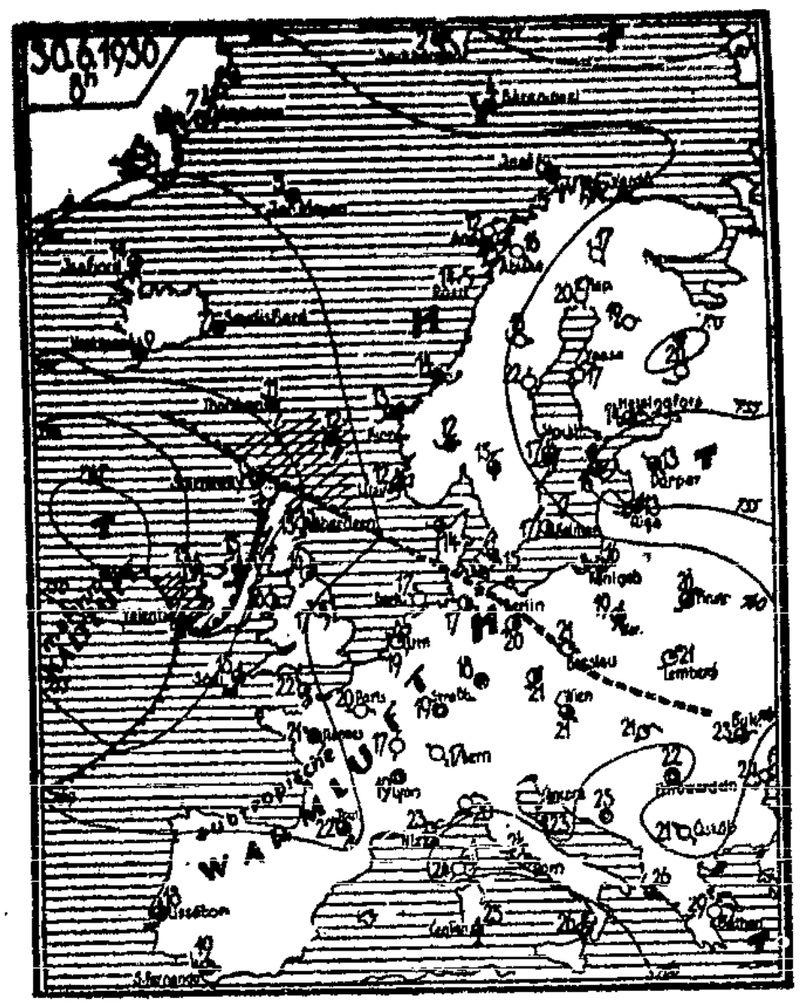
Schauspielhaus. Täglich 20 Uhr „Dollys Abenteuer" mit Lori Hauser und Ina Wimmer a. G.

Schlesische Philharmonie. Freitag, 4. Juli, 19.30 Uhr, findet unter Leitung von Professor Dr. Georg Dohrn das 8. Südpark-Konzert der Schlesischen Philharmonie statt.

Riesenlichttheater. Dienstag, 1. Juli, 20.15 Uhr, Premiere der großen Rankow-Ausstattungsrevue in 22 Bildern „Komm zu mir", in der Hauptrolle Herta Loewe. Nicht erhöhte Einheitspreise.

Variété Wappenhof. Die erste Hälfte dieses Monats bringt eine Reihe von Attraktionen, die jedem Besucher gefallen werden, so daß angenehme Gartennachmittage und -abende im Wappenhof verbürgt sind. Bei schönem Wetter bilden die Nachmittagsvorstellungen im herrlichen, schattigen Garten immer einen besonderen unvergleichlichen Genuß.

Das Zirkusspiel geht zu Ende. Wie wir soeben erfahren, will der Zirkus Carl Hagenbeck schon in den allernächsten Tagen seine Zelte bei der Kürassierkaserne abbrechen, da ihn festgelegte Verpflichtungen abrufen. Mittwoch, den 2. Juli, nachmittag 3.30 Uhr, ist in einer Schüler- und Kindervorstellung der Jugend nochmals Gelegenheit geboten, einen Blick in die bunte, fahrende Welt zu tun. Die unwiderruflich letzte Vorstellung findet Donnerstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr statt. Für alle Freunde echter, klassischer Zirkuskunst wird es sich empfehlen, diese letzte Vorstellung nicht zu versäumen.



Letzte Wetternachrichten

Datum 1. 7. 30	Temperatur heut früh	Temperatur Maxim. seit 24 Stunden	Temperatur Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Liegnitz	16	26	13	heiter	NNW 2		
Bad Flinsberg	18	25	14	klar	NNW 3		
Hochwiesenbaude							
Oberschreiberhau	18	22	8	"	still		
K. Schles. Baude							
Reifträgerbaude	12	17	8	"	O 1		
Schneekoppe	8	12	7	heiter	N 5		
Krietern	17	27	10	"	ONO 1		
Trebnitz	15	25	11	"	NO 1		
Schweidnitz							
Bad Salzbrunn	15	27	13	klar	N 1		
Friedland (Bez. Breslau)	14	26	11	"	NO 1		
Reichenbach	16	27	11	heiter	O 1		
Reichenstein	17	25	11	heiter	SSO 2		
Silberberg							
Althelde	17	26	9	"	NO 1		
Glatz	15	26	9	klar	SW 3		
Landeck	17	28	10	"	NNO 3		
Ziegenhals	30	30	17	heiter	still		

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Bei südöstlichen Winden stellt sich in den Sudetenländern erneut eine Föhnlage her. Wir haben daher zunächst mit Fortdauer der heiteren, trockenen, tagsüber heißen Witterung zu rechnen.

Aussichten für das schlesische Flachland, die schlesischen Mittel- und Hochgebirge:

Nach Ost drehender Wind, vorwiegend heiter, trocken, tagsüber erneut wärmer.

Sonnenaufgang: 3,43 Uhr, Sonnenuntergang: 20,24 Uhr.

Wasserstand

	30. 6.	1. 7.		30. 6.	1. 7.
Ratibor	0.76	0.76	Kanitzen (Unter-Pegel)	1.22	1.34
Neiße (Stadt)	—0.74	0.79	Dyhernfurth	0.46	0.61
Neißemündung (Unt.-Pegel)	1.46	1.48	Abflußmenge (sekundlich)	0.36	0.43
Bitag (Mastenkran)	1.59	1.55	Fürstenberg v. 30. 6.	—0.42	
Treschen	1.01	1.02	Wasserwärme 23.°		

Breslauer Produktenbörse vom 30. Juni 1930

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 27. Juni 1930. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen, in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis).

Tägliche Amtliche Notierungen.

Getreide:	30.	28.	
Weizen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 74,5 kg Durchschn.-Qual., gesund und trocken	280.00	282.00	Bei Verkauf ab Verladestation ermäßigt sich der Preis im allgemeinen um die Fracht von der Verladestation
Hektolitergewicht von 76,5 kg gut, gesund und trocken	283.00	285.00	
Hektolitergewicht von 72,5 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	273.00	275.00	
Roggen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 71,2 kg Durchschn.-Qual., gesund u. trocken	170.00	170.00	
Hektolitergewicht von 73 kg gut, gesund und trocken	—.—	—.—	
Hektolitergewicht von 70 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	168.00	168.00	
Hafer, mittlere Art und Güte	140.00	140.00	
Braugerste, feinste	—.—	—.—	
" gute	180.00	180.00	
Sommergerste, mittlere Art und Güte	175.00	175.00	
Wintergerste " " " "	155.00	160.00	
Industriegerste " " " "	—.—	—.—	

Tendenz: Steig.

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse

	27.	26.		27.	26.
Weizenmehl (70%)	40.25	40.50	Auszugmehl	47.00	47.25
Roggenmehl (70%)	25.25	25.25			

Roggenmehl: 65 proz. 1 RMk., 60 proz. 2 RMk. teurer.

Tendenz: Etwas freundlicher.

Oelsaaten:	30.	28.		30.	28.
Mittl. Art und Güte lgl. Ernte			Senfsamen	40.00	40.00
Mohnsaat	—.—	—.—	Hanfsamen	28.00	28.00
Leinsamen	33.00	33.00	Blaumohn	78.00	78.00

Tendenz: Steig.

Geschäftliches

25jähriges Bestehen. Das bekannte, im Westen unserer Stadt, in der Eichendorffstr. 41 gelegene Gesellschaftshaus „Riviera" feiert heute sein 25jähriges Bestehen. Gleichzeitig ist der Inhaber Alfred Hanusa an diesem Tage 25 Jahre Abonnent der Zeitung.

Reparaturen u. Ersatzteile für Fiat- u. NSU-Wagen

Vertragswerkstatt der Niederlassung

Auto-werkstatt **Hubertus von Anlock G. m. b. H.**

Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 13/20 · Telephon Nr. 19328

Der Erfolg des Hakenkreuzes

Von Paul Löbe.

„Wir werden Ihnen schon die Flötentöne beibringen", mit diesem arroganten Zuruf gegen einen Volksparteiler suchte Herr Goebbels die Aufmerksamkeit des Reichstages auf seinen Sachsensieg zu lenken und er bestätigte damit die Tatsache, daß er diesen Sieg nicht gegen den viel geschmähten „Marxismus", sondern gegen die nationalen Rechtsparteien erfochten hat.

Immerhin, es hieße Vogel-Strauß-Politik treiben, wenn wir übersehen würden, daß die Zunahme der nationalsozialistischen Wahlstimmen auch für uns ihre Bedeutung hat. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wer einen beträchtlichen Teil der heranwachsenden Wähler an sich zieht. Haben die Hitlergarden und seine Anhänger abnehmen können, so haben sie doch offenbar unseren Zuwachs weggenommen, und auch das ist bedenklich genug. Wir sollten die Augen nicht davor verschließen, daß es doch ein großer Erfolg ist, wenn eine neue Partei sich in fünfjähriger Arbeit bereits an die zweite Stelle schwingen kann, noch dazu im „roten Sachsen."

Welche Schichten von Wählern können es gewesen sein, die aus der Volkspartei, von den Deutschnationalen, aus der Wirtschaftspartei in nationalsozialistische Lager abwanderten? Kapitalisten werden es nicht nur sein, dazu sind es zu viele, also müssen wir sie bei den Kleinbürgern, Beamten, Angestellten und leider auch bei den Arbeitern suchen.

Aus welchen Gründen aber werden sie übergelaufen sein? Aus Gegnerschaft gegen den Sozialismus und Marxismus? Nein, denn diese Gegnerschaft konnte sie in ihrem bisherigen Lager ausreichend beziehen. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale haben den ganzen Wahlkampf in Sachsen unter der Parole „Nieder mit den Roten" geführt. Ist es die Gegnerschaft gegen die Republik? Ich glaube, auch das nicht. Denn auch, wenn Herr Stöhr im Reichstag nicht die Versicherung wiederholt hätte, daß die erdrückende Mehrheit der Nationalsozialisten Republikaner sind (wenn sie auch „diese Republik" nicht leiden können; eine seltsame Konstruktion!) so trifft es doch auch hier zu, daß die Parteien, denen diese Herren bisher ihre Stimme gaben, aus ihrer Feindschaft gegen die Republik nie ein Hehl gemacht haben. Dasselbe trifft für den Nationalismus zu, den die Herren um Frick und Straßner so laut proklamieren.

Es blieben also nur die sozialen Gründe, mit denen die Nationalisten ihre raschen Erfolge erringen konnten, und wer gesehen hat, wie sie gerade darauf das Hauptgewicht ihrer Agitation legten, der wird an der ausschlaggebenden Bedeutung dieser Motive nicht vorübergehen können. Schwungvolle Reden gegen den Großkapitalismus, obwohl man genug Kapitalisten in den eigenen Reihen hat (etwa hundert Privatautos hielten vor der Hitlerversammlung in Werdau, in der man drei Mark für einen Sitzplatz verlangte), Anklagen gegen Konzerne und Trusts, gegen ihre Preisbildung und Ausbeutung, Kritik der hohen Pensionen, Gehälter, sonstigen Bezüge — diese Uebelstände, gegen die auch wir uns wenden, fanden den stürmischen Beifall ihrer Versammlungen und ihrer Diskussionsreden in unseren Versammlungen. Es ist die aus anderen Kreisen stammende Kritik am kapitalistischen System, mag sie nun ehrlich gemeint sein oder nicht, welche allein die Erfolge erklärt. Ganz mit Recht hat Genosse Sollmann im Reichstag darauf hingewiesen, die kapitalistische Front wird jetzt von rechts her aufgerollt. Damit entsteht der alten bürgerlichen Partei eine neue Gegnerschaft. An uns liegt es, die richtigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Wir haben erstens die Pflicht, den Wählern zu zeigen, daß sie dabei getäuscht werden, daß die Nationalsozialisten ja praktisch mit den kapitalistischen Parteien gegen die sozialistischen gehen, zuerst in Thüringen, bald auch in Sachsen, und so überall. Herr Feder rühmte sich ja, daß er in Breslau seine Theorien vor einer Versammlung entwickeln konnte, in der sich Graf Zedlitz, Graf Pückler, Herr von Winterfeld, Herr von Richthofen-Boguslawitz, Herr von [illegible], Geheimrat Ponfik befanden, alles alte Bedrücker der schlesischen Landarbeiter, die sich in einer „sozialistischen Arbeiterpartei" etwas komisch ausnehmen würden. Das Zusammengehen beim Volksbegehren mit Hugenberg, Max v. Schinkel von der Deutschen Bank, Thyssen vom Stahlwerksverband, mit dem Landbund und der Adelsgenossenschaft deutete auch gerade nicht auf antikapitalistische Tendenzen hin.

Aber, wir haben auch für unsere Politik und Taktik Folgerungen aus dem nationalsozialistischen Erfolg zu ziehen. Wir müssen mehr als bisher in der Richtung vorstoßen, in der sie bisher nur Versprechungen gegeben haben. Wir müssen das Pensionskürzungsgesetz einbringen, wir müssen Anträge auf Senkung der Spitzengehälter stellen, wir müssen mit den Diäten mit gutem Beispiel vorangehen. Wir müssen Anträge auf scharfe Kontrolle der Kartelle und Eingriffe des Staates in deren Preisbildung einbringen und die anderen zwingen, Farbe zu bekennen. Das wird auch noch anderen Gruppen, zum Beispiel der Wirtschaftspartei und den Bauernvertretern dienlich sein, die mit ähnlicher Kritik durchs Land reisen.

Dabei winken uns jetzt sogar praktische Erfolge. Halten die Nationalsozialisten ihr Wort, dann können wir ganz krasse Ungerechtigkeiten beseitigen; denn spätestens im nächsten Reichstag werden sie mit uns und den Kommunisten zusammen eine Mehrheit bilden.

Halten sie ihr Wort nicht — und ich fürchte es — dann wird der Nationalsozialismus für viele, für alle proletarischen und halbproletarischen Wähler, nur ein Durchgangsstadium zum wirklichen Sozialismus, zur Sozialdemokratie sein. Aber nur, wenn wir wirklich mit Kraft und Rücksichtslosigkeit in der oben bezeichneten Richtung vorstoßen.

Pabst will München „beglücken"

Wien, 1. Juli. (Eig. Funkbericht.)

Das „Neue Wiener Tageblatt" läßt sich aus München melden, daß der aus Oesterreich ausgewiesene Putschist Pabst die Absicht habe, sich in nächster Zeit in München niederzulassen. Worauf sich diese Absicht stützt, wird nicht gesagt.

Dazu hat es Geld

Stuttgart, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Der Finanzausschuß des württembergischen Landtages beschloß am Sonnabend, der evangelischen Landeskirche aus Anlaß der 400jährigen Gedächtnisfeier der Augsburger Konfession ein Geschenk von 100 000 Mark zu machen. Angesichts der Not von Stadt und Gemeinden lehnte die Sozialdemokratie es ab, dem Geschenk ihre Zustimmung zu geben.

Stadt Kehl am Grabe Stresemanns

Die Stadtverwaltung der süddeutschen Grenzstadt Kehl hat am Sonntag an dem Grabe des verstorbenen Reichsaußenministers Dr. Stresemann einen Kranz mit der Inschrift niederlegen lassen: „Die befreite Stadt Kehl in Dankbarkeit."

Reichsfinanzminister Dietrich, der von 1908 bis 1914 der erste hauptamtliche Bürgermeister von Kehl gewesen ist, wurde zum Ehrenbürger der Stadt Kehl ernannt.

Motilal Nehru, der Nachfolger Gandhis verhaftet

Bombay, 30. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Präsident des allindischen Nationalkongresses, Motilal Nehru, seit der Festnahme Gandhis Führer der indischen Freiheitsbewegung, ist verhaftet worden. Gleichzeitig wurden die Arbeitskomitees des Kongresses und ihre provinzialen Unterabteilungen für ungesetzlich erklärt und aufgelöst. Damit ist der Kampf zwischen der anglo-indischen Regierung und der indischen Freiheitsbewegung an seinem erbittertsten und vielleicht entscheidenden Abschnitt angelangt.

Der allindische Kongreß und seine Arbeitskomitees waren bisher Kopf und Arm der indischen Bewegung. Im Kongreß wurden die Pläne ausgearbeitet, die Beschlüsse gefaßt und die Befehle an die Bevölkerung ausgegeben; die Komitees sorgten für die Ausführung. Wenn nunmehr der Führer verhaftet und die ausführenden Organe als ungesetzlich erklärt sind, so ist mit der Verhaftung aller daran beteiligten Personen zu rechnen. Solche weittragenden Maßnahmen werden sich jedoch nicht widerstandslos und nicht ohne Kampf durchführen lassen. Infolgedessen ist mit neuer Erbitterung und mit neuen Kämpfen zu rechnen, die alle bisherigen Ereignisse in den Schatten stellen können. Nicht ausgeschlossen ist auch, daß der Kongreß selbst bald das Schicksal seiner Unterkomitees bald teilen wird.

Wenn die neuen Maßnahmen der anglo-indischen Regierung eins bestätigen, so ist es die außerordentliche Wirksamkeit des von den Arbeitskomitees geleiteten Boykotts gegen die englischen Waren. Der allindische Kongreß hatte die gegenwärtige Woche zu einer Boykottwoche erklärt, in der die Bewegung in ganz Indien von Haus zu Haus getragen und mit allen agitatorischen Mitteln verschärft werden sollte. Selbst Kinder von sechs bis zehn Jahren waren in die Propagandaveranstaltungen gegen die englischen Waren mit einbezogen und hatten bereits begonnen, mit großem Erfolg zu wirken. Auch auf die bisher von England so sehr geförderte Jugendbewegung greift der Kampf über, und auch hier zugunsten der indischen Unabhängigkeit.

Vor seiner Verhaftung hat Nehru den Bruder von Patel, den früheren Präsidenten der indischen Nationalversammlung, zu seinem Nachfolger bestellt. Mit Nehru ist auch sein Privatsekretär ins Gefängnis gewandert.

Kongreß der Internationalen Europäischen Zollunion

Paris, 1. Juli. (Eig. Funkbericht.)

Im französischen Auswärtigen Amt hat am Montag der erste Kongreß der Internationalen Europäischen Zollunion begonnen, dessen Aufgabe es ist, die handels- und zollpolitischen Bestimmungen des Europa-Memorandums Briands zu überprüfen. Der deutsche Vertreter Stern-Rubarth sprach sich im Gegensatz zu der französischen These für eine indirekte Methode des europäischen Zusammenschlusses aus. Zunächst sollten regionale Gruppierungen geschaffen werden, denn so käme man am schnellsten vorwärts. Schon heute könnte eine deutsch-französische Zoll-Entente verwirklicht werden, die als Kristallisationsgrund für die europäische Zollunion dienen könne. Der französische Abgeordnete Durand verlangte, daß zunächst einmal „jene einfache, aber grundsätzliche Reform" verwirklicht würde, die internationale Einheitsbriefmarke.

Letzte Nachrichten

Tiefseeforscher 460 Meter getaucht

Newyork, 1. Juli. (Eigener Funkbericht).

In Hamilton auf den Bermudas-Inseln ist der Naturforscher Beebe mit Hilfe einer besonders konstruierten stählernen Taucherglocke etwa 460 Meter getaucht. Die bisher höchste erreichte Tiefe betrug 100 Meter. Der Forscher glaubt, daß er mit dem Tauchapparat Beobachtungen in der Tiefe von rund 900 Metern wird anstellen könen.

Absturz in den französischen Alpen

Im Belladonna-Gebirgsstock stürzten am Sonntag nachmittag fünf Alpinisten ab. Zwei junge Frauen erlitten dabei schwere Verletzungen. Den Verunglückten wurde von zwei anderen Bergsteigergruppen, die sich in der Nähe aufhielten, Hilfe gebracht.

Großes Eisenbahnunglück in der Sowjetunion

Ein von Irkutsk kommender Personenzug entgleiste infolge falscher Weichenstellung kurz vor Leningrad. Die Lokomotive sowie mehrere Waggons wurden vollkommen zertrümmert. 23 Personen kamen bei dem Unglück ums Leben, 28 wurden verletzt.

Kunden-Kredit
befreit
von Sorgen!

Auch bei den Ausverkäufen erhalten Sie bei uns
Zahlungserleichterung
in nahezu 100 führenden Geschäften Breslaus

Kunden-Kredit G. m. b. H.
Breslau II, Gartenstr. 67 II.
(Capitol)

Familien-Anzeigen

Gesamtverband der Arbeitnehmer.
Am 28. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied der Invalide
Ernst Wartenberger
im Alter von 72 Jahren
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, den 1. Juli, nachmittags 15 Uhr, von der Leichenhalle des Barbara-Friedhofes in Cosel aus.

Am Sonntag, dem 29. Juni, verstarb die Ehefrau unseres Kollegen August Schnese
Frau Klara Schnese
im Alter von 47 Jahren. 1388
Ihr Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Schärpenkasse des Gaswerks Dürrgoy.
Beerdigung: Mittwoch, den 2. Juli, nachm. 4 Uhr, auf dem Altlutherischen Friedhofe, Menzelstraße.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man
vom Liebsten was man hat, muß scheiden.
Am 30. Juni, nachts 12½ Uhr, entschlief nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, die Gastwirtin und Hausbesitzerin
Karoline Firla, geb. Tannenberg
im 46. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Breslau, Godow, Loslau, den 1. Juli 1930
Jahnstraße 7
Ludwig Firla als Gatte
Gertrud Martschin, geb. Firla
Emilie Vogel, geb. Firla
Olga Firla
Emma Firla
Auguste Firla
Frieda Firla } als Töchter
Gustav Martschin
Eckard Vogel } als Schwiegersöhne
und Enkelchen **Eckard**
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle III (Krematorium) des Kommunalfriedhofes in Gräbschen. 7583

Einheitsverband der Eisenbahner [illegible]
Am 28. Juni verstarb unser [illegible]
Werkführer i. R.
Friedrich [illegible]
im Alter von [illegible]
Ein ehrendes Andenken [illegible]
Die Mitglieder der [illegible]
[illegible]

Verband der Deutschen [illegible]
Am 28. Juni verschied nach schwerem Leiden unser lieber Kollege [illegible] 2728
Wilhelm Irrgang
im blühenden Alter von 26 Jahren.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten
[illegible]
[illegible] den 1. Juli,
[illegible]

Am 27. Juni verschied unser Mitglied
Frau Agnes Rogalski
im Alter von 32 Jahren. 2736
Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau.
Einäscherung am Dienstag, den 1. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.
Trauerhaus: Melapane-Str. 2. Distrikt 41.

Zurückgekehrt
S.-R. Dr. Rich. Kayser
Hals-Nasen-Ohrenarzt
Hölchenstraße 12

Anständig. Fräulein
24 Jahre, jedoch mit kleinem körperlichem Fehler, sucht
anständigen Herrn
bis 40 Jahre kennenzulernen. Witwer mit Kind angenehm. Kleine Wohnung vorhanden. Offert. unt. 141 Volkswachtbuchhandlg., Breslau 5, Neue Graupenstraße 5. 141

Wohnungen
Alleinstehende sucht möbl. oder unmöbl.
Zimmer 925
jedoch nicht über 25 Mk monatlich. Offerten mit Preisang. unt. A. 942 a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

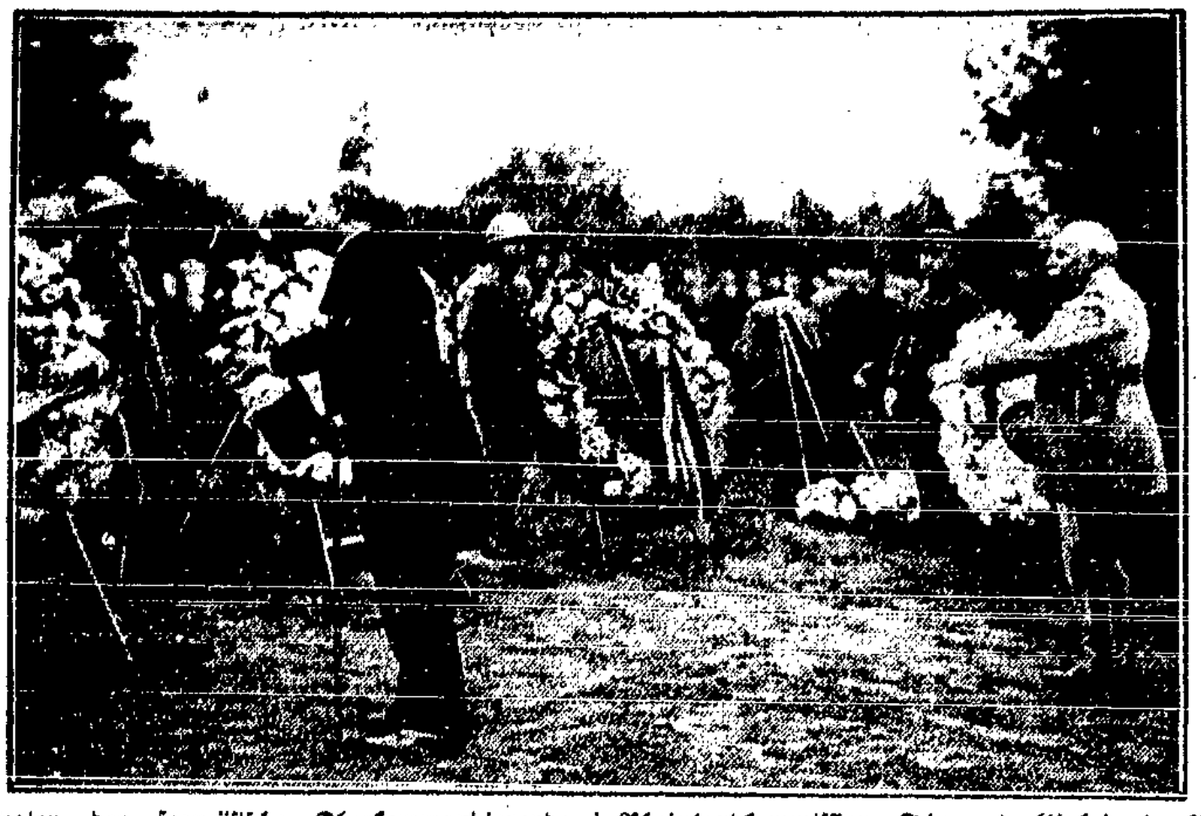
Zurückgekehrt
habe ich meine Sprechstunden wie folgt geändert:
Montag bis Freitag: 7½—10 vorm., 4—6 nachm.
Sonnabend: . . . . 7½—10 vorm., 3—4 nachm.
Dr. med. E. Büchler
Glogauerstr. 3, Ecke Frankfurter Str. / Fernruf 20258

Zurückgekehrt
Dr. Nossen
Kaiser-Wilhelm-Straße 27

Zurück
Dr. med. Vera Franke
[illegible] 10894

Ziehung unwiderruflich 12. bis 16. Juli
Kölner Dombau-
Geld-Lotterie
16795 Gewinne und 1 Prämie Mark
225000
100000
60000
40000
10000
[illegible]
3 Lose [illegible]
Arndt [illegible]

Eine ritterliche Geste der abziehenden Franzosen



Am 28. Juni legten der französische Oberkommandierende, General Guillaumat (rechts) und der Oberkommissar der Rheinlandkommission, Tirard (links), in Mainz Kränze an sämtlichen deutschen und ausländischen Gefallenendenkmälern älterer und neuerer Zeit nieder.

Das Genie in der Mietskaserne

Erwin Dressel, der Schlossersohn als Komponist — Der Aufstieg des Berliner Proletarierkindes Fünf Opern eines Zwanzigjährigen

Vor einigen Tagen wurde in Leipzig unter Leitung des Generalmusikdirektors Gustav Brecher die musikalische Legende „Rosenbusch der Maria" von Erwin Dressel, Text von Arthur Zweiniger, mit außergewöhnlichem Erfolg uraufgeführt.

Eine Mietskaserne im südöstlichen Arbeiterviertel Berlins, Hinterhaus, drei Stockwerke; zwei Stuben, eine armselige Küche; zwei eiserne Bettgestelle, ein einziger Stuhl . . . Hier wächst Erwin Dressel auf, er ist der Sohn eines Schlossers. Elend, Kampf um das bißchen Leben, Trübsal und Entbehrung — was sollte dem Jungen anders bestimmt sein, als das, was hier stets schon zur schmerzlichen Gewißheit wird? Drei Frauen erziehen das Kind: die alte Großmutter, die kränkliche Mutter, die als einzige Verdienerin in einer Seifenfabrik arbeitet und die erblindete Tante; schon in der frühesten Kindheit des Jungen haben sich die Eltern getrennt. Mit vier Jahren wird Erwin überrascht, als er auf einen Papierfetzen Noten kritzelt. Kindliche Spielerei? Er beginnt auf dem uralten Klavier herum zu klimpern. Noch beachtet man das nicht. Bis die Blinde dem Jungen die ersten Grundlagen beibringt. Mit sechs Jahren komponiert und spielt er eine regelrechte Variation über Haydns „Symphonie mit dem Paukenschlag". Man verschafft dem Kind eine Freistelle im Konservatorium. Noch rücksichtsloser schränken sich die drei Frauen ein, hungern für den genialen Knaben, um das Geld für die Klaviermiete und die Noten aufzubringen; er ist ihre ganze Hoffnung. Mit neun Jahren schreibt Erwin Dressel Kammermusik, mit zehn Jahren seine erste Symphonie, mit vierzehn Jahren eine neue Bühnenmusik zu Shakespeares „Viel Lärm um Nichts", die vom Berliner Staatlichen Schauspielhaus erworben und Silvester 1923 zur Aufführung gebracht wird! Der erste große Erfolg spornt den Vierzehnjährigen zu intensiver Arbeit an. Auf der Musikhochschule findet er verständnisvolle Freunde. Als Sechzehnjähriger lernt er den Bildhauer Arthur Zweiniger kennen. Dieser, fasziniert von der Persönlichkeit des jungen Musikers, sattelt zum Librettisten um, schreibt ihm Textbücher. Merkwürdig ist die innere Fühlungnahme zwischen Dressel und dem dreißig Jahre älteren Zweiniger. Fünf Opern werden im Laufe von vier Jahren fertiggestellt, die Theater nehmen sie zur Uraufführung an: die Volksoper „Kuchentanz", die romantische Oper „Simplicius", ein Kindermärchen und die Legende „Rosenbusch der Maria"; Dressels bedeutendes Werk „Armer Columbus" wird nach vielen erfolgreichen Aufführungen im Reich und Ausland Ende dieses Jahres an der Städtischen Oper in Charlottenburg herauskommen. Der Komponist, der niemals zu den überzüchteten „Wunderkindern" zählen wollte, ist ein sehr bescheidener junger Mann von nunmehr zwanzig Jahren, noch ein wenig verlegen und unbeholfen in der „großen Welt", wo er manchmal repräsentieren muß; nur seine hohe Stirn über dem gutmütigen rundlichen Kindergesicht und den freundlichen bebrillten Augen verrät Bedeutung und Persönlichkeit.

Tragödie des verlassenen Liebhabers

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin II wurde der Elektromonteur Arthur Benaschek, der versucht hat, seine 17jährige Braut mit einem Rasiermesser zu töten, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Hälfte der Geschworenen waren Frauen. Die Anklage lautete auf versuchten Totschlag, während der Angeklagte selbst jede Tötungsabsicht bestritt, ohne freilich das Gericht restlos überzeugen zu können. In jedem Falle offenbarte sich die Liebestragödie eines seelisch schwachen jungen Mannes, die tiefere Empfindungen als die des bloßen Interesses zu wecken vermag. Das 17jährige junge Mädchen, dem der Angeklagte jenen gefährlichen Rasiermesserschnitt beigebracht hatte, trat in der Berliner Verhandlung als Hauptzeuge auf; ein bildhübsches, freilich etwas leichtfertiges Geschöpf, dem die Liebe, die der junge 24jährige Monteur zu ihm gefaßt hatte, längst nicht eine so tiefe und große Angelegenheit war, wie diesem. Der junge Mann liebte das Mädchen auch dann noch leidenschaftlich, als die Freundin ihr Interesse und wohl auch bedeutend mehr als dieses Interesse längst wieder anderen Männern geschenkt hatte. Es kam zu Eifersuchtsszenen, zu Versöhnungen. Eines Tages überraschte der feurige Liebhaber die Freundin wieder mit einem anderen Mann. „Ich kann ohne Dich nicht leben", rief er mit Tränen in den Augen, „sei doch wieder gut zu mir, komm mit!" Das Mädchen sagte „Nein" — dann war es geschehen: der enttäuschte Freier hatte ihr mit dem Rasiermesser einen Schnitt in den Hals versetzt. Blut rieselte zu Boden. Der Arzt stellte fest, daß die Sache noch einmal gut abgegangen war: einen halben Zentimeter tiefer Angeklagte versucht, sich in seiner Wohnung das Leben zu nehmen. Er öffnete sich die Pulsadern wurde aber gerettet; wochenlang lag er krank zu Bett. Tötungsabsicht? Sinnlose Wut? Der Gerichtshof, selbst der Staatsanwalt hatte Mitleid mit dem Monteur Benaschek, von dem man den besten Eindruck gewann. Seine Liebe war zu groß, das Mädchen aber zu leicht, zu ungeschickt, vielleicht auch etwas zu herzlos — so mußte es zur Explosion kommen Das Gericht erkannte, daß es nur neben einem solchen Schicksal steht, nicht über ihm. So kam es zu einem Urteil.

Die Schuldigen von Lübeck

Die erst nach langem Drängen der Oeffentlichkeit eingeleitete Voruntersuchung gegen die für die Lübecker Calmette-Katastrophe verantwortlichen Aerzte ist, wie jetzt bekannt wird, insbesondere auf die Feststellung zurückzuführen, daß nach Bekanntwerden des ersten Todesfalles nur im Krankenhaus die Fütterungen mit dem Calmette-Mittel eingestellt worden sind. Außerhalb des Krankenhauses wurde weiter gefüttert.

Neuerdings ist unter schweren Rückfallserscheinungen eines der 74 Kinder, das bisher in der Statistik unter den „Gebesserten" zählte, wieder erkrankt, d. h., daß nun auch die Eltern der 74 „Gebesserten" in ihrer Hoffnung wieder wankend geworden sind. Besonders beklagt wird der tragische Fall eines Elternpaares, das erst nach 17jähriger Ehe ein Kind bekam und es nun durch den Calmette-Mord verloren hat.

Explosion in der Kirche

In Oberteisendorf bei Traunstein (Bayern) kam es zu einer schweren Explosion in der Kirche, die zu einem großen Teil zerstört wurde. Später wurde an der Katastrophenstelle eine mit Explosivstoffen gefüllte Flasche vorgefunden. Es liegt ein Attentat vor. Man glaubt den Tätern auf der Spur zu sein.

Die Verhaftung der Nachtklubkönigin

Mrs. Catherine Meyrick, die berühmte Königin der Londoner Nachtklubs, ist bei einer Razzia durch 43 Nachtklubs verhaftet worden. Der Zwischenfall wird von den englischen Blättern besonders groß „aufgemacht" im Hinblick auf die guten „Beziehungen", über die Mrs. Meyrick verfügt: ihre Töchter sind mit englischen Lords verheiratet.

Ausgerückt

Unter der Hinterlassung von weit über 100 000 Mark Schulden ist der 42 Jahre alte Berliner Schuhfabrikant Bielschowsky spurlos verschwunden. Die geschädigten Materiallieferanten des Fabrikanten haben Anzeige erstattet. Die Arbeiter Bielschowskys haben in der letzten Woche keinen Lohn mehr erhalten. Geschäftsbücher sind seit zwei Monaten überhaupt nicht mehr geführt worden. Vor seiner Abreise hat Bielschowsky den kostbaren Inhalt seiner Wohnung verkauft.

Unglück im Unglück

Ein tragischer Unfall ereignete sich bei Thorn. Ein Lastauto überfuhr einen unbekannten etwa 35jährigen Mann, er blieb mit gebrochenen Beinen auf der Straße liegen. Ein anderes Auto nahm den Verunglückten mit, um ihn ins Krankenhaus zu bringen. Dieser zweite Wagen fuhr jedoch unterwegs in einer Kurve gegen eine Mauer und zerschellte. Der Chauffeur blieb unverletzt, während der in dem Wagen befindliche überfahrene Mann nur als Leiche geborgen werden konnte.

Die Schwiegermutter totgeschlagen

Die 29jährige Frau Ella Martens wurde vom Schwurgericht des Landgerichts I zu Berlin zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, bei Bewilligung einer teilweisen Bewährungsfrist, verurteilt. Frau Martens hatte sich unter der Anklage zu verantworten, ihre Schwiegermutter durch einen Jiu-Jitsu-Schlag getötet zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß es zu dem verhängnisvollen Schlag im Verlaufe eines Handgemenges gekommen war; die Vorsätzlichkeit der Tat konnte der Angeklagten nicht nachgewiesen werden. Zu dem Handgemenge war es durch die dauernde Spannung, die zwischen den beiden Frauen herrschte, gekommen. Die Angeklagte erzählte, und die Beweisaufnahme schien ihr darin nicht Unrecht zu geben, daß sie von ihrer Schwiegermutter in unerhört brutaler Weise behandelt worden ist. Eine Bekannte habe ihr am Tage der Tat erzählt, die Schwiegermutter von Frau Martens behauptete, das sie sich „herumtreibe." Besonders dieser Ausdruck versetzte die Angeklagte in den Wutanfall, der so tragisch endete.

Zuchthausausbruch nach 54 Jahren

Ein zum Tode verurteilter, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigter Mörder ist aus dem Gefängnis von Bridgewater (Massachusetts-U.S.A.), in dem er bereits 54 Jahre in Gefangenschaft gesessen hatte, ausgebrochen. Der alte Mann wurde indessen bald wieder gefaßt und wird nun besonders streng bewacht.

Ewige Flieger

Die beiden Chikagoer Brüder Hunter sind seit 19 Tagen, also etwa 450 Stunden, in der Luft und haben damit den bisherigen Dauerflugweltrekord der Flieger Jackson und O'Brien von 420 Stunden 21 Minuten gebrochen. Die beiden Piloten haben die Absicht, so lange in der Luft zu bleiben, bis technische Gründe sie zur Landung zwingen — mindestens jedoch 500 Stunden. Die Flieger funken, daß sie sich zwar stark ermüdet, sonst aber wohlauf fühlen. Ihre Leistung ist umso höher zu veranschlagen, als sie bei Zugrundelegung einer Stundengeschwindigkeit von 150 Kilometern bis jetzt eineinhalb Mal um den Aequator geflogen sind. Dieser Rekord stellt eine richtige Familienangelegenheit dar: zwei Brüder fliegen Rekord, zwei andere Brüder sitzen in dem Tankflugzeug und der gemeinsamen Schwester obliegt die prompte Versorgung mit Proviant. Uebrigens wurde bis jetzt nicht nur Proviant und Benzin auf dem üblichen Luftwege in die Rekordmaschine geleitet, sondern auch eine schmerzstillende Medizin, da der eine der Brüder, offenbar schon benagt vom Zahn der Rekordzeit, Zahnschmerzen bekommen hatte . . .

Gläubige Diebe

In Strzemieszyce im Dombrowaer Kohlenrevier (Polen) bemerkte der Kirchendiener beim Betreten der Kirche, daß an einer ganzen Reihe von Heiligenbildern Kränze hingen, die offenbar von Gräbern des benachbarten Kirchhofes stammten. Die Kirche war aber nicht nur auf diese eigenartige Weise bereichert, sondern auch bestohlen worden: es fehlten verschiedene für den Kultgebrauch bestimmte Wertgegenstände. Die Diebe hatten ein Schreiben hinterlassen, in dem sie erklärten, daß sie die Bilder bekränzt hätten, um den Zorn der Heiligen von sich abzulenken. Die Sache hat aber nichts geholfen, denn die ach so frommen Diebe sind inzwischen doch verhaftet worden.

Cholera in Afghanistan

Wie aus Afghanistan gemeldet wird, ist dort im Gebiet von Jalalabad eine Choleraepidemie ausgebrochen. Das persische Gesundheitsamt hat die Grenzen sperren lassen und geht daran, Quarantänestationen zu errichten. Ein Flugzeug mit Cholera-Serum und mehreren Aerzten sind in das gefährdete Grenzgebiet geschickt worden, da die Einwohner längs der Grenze geimpft werden sollen. An den Grenzstraßen sind Hospitäler errichtet worden.

General Kundt, der ewige Weltkrieger

Die bolivianische Regierung und ihr wilhelminischer böser Geist — Ludendorff in der Westentasche — Altpreußischer Stechschritt in Bolivien — Totengräber bei der Auslandssympathien

In Bolivien hat die Revolution gesiegt. Das Kabinett Siles, dem seine Gegner diktatorische und terroristische Absichten unterlegten, und das bei der gesamten Bevölkerung höchst unbeliebt war, ist nach erbitterten Straßenkämpfen gestürzt worden. Besondere Empörung herrscht unter der Bevölkerung darüber, daß Siles und seine Leute das Land angeblich gegen hohe Schmiergelder an die Vereinigten Staaten verkauft haben. Interessant wird der bolivianische Aufstand für uns durch die Person des Generalstabschefs der Regierungstruppen des Generals Kundt.

* * *

Kundt ist, wie schon der Name andeutet, ein früherer wilhelminischer Offizier, der aus Abenteuerlust in die Dienste des Auslandes getreten ist. Was das neue republikanische Regime im Ausland an moralischem Neuland erobert, wird mehr oder weniger systematisch von den royalistischen Offizieren, die den deutschen Namen auf ihre Weise ins Ausland tragen, wieder zerstört. In China war es Herr Bauer, der es glücklich so weit gebracht hat, daß in diesem unglücklichen, von ständigem Bürgerkrieg zerrissenen Land die ehemals ausgesprochen deutschfreundliche Bevölkerung den Namen unseres Landes nicht aussprechen kann, ohne dabei sehr wenig freundliche Gedanken zu empfinden. Bei jeder Revolte, die in einem südamerikanischen Staat angezettelt wird, haben meist abgetakelte wilhelminische Offiziere, die ohne Blei und Eisen nicht leben wilhelminischer General durch seine alterprobte preußische Schroffheit und Feudalität ein ganzes Land zum Kochen und eine Regierung zum Sturz.

* * *

Herr Kundt, gestürzter bolivianischer Generalstabschef, war im Jahre 1890 preußischer Offizier und wurde dann in den Generalstab versetzt. Seine strategische Begabung soll nicht alltäglich gewesen sein. Im Generalstab wurde er mit wichtigen Aufgaben betraut und avancierte sehr schnell. Im Jahre 1910 bekam er als Generalmajor einen sehr verlockenden Auftrag aus Bolivien, die Armee zu reorganisieren. Herr Kundt nahm den Auftrag an, nachdem ihm S. M. huldvollst einen diesbezüglichen Urlaub gewährt hatte. Kurz vor Kriegsausbruch kam Kundt nach Deutschland zurück, wurde Regimentskommandeur und schließlich Befehlshaber einer Division. Er wird als sehr schneidiger, aber ungemein rücksichtsloser Offizier geschildert, der nicht davor zurückgeschreckt sei, seine Leute, wenn es das Halten der Stellung erforderte, bis zum letzten Mann zu opfern. Als die Revolution ausbrach und der schneidige Draufgänger seine Chancen in Deutschland als nicht sehr rosig ansah, quittierte er kurzerhand den Dienst und ging nach Bolivien, wo er eine Truppe aufstellte, die an Schliff und Kadavergehorsam die weltberühmte preußische „Bimserei" der Vorkriegszeit weit in den Schatten gestellt haben soll. Dies, und vor allem auch seine volksfeindliche und konservative Einstellung, die sich jeder Reform, auch der geringfügigsten widersetzte, machte ihn bei den Bolivianern

„Erprobte Kampftruppen"

Abschluß der Zeugen-Aussagen im Nazi-Prozeß

Montag fanden die letzten Zeugenvernehmungen im Nazi-Prozeß in Schweidnitz statt. Mit großem Wohlbehagen hatte Frank vermerkt, daß an diesem letzten Tage in der Hauptsache Entlastungszeugen auftreten werden. Dem mußte er zuvorkommen. Deswegen stellte er Beweisanträge und verlangte die Ladung von vier weiteren Nazizeugen. Das Gericht beschloß, diese vier „außerordentlich wichtigen Zeugen" noch zu hören. Doch Herr Frank hatte Pech.

Als erster erscheint der Nationalsozialist Breithaupt, Kürschner aus Schweidnitz. Er behauptet, der Redner hätte die Nazi scharf angegriffen. Da kam das Reichsbanner und hatte losgeschlagen. Gesehen hat er zwar nichts, denn er ist gleich rausgegangen und hatte keine Lust, sich „das Fell vergerben" zu lassen. Und nun kommt

die große Ueberraschung,

die Herr Frank sich bis zur letzten Stunde aufbewahrte. Die „einzige" nationalsozialistische Zeugin Frau Olbrich hat zwei Tage nach der Versammlungssprengung angeblich den Fensterputzer Rahner gesprochen. Auf ihre Frage hatte ihr der Fensterputzer gesagt: „Er wäre SPD.-Mann und er wüßte es ganz genau, das Reichsbanner hätte angefangen, die Nazi sind ganz unschuldig." Rahner wird Frau Olbrich gegenübergestellt, und da zerstob die Sensation, denn Rahner sagt aus, daß er nie SPD.-Mann gewesen sei und sich nicht erinnern könne, mit Frau Olbrich überhaupt einmal gesprochen zu haben. Herr Frank ist entsetzt über seine Entlastungszeugin. Noch bleibt ihm aber eine Hoffnung. Der Zeuge Tusche tritt ein, kaufmännischer Angestellter bei Främs & Freudenberg. Er war zwar nicht in der Versammlung, sondern nebenan im kleinen Saal, wo sein Gesangverein Uebung hatte. Da sah er, wie zwei Reichsbannerleute in den kleinen Saal stürzten. Einer von diesen soll nun zu einigen Sangesbrüdern gesagt haben, heute haben „unsere" (Reichsbanner) angefangen. Der wackere Sänger Tusche „kennt aber leider die Sangesbrüder nicht", zu denen das der unbekannte Reichsbannermann gesagt haben soll. Herr Frank ist sichtbar enttäuscht. Der Zeuge Geisler war an dem betreffenden Abend

am Büfett des „Volksgartens"

leitend tätig. Als der Tumult bereits im Gange war, schlich sich ein älterer Mann hinter das Büfett und bat um Schutz. Geisler hat während der ganzen Zeit des Kampfes hinter dem Büfett gestanden. Fest und bestimmt macht er nun seine Aussagen. Kein Glas ist während des Tumultes weggenommen worden oder gar aus dem geschlossenen Büfett herausgeholt worden. Es ist vollkommen unmöglich, daß jemand ein Glas von dem Büfett weggenommen hat, „denn an dem betreffenden Abend ist kein leeres Glas zurückgebracht worden." Diese nüchtern-klare Aussage des Zeugen Geisler vernichtet die phantasievolle Bekundung Stuers, der unter Eid aussagte, „daß Reichsbannerleute über das Büfett gesprungen wären, um Gläser herauszuholen und sie als Wurfgeschosse zu benützen." Der Zeuge Gellrich sah von der Galerie aus, wie der Angeklagte Gritzke mit einem Stuhl bewaffnet in die flüchtende Menge eindrang. Nach dem Umzug der Nazis traf er an den „Drei Hacken" den Nationalsozialisten Hertrampf. Auch ihm sagte der Nationalsozialist Hertrampf, daß unter den Nationalsozialisten, die an der Schlacht teilgenommen haben,

„erprobte Kampftruppen"

von auswärts wären.

Der Zeuge Köhler jun. sah, wie der Angeklagte Max Kubissa sich mit einem Stuhl deckte und mit einer Hand hinter dem Stuhle hervor mit Gläsern warf, wobei er den Zeugen Köhler verletzte. Der Zeuge Griese sah, wie der Saalschutz ruhigen Schrittes nach vorn ging. Bevor jedoch der Saalschutz an dem Störungstisch angelangt war, flogen schon Gläser nach dem Saal. Er sah, wie der Angeklagte Giesel hoch stand und in die fliehende Menge Gläser warf. Außerordentlich wertvolle Angaben konnte der Zeuge Angenend von den Vorgängen im „Volksgarten" machen. Der Angeklagte Trzeciak ging nach seiner Wahrnehmung vor der Versammlung zweimal im Saale herum. Trzeciak beteiligte sich auch an den Zwischenrufen. Er rief: „Korruption". Als das Reichsbanner nach vorn kam, hielt Trzeciak schon einen Stuhl in der Hand, der über Angenends Tisch hinwegflog. Angenend brachte erst seine Frau in Sicherheit, kam sofort in den Saal zurück und sah, wie die Nationalsozialisten Mützen aufsetzten. Das Kommando „Mützen auf" ist schon gegeben worden, als der Saalschutz noch nicht vorn war. Den Angeklagten Thiemann hat er beobachtet, wie er einen Tisch auf die Erde schleuderte und das abgesprungene Bein als Waffe benutzte. Seine Frau bestätigt fast alle Aussagen. Der Zeuge Ulscher gibt an, daß er von Thiemann mit einem Stuhle am Arm verletzt worden ist.

Auch ein Herr Nitsche hat beobachtet, wie Thiemann sofort losschlug. Der Zeuge Scholz gehörte zum Saalschutz. Als erster ging Schippan vom Reichsbanner nach vorn. Schippan bekam aber gleich einen Stoß, im selben Augenblick flogen auch schon die Stühle und Gläser im Saale herum. Die Baufirma Hoffmann & Schütz aus Kroischwitz hat bis jetzt zwei nationalsozialistische Zeugen entsandt. Zum Schluß kommt nun auch Herr Hoffmann, der Chef selbst. Er ist Nationalsozialist und behauptet, der Redner hätte „solche Behauptungen" aufgestellt, die

jeden Menschen reizen

mußten. Er hat gehört, wie man rief: „Schmeißt die Hunde raus", und sah das Reichsbanner nach vorn gehen. Ob der Saalschutz Stühle nach vorn mitgenommen habe, hat er nicht gesehen. Seiner Meinung nach hat das Reichsbanner „natürlich" seine eigene Versammlung selbst gesprengt. Der Zeuge Otto, ein friedlicher Versammlungsbesucher, hatte sich noch nichts gedacht, als schon das Kommando: „Mützen auf" ertönte. Er blieb ruhig mit seiner Frau sitzen. Seine Frau rührte noch ruhig den Kaffee um, da sieht sie auf einmal, wie Thiemann einen Stuhl nach ihr wirft, erschreckt schreit sie ihren Mann an, und der fängt das gefährliche Wurfgeschoß ab. Der Angeklagte Thiemann streitet das natürlich ab. Er, Thiemann, kenne jedoch den Schläger, es ist ein Freund von ihm, und wenn der Vorsitzende für seinen Freund Straffreiheit zusichere, dann würde er den Namen nennen. Zu seinem Leidwesen kommt dieses Geschäft nicht zustande.

Eine außerordentlich ausführliche Schilderung von der Versammlungsschlacht gibt der Zeuge Jäckel. Er sah, wie die Nazis die Bühne stürmten und von dort aus Stühle in die Menge warfen. Er hatte Versammlungsbesucher beobachtet, die sich hinter aufgestellten Tischen versteckt hielten, aber auch die holte man hervor und schlug mörderlich auf sie ein.

Am Bierbüfett

hatten sich mehrere Versammlungsbesucher in die Ecke geflüchtet. Er selbst rettete sich auch dorthin. Nun schildert er, wie furchtbar gerade diese Ecke mit Stühlen und Gläsern beworfen wurde. Er hatte hinter dem Kaufmann Bratsch gestanden, der mit seinen Kameraden die Stühle und Gläser abhielt. Hinter diesen, die Wurfgeschosse abwehrenden Reichsbannerkameraden hockte auch bekanntlich der Kaufmann Schütz, der sich dann vor Gericht so [illegible] und Bratsch der [illegible]. Der Zeuge Jäckel hat auch den Angeklagten Thiemann gesehen, wie [illegible] damals.

Zum Schluß der Zeugenvernehmung gab der Zeuge Fretel noch einmal einen [illegible] Bericht von der Versammlungsschlacht. [illegible]

Der Zeuge Fretel [illegible] zusammen. Köhler machte abfällige Bemerkungen, als einige jüdische Familien den Saal betraten. Fretel beobachtete, wie die um ihn herumsitzenden Versammlungsbesucher alle das Braunhemd zurückgeschlagen unter dem Rock trugen. Der Tumult hatte gerade begonnen, da sah er, wie der Angeklagte Thiemann ganz in seiner Nähe einen Stuhl erfaßte und einem jungen Menschen denselben mit solcher Gewalt

auf den Schädel schlug,

daß das „Blut nur so herumspritzte". Als Fretel tief bewegt von dieser bestialischen Roheit berichtet, bricht das zu neun Zehntel aus Nazi bestehende Publikum im Zuhörerraum in lautes Lachen aus, insbesondere die Baronin von Reibnitz, geb. v. Richthofen, eine „Genossin" der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei scheint überaus erheitert. Der Vorsitzende verbittet sich erregt das Lachen und sagt: „Es zeugt von einer

außerordentlich niedrigen Gesinnung,

wenn man darüber lacht, daß anderen Menschen Verwundungen beigebracht werden, daß das Blut herumspritzt."

Der Zeuge Fretel schildert dann, wie der Angeklagte Klose auf die Bühne sprang und die Aktentasche des Genossen Wendemuth insultierte. Auch den Angeklagten Meißner sah er, wie er kommandierte: „Gritzke, nu los!" Die Beweisaufnahme ist nun geschlossen. Am Donnerstag steigen die Plädoyers; am Sonnabend wird voraussichtlich das Urteil gefällt.

Was geschieht mit Herrn Machon?

Um die „neutrale" Beflaggung Landecks

Wie unseren Lesern erinnerlich, gab es auf dem letzten schlesischen Städtetag einen kleinen Zwischenfall, da es der dortige Bürgermeister, mit Rücksicht offenbar auf die Kundschaft des Bades Landeck, unterlassen hatte, den recht reichlichen Flaggenschmuck mit der Flagge der deutschen Republik zu ergänzen. Zwar wurde zu Beginn der Verhandlungen schnell ein schwarz-rot-goldenes Tuch zur Dekorierung des Vorstandstisches angeschleppt. Aber, damit keine Zweifel aufkommen, fühlt sich der gastgebende Bürgermeister — wie wir schon meldeten — auf eine sozialdemokratische Interpellation hin veranlaßt, ganz ausdrücklich zu erklären, man müsse doch nahe der Grenze (die tschechoslowakische Republik soll wohl nicht merken, daß auch Deutschland eine Republik ist) und in einem Badeort für eine „neutrale Beflaggung" sorgen.

Da diese Angelegenheit ja nicht nur eine humoristische Seite hat, kann wohl erwartet werden, daß diese Art neutraler Beflaggung anläßlich einer Tagung offiziösen Charakters den Aufsichtsbehörden Anlaß gibt, Herr Machon über die Grenzen der Neutralität gegenüber den Vertretern des alten Regimes zu belehren. Bis jetzt herscht tiefe Ruhe im Landecker Walde. Vielleicht äußert sich die Regierung einmal hierüber?

Täglich ein freies Mittagessen

Wie es den Wohlfahrtserwerbslosen ergeht

Der „Volksfreund" publiziert das nachstehende Kulturdokument, das ein wohlweiser Magistrat zu Oels einem Erwerbslosen, der wohlgemerkt nicht nur für sich zu sorgen hat und als durchaus solider, keineswegs trunksüchtiger Mensch bekannt ist, zugehen ließ:

„Auf Ihren Unterstützungsantrag vom 9. v. Mts. hat der Wohlfahrtsausschuß in seiner Sitzung vom 26. Mai cr. beschlossen, Ihnen täglich ein freies Mittagessen zu bewilligen. Die Gewährung von Barunterstützung ist abgelehnt worden, weil der Wohlfahrtsausschuß eine Notwendigkeit hierfür nicht anzuerkennen vermochte. Die Gründe für diesen Beschluß sind darin zu suchen, daß Ihnen unwirtschaftliches Verhalten (häufiger Besuch von Schankstätten) zur Last gelegt wird.

Ausweiskarte zum Empfang des Mittagessens folgt bei. Die Volksküche ist von uns entsprechend verständigt worden. Gegen diesen Bescheid steht Ihnen das Rechtsmittel des Einspruchs binnen 14 Tagen zu.

gez. Reinhard, 2. Bürgermeister.

Tränkt jetzt öfter

die durstenden Zugtiere.

Vergeßt auch nicht die Kettenhunde,

die Hühner und die Stubenvögel!

Um das Minderheitsrecht in Tschechisch-Schlesien

Der Bezirkshauptmann von Tschechisch-Teschen, dem es anscheinend unbekannt ist, daß der Präsident der Tschechoslowakei, Masaryk auch einen Namen in der deutschen wissenschaftlichen Literatur besitzt, hat den deutschsprechenden Mitgliedern der Bezirksvertretung untersagt, bei dem bevorstehenden Besuch des Staatspräsidenten in der Begrüßung die deutsche Sprache zu benutzen. Dies veranlaßte den Senator Genossen Jokl-Troppau, im tschechoslowakischen Senat folgende Interpellation einzubringen:

„Diese Verfügung widerspricht nicht nur dem Sprachengesetz, sondern bedeutet darüber hinaus einen schweren Eingriff des Bezirkshauptmannes in Teschen in die sprachlichen Rechte der Deutschen und Polen. Ueberall sonst, wo immer der Herr Präsident Vertreter der Bevölkerung empfing, war es selbstverständlich, daß diese den Herrn Präsidenten in ihrer Muttersprache begrüßten. Der Herr Präsident hat diese Begrüßungen in der Sprache der Begrüßenden erwidert. Die Verfügung des Bezirkshauptmannes von Teschen hat in der gesamten deutschen Bevölkerung der Republik die größte Aufregung hervorgerufen und widerspricht dem von der Regierung in ihrem Programm verkündeten Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger.

Wir fragen den Herrn Minister, ob er bereit ist, die Verfügung des Bezirkshauptmannes von Teschen sofort zu widerrufen?

Brieg. Großfeuer. Im Anschluß an ein bürgerliches Maulsängerfest ertönte hier in der Nacht zum Montag gegen Mitternacht plötzlich Feueralarm. Das Feuer griff mit rasender Geschwindigkeit um sich und sprang bald auf die drei der Brandstätte benachbarten Wohnhäuser über. Sämtliche vier Wohnhäuser standen in kurzer Zeit über und über in Flammen und sind niedergebrannt. Vom Mobiliar der sechs obdachlosen Familien, die in Notquartieren untergebracht werden mußten, konnte fast nichts gerettet werden. Der Schaden ist nur zum geringen Teil durch Versicherung gedeckt.

[illegible] Mutter und Kind ertrunken. Unweit von [illegible] spielte eine junge Mutter mit ihren Kindern am [illegible]. Plötzlich stürzte eins der Kinder ins Wasser. Die Mutter sprang ihm nach, geriet jedoch an eine tiefe Stelle, so daß Mutter und Kind ertranken.

[illegible] Ein neues Strandbad, das auch von [illegible]

Kamenz. Das Fischsterben. In der Talsperre setzt gegenwärtig wieder ein großes Fischsterben ein. Da es fast ausgeschlossen ist, daß die Ursache des Fischsterbens in Fabrikwässern zu suchen ist, neigt man in Fischereikreisen der Ansicht zu, daß ein starkes Auftreten des Wasserzublasers wahrscheinlich ist.

Schweidnitz. Eine siebzehnjährige Lebensretterin. Dieser Tage stürzte beim Spiele ein 12jähriger Knabe in den hiesigen „General"teich und sank sofort unter. Ein siebzehnjähriges Mädchen, die den Vorgang bemerkt hatte, sprang, während einige Vertreter des starken Geschlechts" unschlüssig stehen blieben, ohne Besinnen in das Wasser sprang und holte den Knaben heraus, so daß sofort Wiederbelebungsversuche angestellt werden konnten, die von Erfolg begleitet waren.

Görlitz. Groß-Flugzeug-Notlandung. Auf dem hiesigen Flugplatz landete das Flugzeug D 1722, eine dreimotorige Junkers vom Typ G 31. An Bord des Flugzeuges befindet sich ein vollständiger Restaurationsbetrieb. Die neun Gäste der wegen Motorstörung gelandeten Maschine fuhren mit Eisenbahn nach Dresden, von wo sie mit einer Maschine direkt nach Wien weiterbefördert wurden. Das Großflugzeug erhält hier einen neuen Motor eingebaut.

Beuthen OS. „Ihr Affen" kostet 50 Mark. Das in Ostoberschlesien ansässige Ehepaar Koch kam vor einiger Zeit von einer Gesellschaft und wollte nachhause fahren. Die Ehefrau passierte die deutsche Paßkontrolle, ohne dem deutschen Polizeibeamten ihre Verkehrskarte zu zeigen. Der Beamte wollte die Frau zurückrufen, diese kehrte sich aber nicht daran, sondern ging weiter und als sie die polnische Paßkontrolle erreicht hatte, rief sie den deutschen Beamten die Worte zu: „Ihr Affen". Frau Koch wurde zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt, während der Ehemann freigesprochen wurde.

Beuthen OS. Musik wird lästig oft empfunden. Eine interessante Entscheidung traf hier dieser Tage der Einzelrichter in einem Verfahren wegen Ruhestörung. Ein Kaufmann war angeklagt, weil er für sein Geschäft für elektrische Bedarfsartikel und Radiotechnik die übliche Reklame durch einen Lautsprecher machte. Die Nachbarn waren von dieser ständigen Gratismusik weniger erbaut, weil sie glaubten, daß durch den ruhestörenden Lärm der Wert der Häuser herabgemindert würde und ihre Mieter doch die Wohnungen zunächst wegen der ruhigeren Lage bevorzugt hätten. In einem Zivilprozeß kamen die umliegenden Hausbesitzer mit dem Geschäftsinhaber überein, daß er den Lautsprecher nur zu bestimmten Tageszeiten ertönen lassen werde. Trotzdem ging der Streit später weiter, schließlich wurde Anzeige wegen ruhestörenden Lärms erstattet. Dieweilen nun die in der Nähe postierten Verkehrsbeamten und einige andere Leute meinten, daß die Musik eine recht nette Unterhaltung sei, glaubten sich andere belästigt. Der Staatsanwalt, der kein Musikfreund zu sein schien, zog scharf über den Lautsprecher her, während der Richter seinem Antrag gemäß den Delinquenten zu 30 Mark Strafe verurteilte, weil er angeblich das „zulässige Maß" an Gratismusik überschritten habe.

Hindenburg O.-S. Alkohol führt in den Tod. In der Sonntagnacht tranken sich mehrere Arbeiter, als sie von der Schicht heimkehrten, einen Rausch an. Schließlich lagerten sie am Baggerteich an der Makoschauer Straße, wo sie die Kneiperei unter freiem Himmel fortsetzten. Schließlich beschloß man zu baden und ein „Wettschwimmen" zu veranstalten. Hierbei ertrank der 31jährige verheiratete Franz Metzner aus Hindenburg. Während die Feuerwehr, die alarmiert wurde, nach der Leiche suchte, sprang plötzlich der verheiratete 58jährige Aufseher Josef Smoczyk aus Hindenburg ins Wasser mit dem Ruf: „Dort, wo mein Kollege ist, dort muß ich hin!" Auch er konnte nur noch tot geborgen werden.

Ratibor. Ein Wandertheater. Die Mitglieder des aufgelösten Ratiborer Stadttheaters haben in einer Spielgemeinschaft ein Wandertheater begründet, das in den Sommermonaten in einer Reihe oberschlesischer Gemeinden und Städte spielen will.

Aus der Umgebung

Samariterkursus in Groß-Mochbern

Die Kursisten der Kolonne Groß-Mochbern der Arbeiter-Samariter konnten vor Tagen ihren Ausbildungskursus in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen abschließen. Nach der von Dr. Barisch vorgenommenen theoretischen Prüfung mußten die Kursisten bei angenommenen Verletzungen die erste Hilfe leisten. Sie entledigten sich diesen Aufgaben recht gut, so daß sich Dr. Barisch anerkennend darüber aussprach. Wie bei allen Kursen, so hatten auch hier eine Anzahl der Teilnehmer vor dem Abschluß der Prüfung die Flinte ins Korn geworfen. Zwölf Männer und zwei Frauen hatten sich der Prüfung unterzogen.

In kurzen Worten dankte der Vorsitzende der Kolonne dem Dr. Barisch für seine ehrenamtliche Tätigkeit und das Wissen, das er den Kursisten als Grundlage für ihre spätere Arbeit in den Unterrichtsstunden in leichtverständlicher Weise vermittelt hat. Desgleichen dankte er auch dem Gemeindevorstand für seine Unterstützung des Ausbildungslehrganges. Am 21. Juni fand im Lokal Guhl eine Werbeveranstaltung mit Tanz statt; allerdings hätte sie besser besucht sein können, zumal der Reingewinn der Veranstaltung zur Anschaffung der notwendigsten Ausrüstungsgegenstände Verwendung finden sollte.

Brockau. Gefunden und bei der Polizei abgegeben wurden ein Herrenfahrrad und ein Portemonnaie mit Inhalt.

Kattern. Abschied der Briefträger. Ab 1. Juli wird auch hier die Postbestellung durch Kraftwagen durchgeführt. Die Briefträger, die zum größten Teil nach Breslau versetzt werden, machten ihre letzte Bestelltour mit blumengeschmückten Rädern und veranstalteten abends einen Umzug mit Musik durch den Bestellbezirk.

Leuthen. Aus der Partei. Am Sonnabend, dem 20. Juni fand hier die fällige Mitgliederversammlung von Seiten der SPD. bei Gastwirt Brendel statt. Genosse Linke-Tschansch sprach über das Thema „Kampf dem Bürgerblock" und verwies auf den sozialdemokratischen Frauentag im September. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Eine am nächsten Tage vorgenommene Agitation für die „Volkswacht", hatte den Erfolg, 24 Leser zu buchen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—176
Telephon 90040, 90041
Geöffnet von 8—17 und 16—19 Uhr

Schmolz. Am Dienstag, dem 1. Juli, 20 Uhr, im Lokal Kabitz: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Apfelstaedt.

Groß-Mochbern. Am Mittwoch, den 2. Juli, 20 Uhr, im Lokal Guhl Mitgliederversammlung. Gäste sind herzlichst eingeladen.

Brockau. Aus der Partei. In der letzten Mitgliederversammlung wurde von der letzten Gemeindevertretersitzung Bericht erstattet und der Mitgliederstand der Ortsgruppe bekannt gegeben. Unter Verschiedenem wurden u. a. Ausflüge besprochen. Am dritten Sonntag im Juli findet ein Familienausflug an die Oder statt. Mittwoch, den 2. Juli, findet eine wichtige Vorstandssitzung in der Wohnung des Genossen Hanschold statt. Da Organisationsfragen behandelt werden, wird das Erscheinen aller Funktionäre erwartet.

Zweibrodt. Dienstag, den 1. Juli, abends 20½ Uhr, in Zweibrodt unter freiem Himmel öffentliche Volksversammlung, in der Genosse Schiffer sich mit Vorgängen der letzten Zeit beschäftigen wird. Die Arbeiterjugend wird den Vortrag mit [illegible]

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Tragödie der österreichischen Industrie

Zwei große Betriebe werden stillgelegt — Stillegung der Wiener-Neustädter Lokomotivfabrik

Was schon seit einigen Jahren befürchtet wurde, tritt nunmehr wirklich ein. Die älteste Lokomotivfabrik Oesterreichs, die Sieglsche Fabrik in Wiener-Neustadt, im Jahre 1842 gegründet, hat aufgehört zu existieren. Sie fällt den Konzentrationsbestrebungen innerhalb der österreichischen Industrie zum Opfer. Der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt hat diese Bestrebungen ungemein beschleunigt.

Noch vor kurzer Zeit war die Sieglsche Lokomotivfabrik die einzige Lokomotivfabrik im Konzern der Kreditanstalt. Durch den Zusammenschluß mit der Bodenkreditanstalt wurde die Kreditanstalt zur Besitzerin dreier Lokomotivfabriken, Floridsdorf, Steg und Wiener-Neustadt. Der bereits erfolgten Fusionierung von Floridsdorf mit der Steg folgt jetzt die Fusion auch mit der Sieglschen Lokomotivfabrik. Da die Kreditanstalt nur eine einzige Lokomotivfabrik bestehen lassen will, mußten zwei fallen. Die Kreditanstalt entschloß sich, nur die Floridsdorfer Lokomotivfabrik aufrechtzuerhalten. Es bleibt dann nur noch die Lokomotivfabrik Kraus in Linz bestehen, die der Oesterreichischen Eisenbahnverkehrsanstalt gehört; sie soll aber mit anderen Arbeiten als Lokomotiven beschäftigt werden. Auch dort werden nur noch etwas mehr als hundert Leute beschäftigt.

Die Aufträge, die die Sieglsche Lokomotivfabrik noch in der letzten Zeit erhalten hat, gehen nun an die Floridsdorfer Lokomotivfabrik über. Mehrere Interventionen der Nationalräte Schlesinger und Domes, die versuchten, den Betrieb in Wiener-Neustadt wenigstens so lange aufrechtzuerhalten, bis die Aufträge erledigt sind, blieben erfolglos. Die Intervention der Vertreter der Freien Gewerkschaften mußte sich nun in der letzten Zeit nach der Richtung hin bewegen, bei der Sperrung des Betriebes wenigstens für die Arbeiter ihre finanziellen Ansprüche zu wahren.

Die St. Pöltener Glanzstoffabrik für einige Monate stillgelegt

Die internationale Kunstseidenindustrie ist nach Jahren geradezu märchenhaft raschen Aufstieges in die Krise der Textilindustrie hineingerissen worden. Diese Krise hat nun zur Folge, daß die Glanzstoffabrik in St. Pölten, die bisher ausgezeichnet beschäftigt gewesen ist und zeitweise mehr als dreitausend Arbeitern Arbeitsmöglichkeit gewährt hat, vorübergehend gesperrt wird. Die Fabrik wird jetzt stillgelegt, die zweitausend Arbeiter, die bisher in ihr beschäftigt gewesen sind, fast ganz entlassen. Vor Oktober ist mit der Wiederaufnahme des Betriebes nicht zu rechnen. Inzwischen soll eine große Umstellung und Rationalisierung des Betriebes durchgeführt werden. Man will durch die Umstellung des Betriebes die Konkurrenzfähigkeit der Glanzstoffabrik mit ausländischen Kunstseidenfabriken herstellen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Glanzstoffabrik werden nun zumindest für einige Monate, viele von ihnen wahrscheinlich für noch längere Zeit, arbeitslos.

Verbandstag der Schornsteinfeger

Der Zentralverband der Schornsteinfegergesellen Deutschlands hielt in den letzten Tagen der vergangenen Woche im Münchener Gewerkschaftshaus seine 12. Generalversammlung ab. Zahlreiche Delegierte aus ganz Deutschland hatten sich eingefunden. Von den auswärtigen Kollegen überbrachten Nielsen-Dänemark, Loundquist-Schweden, Zahn-Oesterreich und Jegen-Schweiz die Grüße und Glückwünsche ihrer Organisationen.

Der Verband hat, wie man dem Geschäftsbericht entnehmen konnte, mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihm steht eine geradezu mittelalterlich anmutende Unternehmerorganisation in den Innungsverbänden gegenüber. Besonders deutlich trat das in dem Vortrage von Vogt-Berlin über den „Gesellenausschuß und seine Aufgaben" hervor. Heute ist dieser Ausschuß immer noch zur Einflußlosigkeit verurteilt. Trotz der Schwierigkeiten konnte der Verband im verflossenen Jahr ansehnliche Erfolge buchen. Von den 22 Lohnkämpfen, die er im Angriff führte, brachten 19 positive Resultate. Die Organisation zählt zurzeit 64 Ortsgruppen mit rund 3000 Mitgliedern.

Der erste Vorsitzende Fahland, der zweite Vorsitzende Vogt und der Kassierer Beiersdorf wurden einstimmig wiedergewählt. Bei den übrigen Vorstandsmitgliedern ergaben sich kleine Aenderungen. Die nächste Generalversammlung wird in Verbindung mit der Feier des 25jährigen Bestehens des Verbandes 1932 in Berlin abgehalten.

Der Verbandstag der Schuhmacher

In Magdeburg nahm in seiner am vergangenen Sonnabend stattgefundenen Schlußsitzung eine bedeutsame Statutenänderung vor, wonach auch die Erwerbslosen- und Invalidenmarken als Mitgliederbeiträge für die Wahlen zum Verbandstag gelten. Das neue Statut tritt am 1. Oktober in Kraft. Vorstand und Redakteur, die unbesoldeten Vorstandsmitglieder und der Ausschußvorsitzende wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Verbandsvorsitzende Simon gab dem Wunsche Ausdruck, daß man mehr Frauen zum Verbandstag delegieren möge. Diesmal sei eine einzige Frau die Vertreterin von Zehntausenden weiblicher Mitglieder gewesen. In seinem Schlußwort hob Simon mit besonderem Nachdruck die Sachlichkeit der Verhandlungen des Verbandstages hervor. Von Tagung zu Tagung sei man sich einander näher gekommen. Auch die Kritik der ideologisch Anderseingestellten habe gezeigt, daß auch sie das ehrliche Streben der Mehrheit der Mitglieder zum Wohl des Verbandes immer besser würdigen.

Der Ausklang des Verbandstages war ein packender Beweis für die Einmütigkeit und Stärke des freigewerkschaftlichen Schuhmacherverbandes.

Der Streik in Mansfeld

Die Kommunisten möchten sich mit fremden Federn schmücken

Eisleben, 30. Juni (Eigener Drahtbericht)

Die Kommunisten haben seit Wochen in ihrer Presse, in Flugblättern und Versammlungen den Eindruck zu erwecken versucht, als ob der Streik im Mansfelder Gebiet von ihnen geführt werde. Wie wenig an diesen Prahlereien ist, bewies eine Demonstration, die von den Gewerkschaften am Montag vormittag veranstaltet wurde.

Aus dem ganzen Streikgebiet waren fast alle Streikenden dem Rufe der Gewerkschaften gefolgt. Ein imposanter Demonstrationszug bewegte sich von Helbra durch die Grunddörfer nach Eisleben. In mustergültiger Ordnung und Disziplin erfolgte der Aufmarsch auf dem Marktplatz in Eisleben, der von den Massen restlos gefüllt wurde. Zehntausende Mansfelder Arbeiter hatten sich vereinigt, um in einer machtvollen Kundgebung ihre Ansicht [illegible]

sprach zu den Versammelten über die Ursachen und den Verlauf des Abwehrkampfes und wandte sich entschieden gegen die Absicht der Mansfeld AG. und des gesamten Unternehmertums, durch einen Lohnabbau die Wirtschaft wieder ankurbeln zu wollen. Durch einen allgemeinen Lohnabbau, wie ihn die Unternehmer fordern, würde die Kaufkraft weiter Kreise sinken und dadurch die Krise nur noch schlimmer.

Kommunistische Störungsversuche beim Abmarsch der Demonstranten, die durch die Polizei unterdrückt wurden, konnten den wuchtigen Eindruck des Massenaufmarsches der Gewerkschaften nicht beeinträchtigen. Die Demonstration hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Einfluß der KPD. im Mansfelder Bergbaugebiet gleich Null ist.

Die Angestellten von Nord-West gekündigt

Gehaltsabbau wird eingeleitet

Bochum, 28. Juni (Eigener Drahtbericht)

Die Betriebe der Gruppe Nordwest der deutschen Eisenindustrie haben allgemein ihren Angestellten gekündigt, um den vorgesehenen Abbau der übertariflichen Gehälter vornehmen zu können. Von der Maßnahme werden etwa 30 000 Angestellte betroffen.

Abwehrkampf der Werftarbeiter

Die Werftarbeiter haben in einer am Sonntag im Bremer Volkshaus stattgefundenen Konferenz nach den Darlegungen Kempkens, des Vorsitzenden der Zentralwerftkommission, über den Verlauf der Tariflohnbewegung auf den Seeschiffwerften sich mit den Forderungen und dem Vorgehen der Zentralwerft — wie der Verhandlungskommission einverstanden erklärt. Mit aller Deutlichkeit haben sie zum Ausdruck gebracht, daß sie die von den Unternehmern beabsichtigten Lohnkürzungen und Verschlechterungen der bisherigen Tarifbestimmungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern werden. Die Bewegung werde nur nach streng gewerkschaftlichen Grundsätzen und nur nach den Anweisungen der Gewerkschaftsvorstände durchgeführt.

Einigung im schlesischen Transport- und Verkehrsgewerbe

Berlin, 30. Juni.

Im Lohntarifstreit des Transport- und Verkehrsgewerbes Schlesien hatte die Schlichterkammer einen Schiedsspruch gefällt, der in der Hauptsache die Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens vorsah. Bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs einigten sich die Parteien auf den Vorschlag des Vorsitzenden.

Wieder Entlassungen bei Bosch

Die große elektrotechnische Fabrik Robert Bosch in Stuttgart-Feuerbach will wiederum 300 Arbeiter entlassen, nachdem in den letzten Wochen bereits 700 entlassen worden sind. Im übrigen beabsichtigt das Werk 3 bis 4tägige Kurzarbeit einzuführen.

Der Vollzugsausschuß der Transportarbeiter-Internationale beschloß die Aufnahme des Verbandes tschechisch sprechender Transportarbeiter in der Tschechoslowakei sowie die Aufnahme des schwedischen Stewardverbandes und des Chauffeurbundes in San Salvador (Mittelamerika). In London ist, wie aus den Beratungen des Vollzugsausschusses hervorging, unter der Führung der Transportarbeiter-Internationale ein Ortsverein des indischen Seeleutebundes ins Leben gerufen worden. Er soll die Interessen der nach Europa kommenden indischen Seeleute wahrnehmen.

Der Allgemeine Niederländische Metallarbeiterverband beschloß auf seinem Rotterdamer Verbandstag die Schaffung einer Pensionskasse. Sie soll allen Metallarbeitern, die das 65. Lebensjahr erreicht haben und dem Verband 25 Jahre angehören, eine Altersrente von 3 Gulden pro Woche sichern.

Eine traurige Agrarbilanz

Schieles pädagogische Warnungen

Die Spitzenorganisation der deutschen Landwirtschaftskammern, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der am Mittwoch in Berlin zu seiner 80. Vollversammlung zusammengetreten ist, steht vor einer wesentlich anderen Situation als im Vorjahr. Damals bemühte sich die Sozialdemokratie im Reichskabinett um die Lösung der Agrarkrise. Die Agrarführer beschränkten sich darauf, ihrem Anhang im Lande hemmungslose Preisversprechungen zu machen. Die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung wurden in Grund und Boden kritisiert. Andererseits versprach man den Landwirten, sofern man das Ruder in die Hand bekomme, eine Besserung des Preisniveaus in schier unmöglichem Maße.

Nun ist Herr Schiele, der Mann des Landbundes und des Deutschen Landwirtschaftsrats, seit Monaten Ernährungsminister. Er hat eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet und war stets bereit, sich von seinem Anhang im Lande, ohne Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft und auf die Folgen seiner Maßnahmen, zu neuen „Taten" anspornen zu lassen. Am Preisniveau hat sich aber so gut wie nichts geändert. Das muß man heute, wo die Augen der gesamten Landwirtschaft auf die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats nach Berlin gerichtet sind, feststellen und rechtfertigen. Es ist also keine angenehme Situation in der der Deutsche Landwirtschaftsrat steckt und der wachsende Radikalismus auf dem Lande tut alles, um die Frage nach dem Erfolg der Regierungstätigkeit des Herrn Schiele demagogisch auszunutzen. Was blieb den Führern des Landbundes am Mittwoch anderes übrig, als nach lahmen Entschuldigungen zu greifen. Der Reichsernährungsminister wies in seiner Rede darauf hin, daß es mit Wünschen nicht getan sei, daß man bei der einmal gegebenen handelspolitischen, welt- und innerwirtschaftlichen Lage nicht die Wirkungsmöglichkeiten der Agrarpolitik überschätzen dürfe; wer überspannte falsche Hoffnungen im Landvolk zu erwecken sucht, der untergrabe das Vertrauen zur Führung und störe die Einigkeit der Landwirtschaft. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Brandes, erinnerte an die Bülowschen Zölle, die vor gut 25 Jahren auch erst nach 10 Monaten wirksam wurden. Im übrigen nahm er als Erfolg der Schieleschen Politik in Anspruch, daß der deutsche Getreidemarkt weitgehend von der unbefriedigenden Entwicklung auf dem Weltmarkt gelöst sei. Das ist sicherlich ein billiger Erfolg, zum Teil auch Maßnahmen zu verdanken, die die Landwirtschaft seinerzeit als Kriegssozialismus verdammte und ablehnte. Auch darf man nicht vergessen, daß die Ereignisse an den Weltproduktenbörsen die deutsche Agrarpreisbildung nicht sonderlich beeinflussen. Die großen ausländischen Börsen werden wohl zur Korrektur der Preise bei uns herangezogen. Ausschlaggebend ist aber die Ernte. Wie die deutsche Ernte aber ausfallen wird, das wissen wir nicht und Herr Schiele und Herr Brandes nicht. Es ist vollständig in der Schwebe, ob der liebe Gott gutes Wetter für Herrn Schiele und seine Politik macht. Hat der liebe Gott mit Herrn Schiele und seiner Politik kein Einsehen, dann bricht die Schielesche Politik rettungslos zusammen. Auf solch schwachen Fundamenten baut sich das Agrarprogramm des gegenwärtigen Landwirtschaftsministers im Reiche auf.

Weil man die Hohlheit und Leere dieses Programms kennt, deshalb erhebt man neue Forderungen. So verlangte der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats am Mittwoch, daß man in Handelsverträgen keine langfristigen Bindungen eingehen solle. Attackiert wurde auch die Meistbegünstigungsklausel. Schließlich forderte Brandes die Kündigung von Handelsverträgen ohne Rücksicht darauf, daß die deutsche Wirtschaft die verlangten Kündigungen mit Hundert und Aberhundert Millionen Mark bezahlen muß.

Der Reichsernährungsminister machte sich das Programm des Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats nicht zu eigen. Er bemühte sich vielmehr, erzieherisch auf die Versammlung einzuwirken. Man kann unter Umständen angesichts der Schieleschen Rede am Mittwoch von dem Bestreben sprechen, durch ein mehr realeres Programm die Landwirtschaft über die Politik der bloßen Zollsteigerungen und Exportprämien hinweg zu helfen, von der er wohl am besten weiß, daß sie nichts taugt. So kündigte Schiele ein Programm für die Umstellung vom Roggenbau auf den Weizenbau an. Er werde, so betonte er, schon in den nächsten Tagen darüber Fühlung mit den Ländern aufnehmen. Das Schwergewicht der Aktion werde aber bei der Landwirtschaft selbst [illegible]

Kartoffel verarbeitenden Gewerbe sprach, um eine gemeinschaftliche Regelung des Absatzes und der Produktion herbeizuführen, wobei er notfalls vor einem „erzieherischen Zwang" nicht zurückschrecken werde.

Im übrigen wurde der erste Tag der Vollversammlung durch Fachvorträge ausgefüllt. Dr. Hamann, Direktor der Landwirtschaftskammer für Hessen, kam auf die Preisbildung für Gemüse und Obst zu sprechen und stellte fest, daß der deutsche Erzeuger nur 5 Prozent des Preises erhalte, den der Verbraucher für Obst und Gemüse bezahle. Von den Kleinhandelspreisen entfielen zum Beispiel in Dänemark 70—90 Prozent auf die Erzeuger. Haman schnitt damit nur das alte Problem der überhöhten Handelsgewinne an. Hier bietet sich eine Chance für eine wirkliche Preissenkung. Die Regierung Brüning-Schiele, die aber soviel von Preissenkung redet, hat sich bisher um diese Chance noch nicht bekümmert. Oekonomierat Müller-Karlsruhe forderte höhere Tabakzölle und Reichssubventionen zur Förderung des Tabakbaus. Geheimrat Professor Dr. Volz-Leipzig verwies auf die Notwendigkeit einer Arbeitsteilung zwischen dem agrarischen Osten und dem industriellen Westen. Man müsse dem Osten die Möglichkeit geben, das zu produzieren, was auf seinem unfruchtbaren Boden und in seinem wenig günstigen Klima wachse, nämlich Roggen, Kartoffeln und Schweine. Eine Veredelung dieser Produkte könne dem Osten neues Leben zuführen. Voraussetzung sei jedoch, daß der industrielle Westen dem Osten seine verarbeitete Ware abnehme. Wir unterstreichen die Volzschen Ausführungen, müssen aber darauf hinweisen, daß der industrielle Westen nur dann dem Osten seine Ware abnehmen kann, wenn er genügend Kaufkraft besitzt. Gerade die Regierung Brüning-Schiele hat alles Mögliche getan, um die industrielle Produktion zu drosseln. Es ist mal gut, wenn bei einer Gelegenheit, wie der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats, gesagt wird, daß der Absatz der östlichen Landwirtschaft nach dem industriellen Westen automatisch verengt wird, wenn man die Kaufkraft der Bevölkerung in den Industriegebieten drosselt.

Abbau der Krankenversicherung

Die Reichsregierung hat einen Entwurf zur Senkung der Kosten der Krankenversicherung ausgearbeitet. Wertvolle Leistungen der Kassen sollen eingeschränkt werden. Es ist Kürzung des Krankengeldes und Verminderung des Hausgeldes bei Krankenhausbehandlung von Kassenmitgliedern vorgesehen. Die wirtschaftliche Lage arbeitsunfähiger Kranker wird dadurch erheblich verschlechtert; bei Krankenhausbehandlung eines Kassenmitgliedes ist seine Familie weniger als jetzt vor Not geschützt.

Bei Einholung eines Kassenscheines soll ein Gebühr bezahlt werden, die in der Regel 1 Mark betragen soll! Also die Zahlung der Kassenbeiträge allein begründet keinen Anspruch auf ärztliche Hilfe im Krankheitsfalle! Auch für Arzneien soll das Kassenmitglied 50 Pf. für jede Verordnung bezahlen. Durch diese Maßnahmen soll das Kassenmitglied gezwungen werden, auf seine Rechte, auf die Grundleistungen der Kasse, die bedingungslose Hilfe im Krankheitsfalle zu verzichten.

Dieser Entwurf bedeutet eine schwere Gefährdung der Volksgesundheit!

Hat z. B. ein Kind Halsschmerzen, so wird in vielen Fällen, um 1,50 Mark zu sparen, die Mutter zunächst selber Heilversuche machen. Sie kann aber nicht eine Diphterie von einer Halsentzündung unterscheiden. Der Arzt wird geholt, wenn es zu spät ist. Das Kind kann verloren sein und andere Kinder durch Unwissenheit angesteckt haben. Ebenso bei Masern, Scharlach und anderen Infektionskrankheiten. Die ganze Seuchenverhütung und Bekämpfung wird illusorisch. Aber auch mancher Erwachsene, der sonst bei geringen Anzeichen wie Müdigkeit, Rückenschmerzen usw. zum Arzt geht, wird wegen der Unkosten zunächst abwarten. Er beachtet die beginnende Lungentuberkulose nicht. Die Folge ist nicht nur Gefährdung seines Lebens und Ansteckungsgefahr für die Umgebung, sondern auch sonst vermeidbare große Kosten für eine lange Heilstättenbehandlung. Selbst eine kleine Eiterung am Finger kann, wenn sie unbehandelt bleibt, den Menschen das Leben kosten. Und der Schwerkranke, der den Arzt dringend benötigt, wird, wenn er kein Geld hat, eben ohne Hilfe bleiben. Unzählige Beispiele für die traurigen Folgen einer zu späten, sachgemäßen Behandlung ließen sich noch anführen. Wollen wir zu aller wirtschaftlicher Not auch noch ein krankes, verseuchtes [illegible]

Ausverkauf

10% 20% 30% 40% 50%

ermäßigt – so radikal sind wir gegen die Preise vorgegangen! Was kümmern uns Verluste

Herab die Preise **Heraus** die Schuhe **Jetzt** Käufer kauf!

Damen-Lackspangen
mit Trotteur- u. L.-XV.-Absatz, in beliebter Form, gut. Ausführung, Ledergefüttert . . . . . Größe 35/41 **4.95**

Damen-Spangen
braun u. beige, auch zweifarbig, mit Trotteur- u. L.-XV.-Abs., alles Leder ausführung, sehr, sehr billig, Gr. 35/41 **5.95**

Schwarze Rindbox-Herren-Halbschuh
bequeme und doch schöne Form, strapazierfähig Gr. 39/46 **6.95**

Braune Rindbox-Herren-Halbschuh
elegante Form u. beste Verarbeitung, unglaublich billig . . Größe 39/46 **7.95**

Dasselbe in Lack . . . . Größe 39/46 **7.95**

Wir räumen rücksichtslos! und verkaufen unsere sämtlichen Restbestände und Einzelpaare für Damen u. Kinder, darunter befinden sich Artikel, deren Verkaufswert bis 20.- Mk. beträgt, schon für 4.95, 3.95, 2.95 . . . . . **1.95**

Ihr Vorteil! Darum kaufen Sie nur bei uns!

Phönix-Schuhges. m. b. H. Breslau, Gneisenaustraße 4

Das Haus der Vertrauensqualitäten. Straßenbahnlinien 3, 7, 8, 14, 24

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Dienstag
20 bis 22,30 Uhr
Abonn.-Vorstellung F 22
Fidelio 2711
Schluß der Spielzeit.

Lobe-Theater
Telefon: 56747
Nur noch bis einschl. Sonntag
Täglich 20,15 bis 22,30:
Der große Heiterkeitserfolg: 11551
Saisonausverkauf 1930
Revue von Max Ophüls
Musik von Harry Walton

Thalia-Theater
geschlossen!

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Der Sensationserfolg der Sommerspielzeit
Dolly's Abenteuer
Operette i. 4 Bildern von Herr und Varnali
Musik von 1555
Ralph Benatzky
Leni Heuser und Ina Wimmer a. G.
Gegen Vorweisung dieser Anzeige 50% Ermäßigung an der Theaterkasse

Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2 Klosterstraße 4/6

Achtung! Spottbillige Preise im Sommer-Ausverkauf bei Friedländer Sonnenstraße 30 und Matthiasstraße 89

Gelegenheits-Angebot!
Herrenzimmer
echt Eiche 180 cm breit, vollständig kompl. **735.-**
S. Brandt & Co.
Garlemstr. 61, Ecke Zillerthal

Reitplatz
an der Kürassierkaserne
CIRCUS CARL HAGENBECK
Vorstellung: Tägl. 8 Uhr
Nur noch 3 Tage!
Unwiderruflich letzte Vorstellung:
Donnerstag, 3. Juli, abends 8 Uhr
Mittwoch, 2. Juli, nachm. 3½ Uhr
Letzte Kinder- und Familien-Vorstellung
mit dem vollen Programm, doch halben Preisen für Kinder und Erwachsene.
Tier- und Völkerschau
täglich 10–6 Uhr
Eintritt: Erwachsene 1.00, Kinder die Hälfte.
Vorverkauf: Verkehrsbüro Barasch, Tel. 52641 und ab 10 Uhr vormittags Circuskasse, Tel. 28450.
Sonderzüge der Straßenbahn: Linie 2, 12, 22. Umsteigen auf Linie 18 oder direkt Linie 18 vor und nach jeder Vorstellung, auch nachmittags.
Versäumen Sie den Besuch nicht!
11521

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

WAPPENHOF
Programm vom 1. bis 15. Juli 1930
Heute Dienstag Premiere
Täglich 2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr
10 weltbekannte Varieté-Attraktionen
NEU **Madame Gertrude**, Höchstleistungen auf dem Drahtseil, **Rolly**, Instrumental-Komiker, **Duo Malets**, akrob. Tänzerinn., **May & May**, die hervorragenden Equilibristen, **Jenny Jäger**, Jongleuse, **4 Argus** in ihren akrobat. Original-Schöpfungen, **4 Piccadilly-Girls**, Ballett-Ensemble, **Willy Maner**, Komiker, **Karl Heinz Thaler** in seiner Modenschau mit 3 Mannequins, **Ernst Grimm**, Bauch-Redner **NEU**
Eintrittspreis: 80 Pf. Bei schönem Wetter in dem herrlichen, schattigen Garten.
Ab 8 Uhr: Großer Ball
mit dem ungekürzten Varieté-Programm
10 weltbekannte Varieté-Attraktionen
2 Kapellen. — Eintritt einschl. Ball 80 Pf.

LUNA-PARK

Breslau-Morgenau — Inhaber: Eduard Strachotta
Neue Direktion ab 1. Juli 1930
Täglich nachmittags 4 Uhr, abends 8 Uhr:
Varieté-Vorstellungen mit Ball
Dienstag, den 1. Juli 1930:
Große Première des internationalen Programms
Martin Brendel, Berlins populärster Humorist und Conférencier
5 Sirius-Girls in ihren phänomenal. akrobatischen Glanzleistungen
Anita, Xylophon-Virtuosin
Mr. Bennet, das telepath. Phänomen
Perle-Jönn, der bekannte Exzentriker und Parodist
Ria Düren and Robert, moderne akrobatische Tänze
Anfang 4 Uhr — Eintritt 25 Pf.
Abends 8 Uhr: Varieté-Vorstellung und Eröffnungs-Ball
mit verstärktem Orchester — Eintritt 50 Pf., Damen 30 Pf.
Bei schönem Wetter finden die Vorstellungen auf der neuerbauten Gartenbühne statt
Jeden 1. und 16. Programmwechsel 2649
Gewerkschaften und Vereine erhalten Sonderkarten zu ermäßigten Preisen

Berücksichtigt unsere Inserenten!

11428 **Du stinkst Dich, bist Du nach Pomanti bringt Dir nun Duft**

RAMSAY MACDONALD
SEIN großes Werk und SEIN Charakter
von M. HAMILTON
muß jeder politisch Interessierte gelesen haben
Das broschierte Exempl., statt 6.00 **nur 1.25** RM.
Halbleinen, statt 8.00 . . . . **nur 3.50** RM.
Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstr. 5 • Friedr.-Wilh.-Str. 105 • Flurstr. 4

Hoffmanns Garten, Oswitz
Morgen Mittwoch:
Großes Kinder-Freudenfest
der Breslauer Straßenbahner
Um 4 Uhr Abmarsch mit 2 Kapellen (40 Musiker) Endstation der Linie 15, Oswitz
Abends **Großer Festball** Eintritt

„Schillergarten" Oswitz
Jeden Mittwoch:
Großes Kinderfreudenfest
mit Überraschungen
im festlich dekorierten Garten unter Leitung von **Onkel Drolly** Eintritt frei

Christopher Addison:
Praktischer Sozialismus
Uebersetzt und mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Hermann Kranold-Steinhaus.
Mk. 2.00
Volkswachtbuchhandlungen Breslau
Neue Graupenstr. 5, Friedr.-Wilh.-Str. 105, Flurstr. 4

Plüschsofas von 95 Mk. an,
Chaiselongues von 35 Mk. an, in größt Auswahl. Eig. Werkstatt. Günstige Zahlungsbedingungen
Nowotny, Weidenstraße 23/24 2721

Seit bewährt seit Jahren **Adamynin** bei Rheuma, Nierenleiden usw. In allen Apotheken erhältlich **Carl Adamy**, Bischofsplatz (Mohren-Apotheke) 1138

Spottbillige Preise im Saison-Ausverkauf bei **Friedländer** Sonnenstr. 30 und Matthiasstr. 89 Beachten Sie die Schaufenster

Betten Deckbetten 15, 18, 25 Mk. Kissen 5, 6, 7,50 Mk., rote Inlets verkauft 2480
Leihhaus Oelsnerstr. 12, I.

Auktion!
Verlängerung bis 2. Juli
Leihhaus O. Hickmann
Matthiasstraße 113.

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Waschkommode, Eiche m. weißem Marmor **Nowiadomoly**, Hirschstr. 82
Flug-, Beet- u. Einzelbaum billig zu verkaufen b. Winkler Zimmerstraße 6
Eine gebrauchte und gut **Phönix-Nähmaschine** Kunsttransportieur 46.00 zu verkaufen Kaiser-Wilhelm-Str. 78 I, r.

Heute Premiere

8¼ Uhr im **LIEBICH** Randow-Revue

Komm zu mir

22 lustige Bilder von Walter Rene
Musik v. Emil Paint
Direktion u. Regie: Fritz Randow.
Dirigent: Werner Barré
mit **Herta Loewe** u. a. u. die **Randow-Girls**